Förderkreis Archive und Bibliotheken
zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Mitteilungen

AUS DEM INHALT:

Holger Czitrich-Stahl
Erschließungsarbeiten und Bestandszugänge der SAPMO (BArch) im Jahr 2025

Andreas Grunwald
Zur Geschichte des Historischen Archivs der KPD

Siegfried Prokop
Wolfgang Harichs „weiße Ehe“

Jochen Gester
„Jenseits des Bolschewismus“. Interview mit Rhena Stürmer

Lisa Oelmayer
Emotions- und Geschlechtergeschichte der frühen DDR: Kommunist:innen erzählen Kommunismus.

Gisela Notz
Ernestine Liebknecht (wahrscheinlich 1832–1867)

70 Oktober 2026

Frühere Hefte – soweit vorrätig – können auf Bestellung nachgeliefert werden.

Redaktionsschluss für Heft 71: 31. Januar 2027

Impressum:

Diese Schrift wird an Mitglieder es Förderkreises kostenlos abgegeben.
Die Schutzgebühr für sonstige Bezieher beträgt 6 Euro, zuzüglich Versandgebühr.
Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur unter Angabe der Quelle gestattet.
Gezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Redaktion: Dr. Alexander Amberger, Dr. Holger Czitrich-Stahl, Dr. Elke Reuter
Erreichbarkeit der Redaktion: alexander_amberger@gmx.de, czitrich-stahl@arcor.de, elke.reuter49@gmail.com

Logo-Gestaltung: Adrian Piper
Satz und Layout: Jochen Gester
Korrektur: Rainer Knirsch
Druck: SDL, Digitale Buchproduktion, Berlin

Vertrieb: Keith Grünewald – E-Mail: gruenewk@riseup.net
Herausgeber (V.i.S.d.P.): Dr. Holger Czitrich-Stahl, Beethovenstr. 51, D-16548 Glienicke
Tel.: 033056-77417 – E-Mail: czitrich-stahl@arcor.de

ISSN 1869-3709
Internet: www.fabgab.de
Anschrift des Förderkreises: Finckensteinallee 63, D-12205 Berlin

Konto: Commerzbank, Berlin
IBAN: DE39 1208 0000 0662 8217 00
BIC-Code: DRES DE FF 120BIC-Code: DRES DE FF 120

Editorial

Die 35. Jahresmitgliederversammlung des Förderkreises fand am 18. April 2026 im „Kieztreff Leipziger Straße“ in Berlin-Mitte statt. Der alte Vorstand ist auch der neue. Viel Arbeit lag hinter uns und liegt vor uns. Vor allem die künftige Finanzierung der „Mitteilungen“ stellt eine echte Herausforderung dar. Die Druckkosten haben sich binnen weniger Jahre nahezu verdoppelt, was nicht an der Druckerei, sondern an den Papierkosten liegt. Die Versandkosten haben sich ebenfalls erhöht, wenn auch nicht in dem Maße. Bisher haben uns immer Spenden von Mitgliedern und Freundinnen und Freunden des Förderkreises geholfen, wenn es einmal eng wurde. Spenden benötigen wir auch zukünftig und rufen auch an dieser Stelle dazu auf. Der Blick in das Protokoll unserer 35. Jahresmitgliederversammlung zeigt aber auch, dass wir Maßnahmen zur Erhöhung unserer Einnahmen beschlossen haben. So wird der Verkaufspreis der „Mitteilungen“ von Heft 70 an auf 6 €uro erhöht. Autorinnen und Autoren können über ihr Belegexemplar hinaus weitere Hefte für dann 4 €uro erwerben. Ab dem 1. Januar 2027 wird der Mindestbetrag für die Mitgliedschaft von 12 auf 20 €uro angehoben werden. Auf Dauer ist eine partielle Publikation der „Mitteilungen“ auf Online-Basis durchaus denkbar, sodass zum Beispiel ein Heft in Druckform erscheint, das nachfolgende im Internet zum Download.

Heft 70 der „Mitteilungen“ besitzt wieder eine deutliche Archiv-Schwerpunktsetzung. Auf den Bericht über den „Stand der Erschließungsarbeiten der SAPMO (BArch) im Jahr 2025“ von Holger Czitrich-Stahl folgend stellt Andreas Grunwald „Die Geschichte des Historischen Archivs der KPD“ vor. Als Nachdruck veröffentlichen wir einen Beitrag unseres Vereinsmitglieds und Webmasters Ingo Müller mit dem Titel „Was wird aus dem Archiv der VVN-VdA? Ein kurzer Rückblick auf die bisherige Arbeit der Archivgruppe“. Schon in Heft 58 (September 2020) hatte Hans Holm hierzu einen ersten Beitrag geschrieben.

Am 29. März 1826 wurde der 1848er Revolutionär und Pionier der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung Wilhelm Liebknecht in Gießen geboren. Zahlreiche Veranstaltungen gedachten des Mitbegründers der deutschen Sozialdemokratie zu seinem 200. Geburtstag. Aus Leipzig berichtet Daniel Sieben: „Rosas Salon unter dem Dachgebälk des Liebknecht-Hauses. Zum 200. Geburtstag Wilhelm Liebknechts“, auch dies ein Nachdruck, in dem Fall aus dem „Mitteilungsblatt“ der Leipziger Linken.

Unseren zweiten Schwerpunkt in Heft 70 bilden die Beiträge der Rubrik „Neues aus der Forschung“. Zunächst führte Jochen Gester ein Interview mit Rhena Stürmer über ihre nun veröffentlichte Dissertation zur Geschichte des Räte- und Nicht-KPD-Kommunismus mit dem Titel „Jenseits des Bolschewis-

mus“. Geschlechtergeschichte und Geschlechterforschung sind ein thematisch junger Zweig der historischen Forschung und Lehre. Lisa-Marie Oelmayer verfasste hierzu ihren Werkstattbericht zu ihrem Promotionsprojekt an der Friedrich-Schiller-Universität Jena mit dem Titel „Emotions- und Geschlechtergeschichte der frühen DDR: Kommunist:innen erzählen Kommunismus“. Auf „Die weiße Ehe Wolfgang Harichs“ bezieht sich das erneut von Siegfried Prokop vorgestellte „besondere Zeitdokument“. Gisela Notz bereicherte dieses Heft mit ihrer Miszelle über Ernestine Liebknecht, die erste Ehefrau Wilhelm Liebknechts, die bereits 1867 an der Tuberkulose verstarb.

Ronald Friedmann hielt am 18.4.2026 den öffentlichen Vortrag über seine Ernst Thälmann-Biografie vor unserer Jahresmitgliederversammlung. Wir freuen uns, die für uns bearbeitete Version mit dem Titel „An allem ist zu zweifeln“ in diesem Heft präsentieren zu können.

Die bedeutende, von unserem Gründungsvorsitzenden Henryk Skrzypczak geleite „Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (IWK), wird leider seit 2008 nicht mehr publiziert. Umso wichtiger ist die hier veröffentlichte Nachricht, dass sie mittlerweile vollständig digitalisiert worden und auf der Webseite der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zugänglich gemacht ist, ein Gewinn für alle Forschenden. „Eska“ hätte im Übrigen in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag gefeiert, er verstarb hochbetagt 2017. Nicht fehlen dürfen die Rezensionen und Besprechungen, auch dieses Mal viele Themenbereiche und Aspekte aufnehmend.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht die Redaktion

Inhalt

Editorial 1

Aus den Archiven

Erschließungsarbeiten und Bestandszugänge der SAPMO (BArch) im Jahr 2025
Holger Czitrich-Stahl 7

Zur Geschichte des Historischen Archivs der KPD
Andreas Grunwald 9

Was wird aus dem Archiv der VVN-VdA? Ein kurzer Rückblick auf die bisherige Arbeit der Archivgruppe
Ingo Müller 19

Erinnerungsstätten der Arbeiterbewegung und Geschichtskultur

Rosas Salon unter dem Dachgebälk des Liebknecht-Hauses 22

Besondere Zeitdokumente

Wolfgang Harichs „weiße Ehe“
Siegfried Prokop 29

Berichte

Bericht von der 35. Kuratoriumssitzung der SAPMO am 8. Juli 2026
Claudia Gohde / Holger Czitrich-Stahl 34

Vorträge

An allem ist zu zweifeln. Vortrag auf der Jahres-MV 2026
Ronald Friedmann 37

Neues aus der Forschung

„Jenseits des Bolschewismus“. Interview mit Rhena Stürmer *Jochen Gester* 49

Emotions- und Geschlechtergeschichte der frühen DDR: Kommunist:innen erzählen Kommunismus. Werkstattbericht zum Promotionsprojekt
Lisa Oelmayer 55

Miszelle

Ernestine Liebknecht (wahrscheinlich 1832–1867)
Gisela Notz 60

Aus dem Vereinsleben

Protokoll der 35. Jahresmitgliederversammlung 66

Informationen

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK) digitalisiert 71

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Cédric Durand & Razmig Keucheyan: Das Prinzip Verzweigung. Über ökologische Planung in Wirtschaft und Gesellschaft. Aus dem Französischen von Andreas G. Förster, Berlin 2026
Jürgen Wasem-Gutensohn 73

Wera Sassulitsch oder: Die Poesie der Revolution. Stephan Rindlisbacher (Hrsg.), Dietz Verlag, Berlin 2026
Eveline Linke 76

Hartfrid Krause: Die Leitartikel der Vorsitzenden der USPD 1917–1922. Grin Publishing GmbH, München 2026
Holger Czitrich-Stahl 79

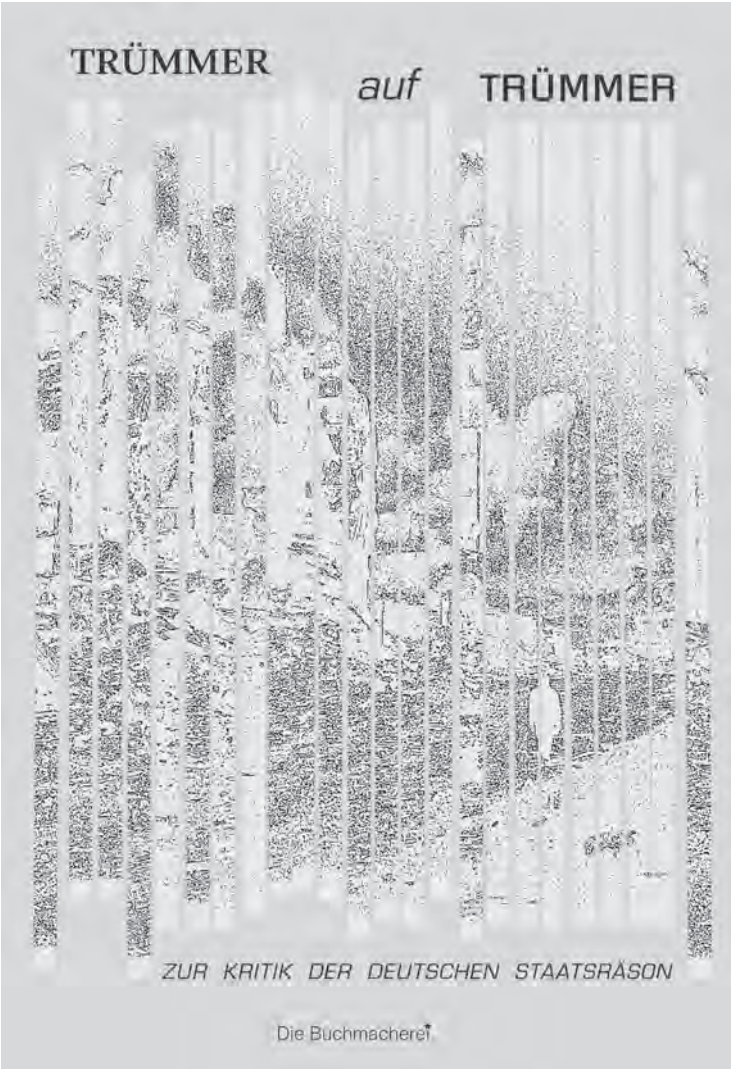
Alexander Vatlin (Hrsg.): Karl Radek oder: Fremder unter Seinesgleichen. Dietz Verlag, Berlin 2026
Milan Mentz 82

Goldy Parin-Matthèy – Spanienkämpferin, Anarchistin, Psychoanaly-tikerin. Schriften 1939–1989. Beiträge zu Leben und Werk. Johannes und Michael Reichmayr (Hrsg.), Mandelbaum Verlag 2025 87
Eveline Linke

Johann Dvořák, Sabine Lichtenberger, Brigitte Pellar (Hg.): Richard Robert Wagner. Gewerkschaft, Bildung und die politische Kultur der Moderne in Wien. Schriftenreihe des Instituts für Historische Sozialforschung (HSF), 2 Bde., Wien 2025 91
Holger Czitrich-Stahl

Karsten Krampitz: Die DDR in der Krise. 1. Auflage 2026, Karl Dietz Verlag, Berlin 93
Siegfried Prokop

Lena Langensiepen: Geschichte für alle. Die Hamburger Geschichtswerkstätten als Akteure einer neuen Stadtteilkultur, 1980–2000; Metropol Verlag, Berlin 2026 95
Bernd Hüttner



Spätestens seit Oktober 2023 dient die deutsche Staatsräson als Sicherheit Israels der Verwandlung staatlicher Gewalt in einen Akt der Wiedergutmachung. Wie konnte die Erinnerungskultur zu einem Instrument rassistischer und antilinker Verfolgung werden? Und wie ist diese Staatsräson – angesichts des globalen Rechtsrucks – zu verstehen? Der Sammelband beleuchtet Vergangenheit und Gegenwart der herrschenden deutschen Ideologie und plädiert für ein universelles „Nie wieder".

Die Buchmacherei, 2026, 266 S., 16 €, ISBN 978-3-9827938-5-6
www.diebuchmacherei.de

Inhalt

Aus den Archiven

Erschließungsarbeiten und Bestandszugänge der SAPMO (BArch) im Jahr 2025

In den auf der 35. Sitzung des Kuratoriums am 08. Juli 2026 vorgelegten schriftlichen Berichten der Jahre 2024 und 2025 legte die Direktion der SAPMO ausführlich den jeweiligen Stand der Bestandserschließung und Bestandsentwicklung des Archivs und der Bibliothek der SAPMO dar. Weil zwischen der 34. und 35. Kuratoriumssitzung zwei Jahre vergingen, werden die Ausgangszahlen (2023) und die Zwischenwerte (2024) entsprechend ggf. nun in Klammern ausgewiesen.

Die Stiftung verfügte 2025 über 365.099 Verzeichniseinheiten (VE) Schriftgut (412.246 in 2023 / 363.793 in 2025), davon 43.443 Nachlässe (43.360 in 2024). Als archivwürdig bewertet wurden 2025 insgesamt 330.475 VE (327.931 in 2024). Das entspricht einer Erschließungsquote von ca. 90 %, bei den Nachlässen allerdings beläuft sich diese auf ca. 53 % und blieb damit unverändert seit 2023. Die SAPMO verwaltete zudem 8.987 VE Tonaufnahmen (8.399 in 2023 / 9.002 in 2024), 1.815.911 Fotos und 14.279 Plakate. Von den Tonaufnahmen sind 99 % erschlossen, von den Fotos 71 % und von den Plakaten 92 %. Dies sind die gleichen Quoten wie in den Vorjahren, lediglich die erschlossenen Tonaufnahmen sind um einen Prozentpunkt gestiegen.

Insgesamt wurden 2025 ganze 194,35 laufende Meter Unterlagen kassiert, darunter 4,42 Lfm. aus Nachlässen. Höchste Priorität bei der Erschließung besitzen weiterhin die Unterlagen der SED (DY 30): „Besonders intensiv wurde an den Unterlagen der Abteilung Jugend und Propaganda des ZK der SED, der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und der Parteihochschule der SED ‚Karl Marx' gearbeitet", heißt es im Bericht. Letztere ist nun mit 2.022 Akteneinheiten (AE) im Umfang von 43,3 Lfm. vollständig verzeichnet und über Invenio einsehbar. Bei den Nachlässen konnten jene von Annelies Laschitza (NY 4669, 146 VE) und des ehemaligen Vorsitzenden der NDPD und ehemaligen Außenministers Lothar Bolz (NY 4551, 107 VE) als große Nachlässe vollständig erschlossen werden. Die 189,93 Lfm. Kassanda setzten sich vor allem aus nicht archivwürdigen Materialien der Überlieferungen der Freien Deutschen Jugend (FDJ, 106,8 Lfm.) und der Gesellschaft für Sport und Technik (GST, 60,3 Lfm.) zusammen, dabei handelte sich z. B. um Rechnungs- und Buchungsbelege und andere Abrechnungsunterlagen, deren Schutzfrist bereits 2011 abgelaufen war. Die SAPMO übernahm 2025 Schrift- und Archivgut etwa von der VVN (DY 55) oder der Gewerkschaftshochschule Bernau (DY 79) in geringem Umfang, aber auch z. B.

Inhalt

von Günter Benser (NY 4617) und Helga Hörz (NY 4629). Abgaben an andere Stellen gab es besonders bzgl. des Archivs des Instituts für Sozialforschung an die Goethe-Universität in Frankfurt / M., aber auch an das Bildarchiv (AV 5). Dort wurden 2025 über 700 Fotos der Biographischen Fotosammlung (BILDY 10), 2 Fotoalben mit 216 Fotos (BILDY 12), 6 Dia-Ton-Vorträge mit 269 Dias und 3 Textheften (BILDY 11) sowie 191 Plakate der Volkssolidarität (PLAKY 13) verzeichnet.

Das Bibliotheksgut der SAPMO umfasste 2025 an allen Standorten etwa 2.200.000 Bände, davon exakt 1.844.978 in Berlin-Lichterfelde. Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl etwas rückläufig, sie betrug 2024 ca. 2,26 Mio., davon ca. 1,87 Mio. in Berlin-Lichterfelde. Im Vergleich zu 2023 allerdings ist eine Zunahme festzustellen (2.093.815 / 1,682 Mio in B.-L.). In der Regel handelt es sich um Dubletten in den Beständen, die aussortiert wurden, was auch die Medien im Bereich Microfiche nennenswert betrifft. Neu im Bericht war die Darstellung der Migration von rund 80.000 Datensätzen aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv (StUA) in die Bibliotheksdatenbank des Bundesarchivs. Das kommt vor allem den Nutzerinnen und Nutzern zugute, da die Bestände beider Bibliotheken nun über eine Suchanfrage adressiert werden können. Insbesondere die künftige Einrichtung des „Digitalen Lesesaals“ wird weitere Nutzungsvorteile ermöglichen. Alle Erschließungsinformationen sind überdies im Kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg (KOBV) und im Karlsruher Virtuellen Katalog (KVK) mitberücksichtigt.

Die Nutzung von SAPMO-Signaturen stieg von 14.585 Ausleihen und Aushebungen 2024 auf 20.113 im Jahr 2025, wovon ca. 62 % externe Nutzungen waren. Diese Entwicklung ist vor allem auf die Online-Verfügbarkeit von Datensätzen zurückzuführen und verweist auf die Notwendigkeit stetiger Digitalisierung. Neben der schwerpunktmäßigen Digitalisierung gewinnt die „Digitalisierung on Demand“ (DOD) an Bedeutung, weil spezifisch nachgefragtes Archivgut im Folgeprozess allgemein verfügbar wird. 2025 wurden 325 AE aus SAPMO-Beständen nachgefragt, 2024 waren es noch 266, vor allem aus den Beständen DY 30 (SED) und RY 1 (Kommunistische Partei Deutschlands).

Hinzuweisen ist noch darauf, dass die Bibliothek der SAPMO 8.027 Bände als Neuerwerbungen, Tauschexemplare oder Abgaben zur Prüfung erhielt, 2024 waren es 6.327. Aus ihnen wählten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Basis des Sammlungsprofils 6.019 Bände (5.222 in 2024) für die Einarbeitung in den Bestand aus. Auf die insgesamt knappe Personalsituation und deren Folgen für die Digitalisierung und die Rückstandsaufarbeitung wurde bereits im Bericht von 2023 aufmerksam gemacht (Heft 66, Sept. 2024).

Die Jahresberichte von 2024 und 2025 sind auf der Webseite des Bundesar-

Inhalt

chivs einsehbar unter https://www.bundesarchiv.de/das-bundesarchiv/organisation/abteilungen/kuratorium-der-stiftung-archiv-der-parteien-und-massenorganisationen-der-ddr-im-bundesarchiv/.

Holger Czitrich-Stahl

Zur Geschichte des Historischen Archivs der KPD

Anmerkungen zur Bestandsgeschichte

Neben den in der SAPMO überlieferten Archivbeständen der Parteien und Massenorganisation der DDR sind auch eine Reihe „historischer Bestände" aus der Zeit vor 1945 überliefert. Es handelt sich im Wesentlichen um Archivbestände von Parteien bzw. Organisationen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Darunter auch das Historische Archiv der KPD.

Bereits auf dem Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) vom 30.12.1918 – 01.01.1919 im Festsaal des Preußischen Abgeordnetenhauses in Berlin regte Fritz Heckert die Errichtung eines Historischen Archivs der KPD an. Ein wesentlicher Grundstock dieses Archiv bildeten zunächst die umfangreichen Materialsammlungen Wilhelm Piecks zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Auf Beschluss der Zentrale der KPD wurde das Historische Archiv sowie das organisationseigene Schriftgut der KPD ab 1924 etappenweise in die UdSSR verlegt, um diese Materialien vor dem Zugriff der deutschen staatlichen Repressivorgane zu sichern. Verwahrt und betreut wurden diese Unterlagen vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI). Das EKKI begrüßte den Beschluss und empfahl 1926 allen Sektionen der Kommunistischen Internationale (KI), ein Exemplar ihres archivwürdigen Schriftgutes in Moskau zu deponieren.

Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion 1941 erfolgte zur Sicherung der Bestände die Verlagerung der Unterlagen nach Ufa im Ural.

Nach Auflösung der Kommunistischen Internationale 1943 und dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 wurden die Unterlagen v. a. vom Zentralen Parteiarchiv im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau verwahrt und betreut.

Nach Gründung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED in (IML – zunächst Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut) in Berlin konnten die Historiker:innen und Archivar:innen der SED aus dem IML Berlin für ihre Forschungszwecke diese Akten in Moskau nutzen und ggf. Fotokopien von Dokumenten aus dem Historischen Archiv bestellen. Vor allem in den Jahren 1958–1966 stellte das IML Moskau zahlreiche Mikrofilme der Unterlagen zur Verfü-

Inhalt

gung. Diese Fotokopien wurden im Zentralen Parteiarchiv der SED (ZPA) zum Bestand Historisches Archiv der KPD zusammengefasst und im Laufe der Jahre durch Originaldokumente der KPD aus verschiedenen anderen Quellen ergänzt. Vom Mai 1968 bis September 1970 wurde durch die KPdSU, neben andreren Beständen bzw. Teilbeständen deutscher Provenienz, schließlich der größte Teil der Originaldokumente des Historischen Archivs der KPD in fünf Etappen an das ZPA der SED abgegeben. Es handelte sich um etwa 57 Lfm. Schriftgut.

Unterlagen der KPD-Vertretung bei der Komintern, Materialien von und über die deutschen Vertreter in den Gremien der Komintern und in den internationalen kommunistischen Organisationen (Internationale Rote Hilfe – IRH, Rote Gewerkschaftsinternationale, Kommunistische jugendinternationale – KJI, Rote Hilfe Deutschlands – RHD, im Saarland) sowie Personalbestände betreffend Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Fritz Heckert, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht, Clara Zetkin u. a. wurden nur zum Teil an das ZPA Berlin abgegeben, Unterlagen für die von der sowjetischen Seite Interesse bestand, verblieben im Zentralen Parteiarchiv der KPdSU. Darüber hinaus wurden Akten, die in der sowjetischen Besatzungszeit von der SMAD aus staatlichen Archiven der Sowjetischen Besatzungszone requiriert wurden, vor allem zur Geschichte der Sozialdemokratie, darunter Originale von Karl Marx und Friedrich Engels, in der Sowjetunion zurückbehalten. Darüber gibt ein streng vertraulicher Vermerk des ehemaligen Leiters des ZPA der SED, Prof. Dr. Heinz Voßke, vom 07.03.1988 Auskunft (DY 30/104504, Dokument 1 im Anhang).

Mitte der Siebzigerjahre und in den Jahren 1990 und 1991 versuchte die Leitung des ZPA der SED eine Vereinbarung mit den zuständigen sowjetischen Stellen zur Übergabe dieser Unterlagen an die DDR bzw. ab Oktober 1990 an die BRD zu treffen. Den Schlussakt bildete ein Brief vom damaligen Parteivorsitzenden der PDS, Dr. Gregor Gysi, an den Präsidenten der UdSSR, Michael S. Gorbatschow, betreffend Zusammenführung von Beständen in den jeweils zuständigen Archiven vom 17.10.1991 (DY30/104504, Dokument 2 im Anhang). Diese Versuche blieben erfolglos.

Archivwissenschaftliche Bearbeitung und Benutzung des Historischen Archivs

Nach Abschluss der Übergabe des Historischen Archivs 1970 an die SED wurde am 09.11.1971 vom ZPA der SED ein „Bearbeitungsplan für die archivwissenschaftliche Erschließung des KPD-Bestandes Dez. 1918 / Jan.1919 bis April 1946“ beschlossen. Es wurde eine Arbeitsgruppe von sieben Mitarbeiter:innen unter Leitung der Archivarin Dorit Aue gebildet. Wegen der nicht unerheblichen Lücken in der Überlieferung, v. a. aus den frühen Zwanzigerjahren, entsprechende

Inhalt

Unterlagen aus der Zeit zwischen 1941–1945 fehlten vollständig, wurde in aufwändiger Arbeit der Registratur-Zusammenhang der Dokumente rekonstruiert und eine praktikable Gesamtordnung des Bestandes vorgenommen. Im Ergebnis wurde folgende Gliederung des Bestandes erarbeitet:
1. Parteitage und Parteikonferenzen
2. Zentrale (ZK) der KPD
3. Materialien der Bezirke der KPD
4. Massenorganisationen
5. Splittergruppierungen
Die nunmehr im ZPA überlieferten zentralen und regionalen Unterlagen wurden in einem Bestand zusammengefasst.
In Vorbereitung der Bestandsbearbeitung führten die Arbeitsgruppenmitglieder ein intensives Literaturstudium durch. Schwerpunkt des Studiums bildeten die archivinternen Ausarbeitungen des ZPA zum Parteiaufbau der KPD.[1]
Die archivwissenschaftliche Bearbeitung des Bestandes fand vom September 1971 bis zum April 1976 statt.
Grundlage für die Bearbeitung waren die Richtlinien über den Aufbau des einheitlichen Parteiarchivwesens und entsprechende Arbeitsrichtlinien des ZPA der SED sowie die von der Staatlichen Archivverwaltung 1964 herausgegebenen „Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze für die staatlichen Archive der DDR“ (OVG).
Im Ergebnis entstand ein achtteiliges Findbuch:
Findbuch 1: Gesamt-Findbucheinleitung (Bestands- und Registraturbildnergeschichte, Abkürzungsverzeichnis, Personen und geographisches Register, Konkordanzliste)
Findbuch 2: Schriftgut der zentralen leitenden Parteiorgane = 2 Bände
Findbuch 3: Schriftgut des Apparates des ZK (Abteilungen)
Findbuch 4: Schriftgut der Bezirke der KPD (hier nur Bezirk Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark)
Findbuch 5: Schriftgut der Bezirke der KPD = 3 Bände (hier alle restlichen Bezirke)
Findbuch 6: Schriftgut der revolutionären Massenorganisationen
Findbuch 7: Schriftgut der Splittergruppierungen der KPD
Findbuch 8: Schriftgut der gesperrten und teilgesperrten Akteneinheiten des Gesamtbestandes.[2]
Darüber hinaus wurde eine Findkartei zur Flugblattsammlung KPD erarbeitet.

1 Quellen: BArch DY 30/104496-104504.

2 Gesperrte bzw. teilgesperrte Akten waren nicht für die allgemeine Benutzung bestimmt. Die Auswertung dieser Unterlagen wurde nach Einzelfallprüfung durch die Archivleitung für einzelne Benutzer gestattet. Die Gliederung dieses Findbuches folgte der Gliederung des Gesamtbestandes.

Inhalt

Im Ergebnis der Erschließung konnte der Bestand nunmehr für die Benutzung zur Verfügung gestellt werden. Wobei anzumerken ist, dass der Zugang zu den Materialien restriktiv gehandhabt wurde. Für die Genehmigung der Benutzung von Benutzern aus der DDR wurde beispielsweise eine Stellungnahme des Parteisekretärs der SED, von der Einrichtung bei der der Nutzer tätig war bzw. in deren Auftrag die Nutzung erfolgen sollte, über die politische Zuverlässigkeit verlangt. Nur einzelnen Benutzern wurden die Findbücher für Recherchen vorgelegt. Für die übrigen Benutzer erfolgten die entsprechenden Recherchen, auf Grundlage des Benutzungsthemas, durch die Mitarbeiter des Sektors Auswertung des ZPA.

Im Zuge der politischen Wende in der DDR wurde in Absprache zwischen dem Parteivorstand der SED/PDS und der Leitung des ZPA im Januar 1990 das Archiv für die allgemeine Benutzung der Bestände weitgehend geöffnet. Nur Unterlagen, die personenschutzwürdige Belange enthielten, blieben von der Benutzung ausgeschlossen. Das betraf Dokumente persönlichen und intimen Charakters, z. B. Krankenunterlagen.

Mit Gründung der SAPMO als unselbständiger Stiftung gelangte das Historische Archiv mit den anderen Beständen des ZPA unter das Dach des Bundesarchivs. Innerhalb der Tektonik des Bundesarchivs trägt das Historische Archiv die Bestandssignatur RY 1.

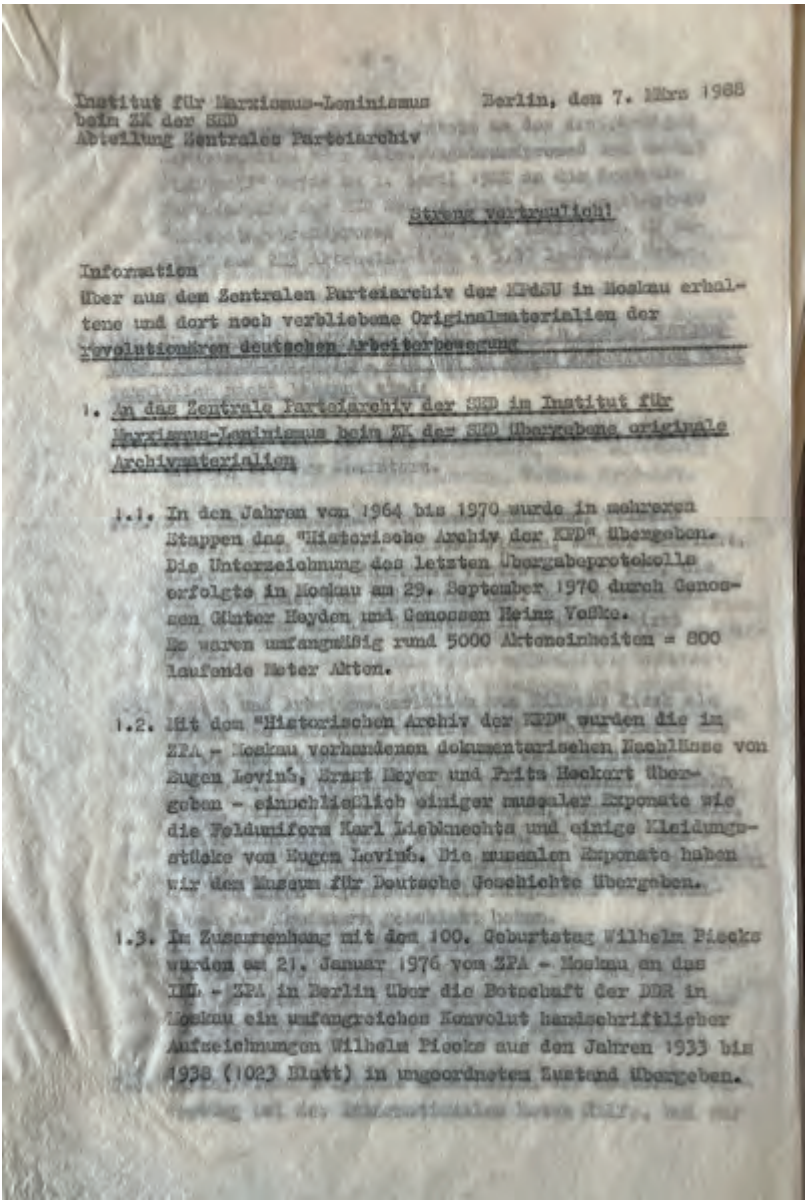
Mit dem Teilbestand KPD (R 45 IV = 60 Akten) aus dem Bundesarchiv in Koblenz und einigen Akten betr. Unterlagen der Kaderabteilung des ZK der KPD aus dem ehemaligen NS-Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (ZC-Bestand = 32 Akten) konnte der Bestand nach Gründung der SAPMO ergänzt werden.

Im Benutzerbereich des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde stehen gegenwärtig Kopien der in den Siebzigerjahren erarbeiteten Findbücher und die Kopie der Kartei zum Flugblattbestand der KPD für die Nutzung zur Verfügung.
Darüber hinaus ist der gesamte Bestand in der Datenbank des Bundesarchivs erfasst und kann in der Datenbankanwendung Invenio recherchiert werden. 798 Akten stehen als Digitalisate in Invenio zur Verfügung.

Andreas Grunwald

Inhalt

Dokument 1



Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
Abteilung Zentrales Parteiarchiv

Berlin, den 7. März 1988

Streng vertraulich!

Information
über aus dem Zentralen Parteiarchiv der KPdSU in Moskau erhaltene und dort noch verbliebene Originalmaterialien der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung

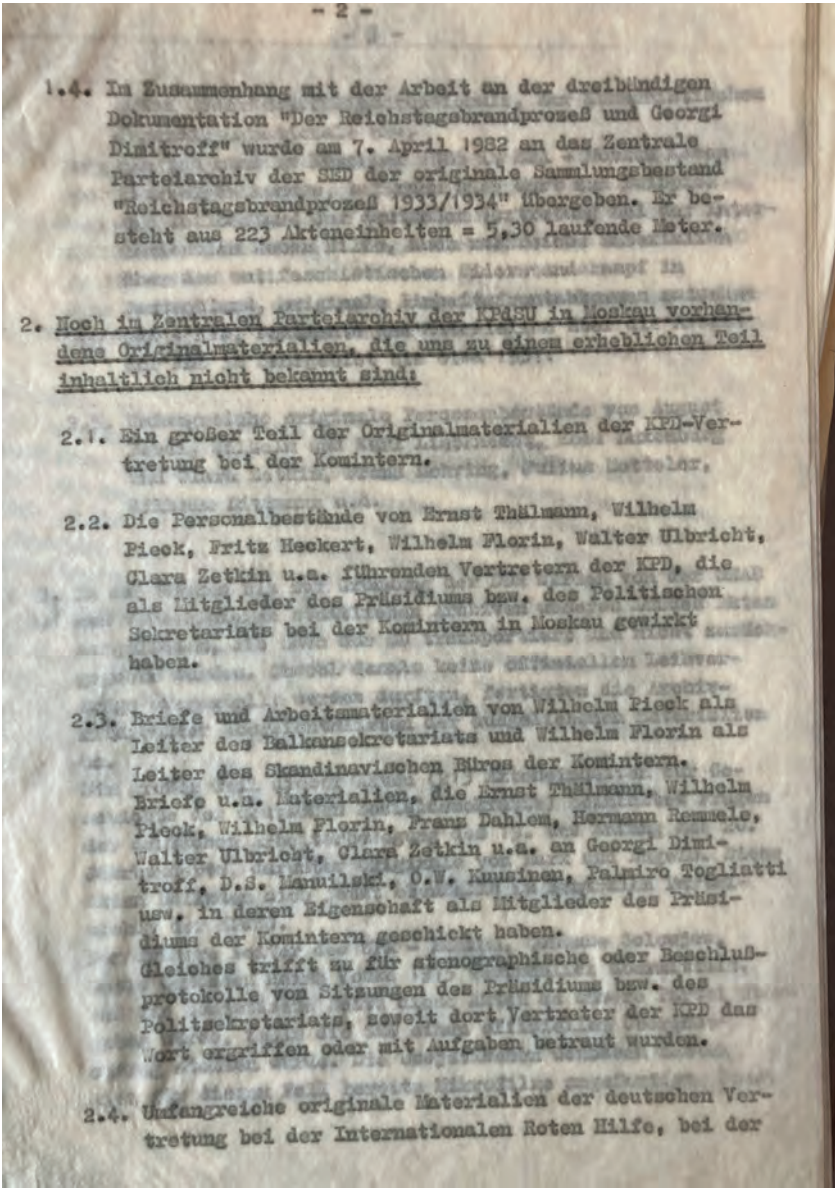
1. An das Zentrale Parteiarchiv der SED im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED übergebene originale Archivmaterialien

1.1. In den Jahren von 1964 bis 1970 wurde in mehreren Etappen das "Historische Archiv der KPD" übergeben. Die Unterzeichnung des letzten Übergabeprotokolls erfolgte in Moskau am 29. September 1970 durch Genossen Günter Heyden und Genossen Heinz Voßke. Es waren umfangmäßig rund 5000 Akteneinheiten = 800 laufende Meter Akten.

1.2. Mit dem "Historischen Archiv der KPD" wurden die im ZPA - Moskau vorhandenen dokumentarischen Nachlässe von Eugen Levinè, Ernst Meyer und Fritz Heckert übergeben - einschließlich einiger musealer Exponate wie die Felduniform Karl Liebknechts und einige Kleidungsstücke von Eugen Levinè. Die musealen Exponate haben wir dem Museum für Deutsche Geschichte übergeben.

1.3. Im Zusammenhang mit dem 100. Geburtstag Wilhelm Piecks wurden am 21. Januar 1976 vom ZPA - Moskau an das IML - ZPA in Berlin über die Botschaft der DDR in Moskau ein umfangreiches Konvolut handschriftlicher Aufzeichnungen Wilhelm Piecks aus den Jahren 1933 bis 1938 (1023 Blatt) in ungeordnetem Zustand übergeben.

Inhalt



- 2 -

1.4. Im Zusammenhang mit der Arbeit an der dreibändigen Dokumentation "Der Reichstagsbrandprozeß und Georgi Dimitroff" wurde am 7. April 1982 an das Zentrale Parteiarchiv der SED der originale Sammlungsbestand "Reichstagsbrandprozeß 1933/1934" übergeben. Er besteht aus 223 Akteneinheiten = 5,30 laufende Meter.

2. Noch im Zentralen Parteiarchiv der KPdSU in Moskau vorhandene Originalmaterialien, die uns zu einem erheblichen Teil inhaltlich nicht bekannt sind:

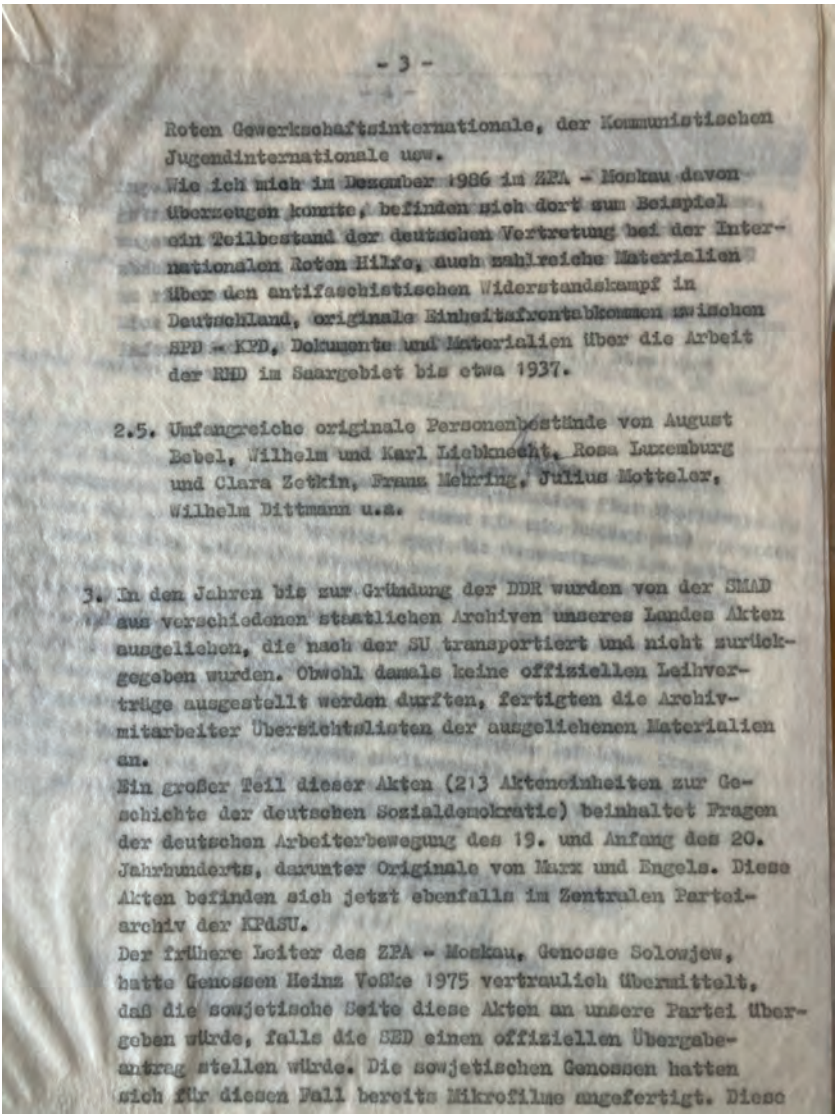
2.1. Ein großer Teil der Originalmaterialien der KPD-Vertretung bei der Komintern.

2.2. Die Personalbestände von Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Fritz Heckert, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht, Clara Zetkin u.a. führenden Vertretern der KPD, die als Mitglieder des Präsidiums bzw. des Politischen Sekretariats bei der Komintern in Moskau gewirkt haben.

2.3. Briefe und Arbeitsmaterialien von Wilhelm Pieck als Leiter des Balkansekretariats und Wilhelm Florin als Leiter des Skandinavischen Büros der Komintern. Briefe u.a. Materialien, die Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Franz Dahlem, Hermann Remmele, Walter Ulbricht, Clara Zetkin u.a. an Georgi Dimitroff, D.S. Manuilski, O.W. Kuusinen, Palmiro Togliatti usw. in deren Eigenschaft als Mitglieder des Präsidiums der Komintern geschickt haben.
Gleiches trifft zu für stenographische oder Beschlußprotokolle von Sitzungen des Präsidiums bzw. des Politsekretariats, soweit dort Vertreter der KPD das Wort ergriffen oder mit Aufgaben betraut wurden.

2.4. Umfangreiche originale Materialien der deutschen Vertretung bei der Internationalen Roten Hilfe, bei der

Inhalt



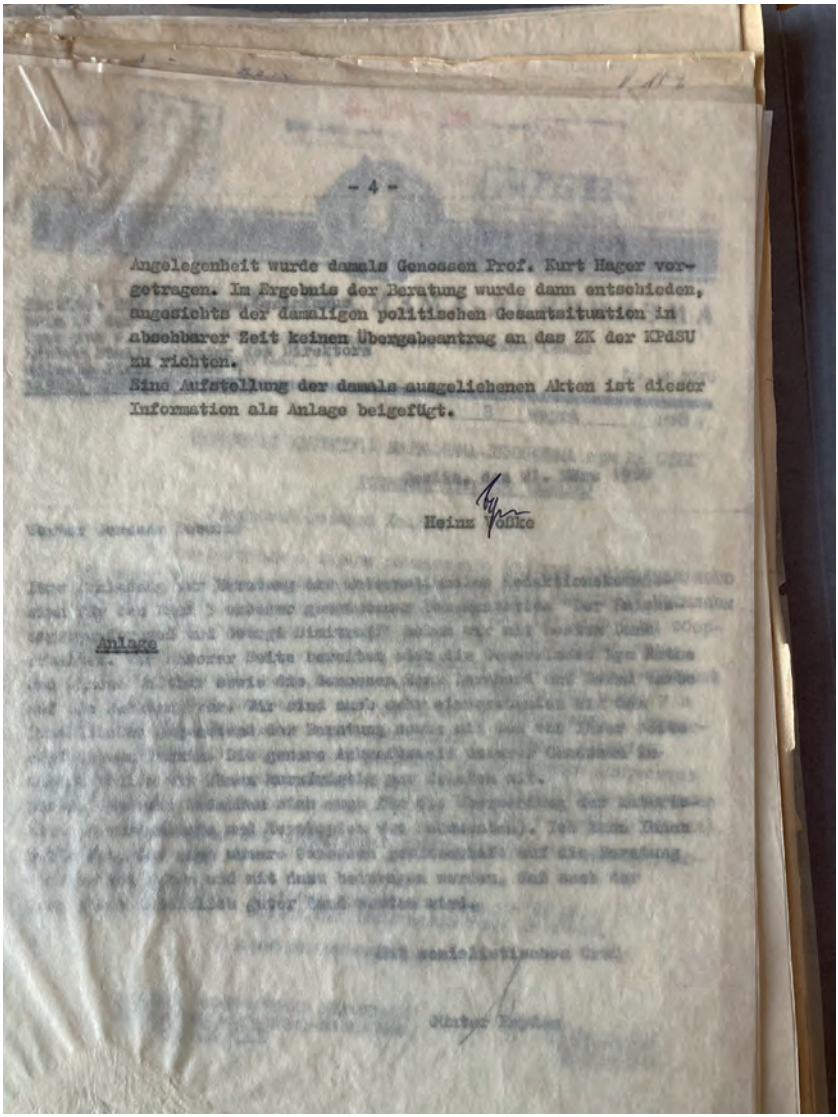
- 3 -

Roten Gewerkschaftsinternationale, der Kommunistischen Jugendinternationale usw.
Wie ich mich im Dezember 1986 im ZPA - Moskau davon überzeugen konnte, befinden sich dort zum Beispiel ein Teilbestand der deutschen Vertretung bei der Internationalen Roten Hilfe, auch zahlreiche Materialien über den antifaschistischen Widerstandskampf in Deutschland, originale Einheitsfrontabkommen zwischen SPD - KPD, Dokumente und Materialien über die Arbeit der RHD im Saargebiet bis etwa 1937.

2.5. Umfangreiche originale Personenbestände von August Bebel, Wilhelm und Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, Franz Mehring, Julius Motteler, Wilhelm Dittmann u.a.

3. In den Jahren bis zur Gründung der DDR wurden von der SMAD aus verschiedenen staatlichen Archiven unseres Landes Akten ausgeliehen, die nach der SU transportiert und nicht zurückgegeben wurden. Obwohl damals keine offiziellen Leihverträge ausgestellt werden durften, fertigten die Archivmitarbeiter Übersichtslisten der ausgeliehenen Materialien an.
Ein großer Teil dieser Akten (213 Akteneinheiten zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie) beinhaltet Fragen der deutschen Arbeiterbewegung des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, darunter Originale von Marx und Engels. Diese Akten befinden sich jetzt ebenfalls im Zentralen Parteiarchiv der KPdSU.
Der frühere Leiter des ZPA - Moskau, Genosse Solowjew, hatte Genossen Heinz Voßke 1975 vertraulich übermittelt, daß die sowjetische Seite diese Akten an unsere Partei übergeben würde, falls die SED einen offiziellen Übergabeantrag stellen würde. Die sowjetischen Genossen hatten sich für diesen Fall bereits Mikrofilme angefertigt. Diese

Inhalt



- 4 -

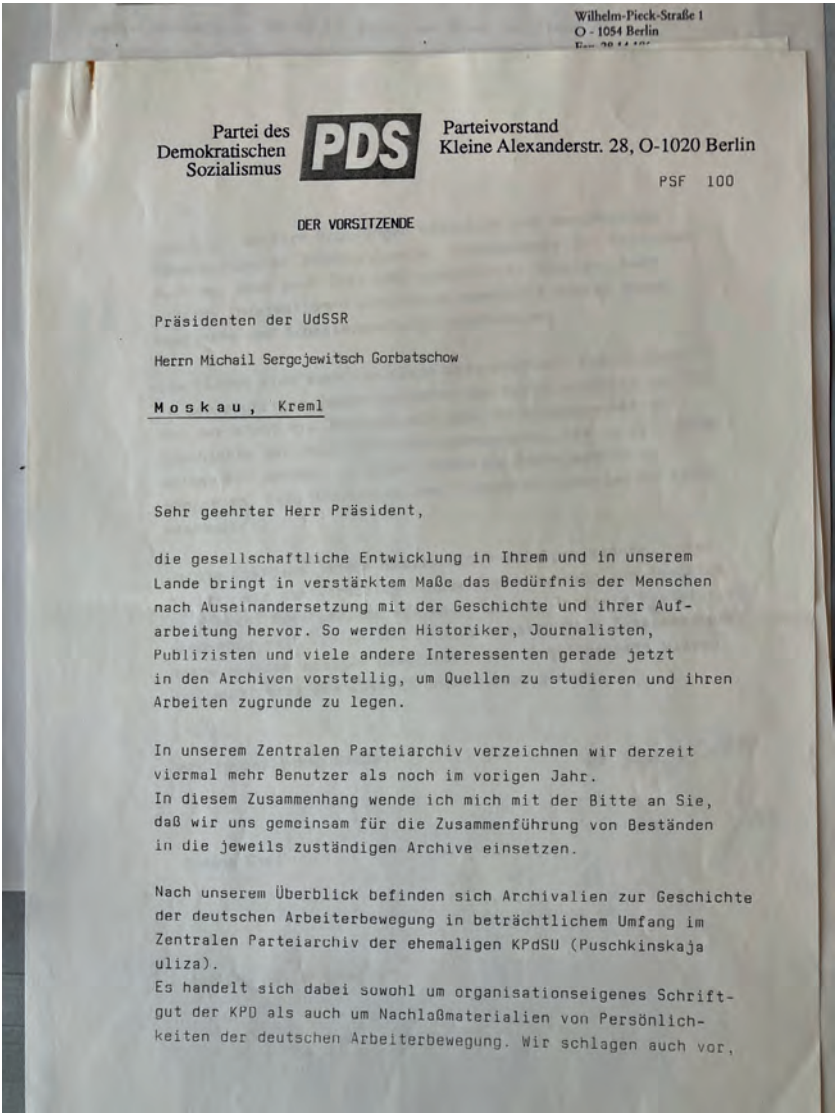
Angelegenheit wurde damals Genossen Prof. Kurt Hager vorgetragen. Im Ergebnis der Beratung wurde dann entschieden, angesichts der damaligen politischen Gesamtsituation in absehbarer Zeit keinen Übergabeantrag an das ZK der KPdSU zu richten.
Eine Aufstellung der damals ausgeliehenen Akten ist dieser Information als Anlage beigefügt.

Heinz Vönke

Anlage

Inhalt

Dokument 2



Wilhelm-Pieck-Straße 1
O - 1054 Berlin

Partei des Demokratischen Sozialismus

PDS

Parteivorstand
Kleine Alexanderstr. 28, O-1020 Berlin

PSF 100

DER VORSITZENDE

Präsidenten der UdSSR

Herrn Michail Sergejewitsch Gorbatschow

Moskau, Kreml

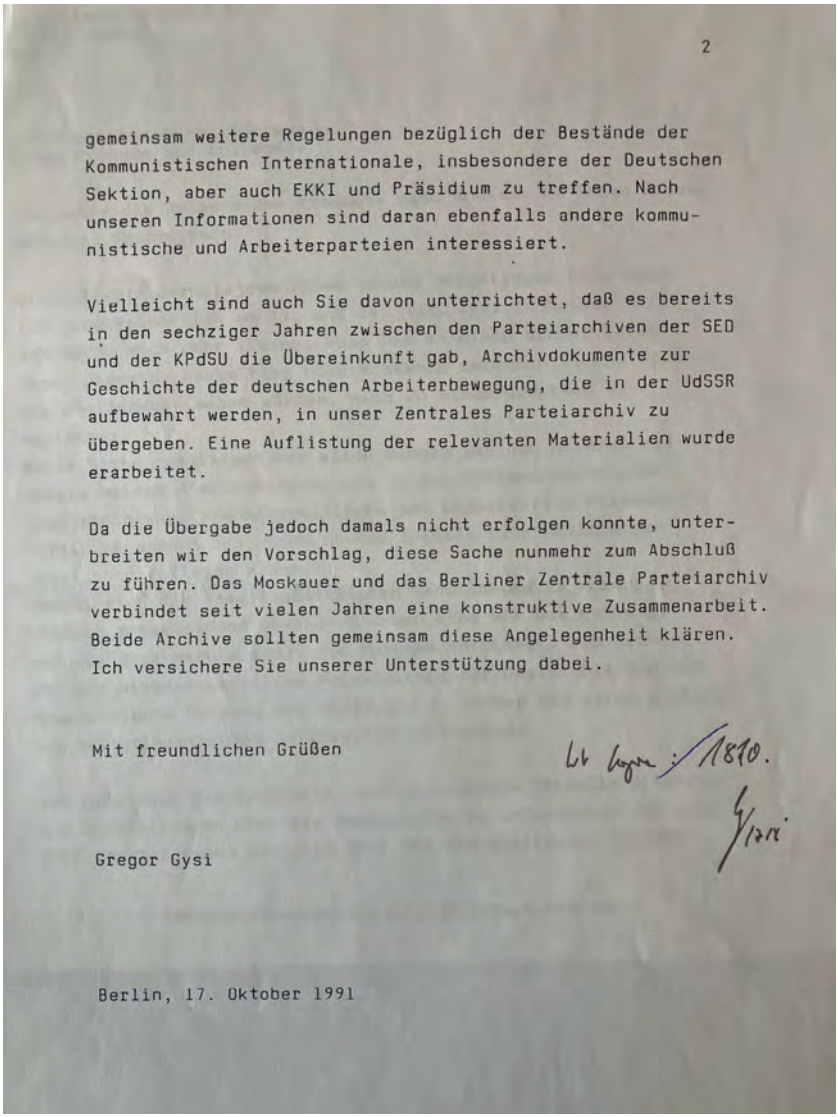
Sehr geehrter Herr Präsident,

die gesellschaftliche Entwicklung in Ihrem und in unserem Lande bringt in verstärktem Maße das Bedürfnis der Menschen nach Auseinandersetzung mit der Geschichte und ihrer Aufarbeitung hervor. So werden Historiker, Journalisten, Publizisten und viele andere Interessenten gerade jetzt in den Archiven vorstellig, um Quellen zu studieren und ihren Arbeiten zugrunde zu legen.

In unserem Zentralen Parteiarchiv verzeichnen wir derzeit viermal mehr Benutzer als noch im vorigen Jahr.
In diesem Zusammenhang wende ich mich mit der Bitte an Sie, daß wir uns gemeinsam für die Zusammenführung von Beständen in die jeweils zuständigen Archive einsetzen.

Nach unserem Überblick befinden sich Archivalien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in beträchtlichem Umfang im Zentralen Parteiarchiv der ehemaligen KPdSU (Puschkinskaja uliza).
Es handelt sich dabei sowohl um organisationseigenes Schriftgut der KPD als auch um Nachlaßmaterialien von Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung. Wir schlagen auch vor,

Inhalt



2

gemeinsam weitere Regelungen bezüglich der Bestände der Kommunistischen Internationale, insbesondere der Deutschen Sektion, aber auch EKKI und Präsidium zu treffen. Nach unseren Informationen sind daran ebenfalls andere kommunistische und Arbeiterparteien interessiert.

Vielleicht sind auch Sie davon unterrichtet, daß es bereits in den sechziger Jahren zwischen den Parteiarchiven der SED und der KPdSU die Übereinkunft gab, Archivdokumente zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die in der UdSSR aufbewahrt werden, in unser Zentrales Parteiarchiv zu übergeben. Eine Auflistung der relevanten Materialien wurde erarbeitet.

Da die Übergabe jedoch damals nicht erfolgen konnte, unterbreiten wir den Vorschlag, diese Sache nunmehr zum Abschluß zu führen. Das Moskauer und das Berliner Zentrale Parteiarchiv verbindet seit vielen Jahren eine konstruktive Zusammenarbeit. Beide Archive sollten gemeinsam diese Angelegenheit klären. Ich versichere Sie unserer Unterstützung dabei.

Mit freundlichen Grüßen

Gregor Gysi

Berlin, 17. Oktober 1991

Inhalt

Was wird aus dem Archiv der VVN-VdA?[1]

Ein kurzer Rückblick auf die bisherige Arbeit der Archivgruppe

Wir haben es unter uns immer „Archiv" genannt, aber gegenüber Außenstehenden betont, dass es sich streng genommen gar nicht um ein Archiv handelt. Die Rede ist von Unterlagen der VVN-VdA, also der Westberliner antifaschistischen Organisation, aus den Jahren 1953 bis 1990.

Als die VVN-VdA Anfang der 90er-Jahre ihr Büro auflösen musste, fanden sich umfangreiche Materialien, untergebracht in Aktenordnern, Mappen und Kisten. Vor allem Werner Gutsche, inzwischen leider verstorbener aktiver Antifaschist und zugleich historisch interessierter Mensch, hatte über Jahre Dokumente zur Tätigkeit der VVN-VdA gesammelt – weniger, um ein klassisches Archiv anzulegen, sondern um die Unterlagen für Ausstellungen und Vorträge zu nutzen. Einige Engagierte befanden, dass diese Papiere aufbewahrt werden müssten. Zum Glück fand sich ein befreundeter Verein, bei dem sie gelagert werden konnten.

Anfang 2005 konnte durch Vermittlung von Hans Coppi eine Vereinbarung mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GDW) abgeschlossen werden. Seitdem lagerte der Bestand in ihren Räumen in der Stauffenbergstraße.

Im August 2025 musste das Archiv die Räumlichkeiten allerdings verlassen, weil die Bundeswehr als Besitzer der Immobilie Bedarf im Hause geltend gemacht hatte.

Wie es begann:

Im Sommer 2005 hatte eine kleine Gruppe engagierter VVN-VdA-Mitglieder begonnen, mit der umfangreichen Software „Faust Entry Archiv" für Archive und Bibliotheken in ehrenamtlicher Arbeit die Materialien professioneller zu erfassen und somit auch für die Öffentlichkeit, zum Beispiel für Historiker, nutzbar zu machen. Zudem wurden hunderte von Fotos digitalisiert und ins System eingetragen. Und: Wir konnten bei Anfragen zu Fotomaterial und Dokumenten sofort Auskunft geben.

Mein persönlicher Beitrag:

Wie kam ich zur Archivgruppe? Auf der Geburtstagsfeier 2020 von Benedikt, Mitglied der VVN-VdA und zwischenzeitlich ein guter Freund geworden, lernte ich Peter kennen.

Er erzählte mir vom Archiv und machte mich neugierig. Schon wenige Tage danach schaute ich mir das Archiv an und sagte zu, mitzumachen. Dort lernte

1 Nachdruck des Artikels aus: Unser Blatt, Nr. 88. Über das Archiv der VVN-BdA erschienen Beiträge in den Mitteilungen Heft 58 und Heft 65.

Inhalt

ich die übrigen Personen kennen, die sich tapfer durch die Unterlagen forsteten: Claudia und Hans. Die Gruppe nahm mich herzlich auf, so dass es mir von Anfang an Spaß und Freude bereitete, dort mitzuarbeiten. Dank guter Zusammenarbeit wurde ich schnell mit der Arbeitsweise und den Abläufen vertraut und konnte nach gründlicher Einweisung das Archivprogramm „Faust“ anwenden.

Auf meine Initiative hin konnten wir nach 2021 endlich mit dem Internet-Anschluss einen besseren Zugang zur Außenwelt erreichen. Das Archiv wurde nun besser erreichbar und wir konnten sogar eine Webseite gestalten.

Neubeginn:

Wie es eben im Leben so ist: Gesundheitliche und altersbedingte Belastungen bei den anderen Gruppenmitgliedern führten dazu, dass ich Anfang 2024 vor der Entscheidung stand, ebenfalls das Archiv zu verlassen oder allein weiterzuarbeiten. Ich entschloss mich, das Archiv nicht im Stich zu lassen. Im November 2024 suchte ich per Rundmail an die Mitglieder der VVN-VdA neue ehrenamtliche Mitarbeiter. Innerhalb weniger Tage hatten sich erfreulicherweise acht Kameradinnen und Kameraden gemeldet. Schon im Dezember 2024 traf sich das neue Team. Im Vordergrund stand zunächst, die „Neuen“ mit den Abläufen und der Archivsoftware vertraut zu machen.

In dieser Zeit wurde es immer ernster mit dem Auszug aus der GDW. Neue Räume mussten gefunden werden. Archivarbeit und Umzugsvorbereitung liefen parallel. Wir versuchten, das Beste daraus zu machen.

Vorläufiges Ende?

Nach einer Reihe von Unstimmigkeiten mit dem Vorstand der VVN-VdA, die den Umzug des Archivs und die Kommunikation betrafen, entschloss ich mich im Juli 2025, meine Mitarbeit einzustellen. Das fiel mir nicht leicht, weil ich viel Zeit und Engagement aufgewendet hatte. Nach meinem Weggang ging auch das neue Team für das Archiv auseinander.

Neue Räume sind inzwischen für das Archiv gefunden, der Umzug hat stattgefunden.
Leider fehlt auf der Webseite der VVN-VdA jeglicher Hinweis darauf, wo sich das Archiv befindet, wie es zu erreichen ist und wer als Ansprechpartner gilt.

Das Archiv ist ein wahrer Schatz und für die Geschichte der antifaschistischen Arbeit in (West-)Berlin unverzichtbar. Es bleibt daher zu wünschen, dass sich schnell wieder eine arbeitsfähige Archivgruppe bildet und das Archiv erneut nutzbar gemacht wird.

Seit 1. Oktober 2025 befindet sich das Archiv inklusive Bibliothek im Kiezbüro, Markgrafendamm 24, 10245 Berlin, Haus 16, 1. Etage (am S-Bahnhof Ost-

Inhalt

kreuz). Die Digitalisierung wird fortgesetzt. Da alle ehrenamtlich tätig sind, können keine festen Büro- und Anwesenheitszeiten angeboten werden. Bei Interesse wird deshalb um Terminvereinbarung unter info@vvn-vda.de gebeten.



Bildunterschrift: … und 2007, vorsortiert in Archiv-Kisten
Foto: Ingo Müller

Ingo Müller

Inhalt

Erinnerungsstätten der Arbeiterbewegung und Geschichtskultur

Rosas Salon unter dem Dachgebälk des Liebknecht-Hauses



Collage: Daniel Neuhaus

Die 45. Debattenrunde von Rosas Salon fand ausnahmsweise nicht im Felsenkeller, sondern unter dem Dachgebälk des einstigen Leipziger Wohnhauses von Wilhelm Liebknecht statt. Wo, wenn nicht an solch einem authentischen Gedächtnisort konnte eine Hommage an den einstigen Bewohner gelingen? Und so kam es denn auch: Aus Anlass seines 200. Geburtstages würdigten die Freundinnen und Freunde von Rosas Salon mit den Leipziger Linken Leben, Werk und aktuelle Bedeutung des Publizisten und Politikers, der mit seinem Freund August Bebel in den 1860er Jahren die sozialistische deutsche Arbeiter*innenbewegung aus der Taufe gehoben und ihr als sozialdemokratischer Abgeordneter im Deutschen Reichstag eine unüberhörbare Stimme verliehen hatte.

Die Einladung zum Gedenken fand unerwartete Resonanz, nämlich mehr als ein Dutzend Wortmeldungen von Jung und Alt aus Nah und Fern.

Den Vortragsreigen eröffnete *Manfred Neuhaus* mit einer Beobachtung von Franz Walter. Der Göttinger Politiklehrer hatte vor dem Geburtsjubiläum des „Vaters der SPD“ in der „Frankfurter Allgemeinen“ beklagt, die Erinnerung an Wilhelm Liebknecht sei in der einst

Inhalt

so geschichtsstolzen Sozialdemokratie nahezu geschwunden. Ein Schelm, der wenige Tage nach dem Wahldebakel der ältesten deutschen Partei an Neckar, Rhein und Mosel Arges dabei denkt.

Vergisst man seine Geschichte, ist man dazu verdammt, nicht nur alte Fehler zu wiederholen, sondern ihnen noch neue hinzuzufügen. Auch Parteien müssen mitunter erst noch lernen, dass es ohne Vergangenheit keine Zukunft geben kann. In diesem Kontext erneut an Wilhelm Liebknecht zu erinnern, besitzt politischen Charme und kann durchaus Erkenntnisgewinn für erfolgreiche linke Politik liefern.

Obwohl die LINKE nicht mehr am Abgrund driftet und im Unterschied zur ältesten deutschen Partei atemberaubend prosperiert, würde auch ihr, zumal im Kontext einer überfälligen programmatischen Selbstvergewisserung, eine wohlverstandene historische Lektion über das Erfolgsduo Bebel und Liebknecht gut zu Gesicht stehen.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts gewann kein sozialistischer Politiker größere Popularität als Wilhelm Liebknecht und sein vierzehn Jahre jüngerer Freund, der „Arbeiterkaiser" August Bebel. Mit sage und schreibe sieben Sprachen, die der studierte Philologe Liebknecht beherrschte, galt er als Inkarnation des Internationalismus. Dass der „Alte", wie er in einer Melange aus Zuneigung, Vertrauen und Respekt in Parteikreisen genannt wurde, neben Bebel über Jahrzehnte die wichtigste Führungsfigur der deutschen Sozialisten war, bezeugen Artefakte, wie das gestickte Bild mit den Porträts von Liebknecht, Bebel und Singer aus dem Heimatmuseum Borsdorf. Als eindrucksvolles Beispiel früher sozialistischer Ikonographie war es damals bei vielen sozialdemokratischen Arbeiterfamilien in Mode.

Liebknecht und Bebel waren charismatische Parteiführer im besten Sinne des Wortes. Auf beide trifft zu, was Max Weber von einem charismatischen Politiker erwartet, nämlich Authentizität, außergewöhnliche Ausstrahlung und Vertrauenswürdigkeit, Führungsqualität und visionäre Überzeugungskraft. Charismatische Politiker sollten jedoch nicht mit rhetorisch geschickten Rednern verwechselt werden, sie sind mehr. Sie können gesellschaftlichen Wandel befördern, aber in unserer vermeintlich schönen digitalen Welt auch gefährliche Deutungsmonopole und Machtkonstellationen bewirken.

Das A und O des charismatischen Politikers ist die Persönlichkeit. Liebknecht war zunächst Bebels Lehrer und viel leidenschaftlicher als sein Freund, er hatte etwas von einem Romantiker und Moralisten. Menschen waren ihm in der Politik wichtiger als Ideen. Für Bebel war der Freund ein „Mann von Eisen mit einem Kindergemüt".

In der Konstituierungsphase der sozialistischen Bewegung, das wird mitunter zu wenig gewürdigt, war kaum ein anderer den proletarischen Existenz- und Lebensbedingungen in der Realität des eigenen Daseins so nah wie Liebknecht.

Engels hat Liebknechts Charakterzüge in einem vertraulichen Psychogramm für August Bebel ambivalent beschrieben: „Als Optimist von Natur sieht (er) alles rosenfarben. Das erhält ihn so frisch und ist ein Hauptgrund seiner Popularität, aber es hat auch seine Schattenseite." Bei seinen vielen wertvollen Eigenschaften sei Liebknecht, so fuhr Engels fort, ein geborener Schulmeister. Wenn einmal ein Arbeiter im Reichstag Mir statt Mich sage oder einen lateinischen kurzen Vokal lang ausspreche und die Bourgeois lachen, dann

Inhalt

sei er in Verzweiflung. Daher müsse er „jebildete“ Leute haben, die uns mit einer Rede im Reichstag ärger blamieren würden als 2000 falsche „Mir“. Und dann könne er nicht warten. Der augenblickliche Erfolg, und wenn damit ein weit größerer späterer geopfert werde, gehe allem vor. „Du siehst“, so Engels nun wieder wörtlich, „ich spreche, im Vertrauen, ganz offen mit Dir. [...] Wenn [Liebknecht] wirklich vor die Entscheidung gestellt ist, geht er sicher den richtigen Weg. Er täte es aber lieber morgen als heute und lieber über ein Jahr als morgen.“ (Engels an Bebel, 10./11. Mai 1883. MEW 36, S. 26.)

Liebknecht war sehr viel näher am realen Leben der links organisierten Arbeiter im Kaiserreich als der bärtige Trierer Welterklärer und dessen soeben vernommenes Alter ego.

Zudem war unser Jubilar *der* große Bildungs- und Kulturpolitiker der frühen deutschen Arbeiter*innenbewegung − ein Netzwerker vor dem Herrn. Liebknechts Kommunikationsstrategie gründete auf Dauerpräsenz in den Printmedien der Partei, in ihren Bildungszirkeln und beim sächsischen Wähler. Sein Credo „Bildung ist Macht − Macht ist Bildung“ bündelte das Selbstverständnis der Sozialdemokratie und verknüpfte im Alltag der sich konstituierenden sozialistischen Partei etwas äußerst wirkungsvoll, was uns heute eher selten gelingt, nämlich, wie wir heute formulieren, Organizing und Wahlkampf organisch mit politischer Bildung zu verbinden. Liebknechts „Volksfremdwörterbuch“ erwies sich übrigens nicht nur als Best-, sondern auch als Longseller.

Wer bedenkt, dass Wilhelm in den verschiedenen Facetten seines lebenslangen publizistischen Engagements, sei es als Autor, Korrespondent, Herausgeber oder Chefredakteur, ohne digitale Kommunikation, sondern stattdessen allein mit Feder und Tinte agierte, wird ihm die Bewunderung für das Geleistete nicht versagen. Das mag jenen Parteigenossen allerdings schwer gefallen sein, die 1892 auf die Limitierung des Maximalgehalts aller Parteibeamten auf 2.500 Mark drangen, während Liebknecht als Chefredakteur des Zentralorgans „Vorwärts“ ein Gehalt von 7.200 Mark, weiß Gott nicht im Monat, sondern im Jahr bezog. Er bestand darauf, dass er arm sei und ganz „wie ein Proletarier“ lebe. „Was ich einnehme, brauche ich für meine Familie“, nämlich zwei Töchter aus der Ehe mit Ernestine und fünf Söhne aus der Verbindung mit Natalie.

In seinem Leben und Handeln antizipierte Wilhelm Liebknecht manches von dem, was Antonio Gramsci in der Figur des organischen Intellektuellen imaginiert. Es ist reizvoll, sich in der Phantasie auszumalen, wie Wilhelm, von „Bella Italia“ begeistert, Antonio begegnet wäre.

Als „organischer Intellektueller“ vermochte Liebknecht nicht nur in Krisenszenarien Widersprüche zu vermitteln und seine Mitstreiter zu außerordentlichen politischen Anstrengungen zu motivieren. Als wirkmächtigstes Momentum seines politischen Kampfes gilt zurecht „Gotha“ − die von ihm 1874/75 unbeirrt vorangetriebene Parteifusion der Eisenacher mit den Lassalleanern. Unser unvergessener Freund Wolfgang Schröder wurde nicht müde, gegen orthodoxe Legenden folgendes herauszustellen: „Es gab im Jahre 1875 [...] nirgends in der Welt, und zwar weder diesseits noch jenseits des Ozeans, eine politische Arbeiterpartei sozialistischen Charakters, schon gar nicht eine mit 25.000 Mitgliedern –

Inhalt

außer in Deutschland."

Liebknechts Erfolg als Konsens stiftender Politiker war allerdings größer als es die Lehrmeister in London wahrhaben und anzuerkennen mochten.

Doch zurück zur Inszenierung charismatischer Kommunikation. Sie gelang Bebel und Liebknecht am wirkungsvollsten mit ihrer revolutionären Parlamentstaktik in den Jahren des Sozialistengesetzes.

Liebknecht ist ein Vorreiter dessen, was Rosa Luxemburg später als „revolutionäre Realpolitik" anmahnen wird. Als 1899 eine Redakteursstelle am „Vorwärts" frei wurde, schlug er Rosa Luxemburg vor. Nach diesem Zwischenspiel bestand zwischen ihr und Liebknecht bis zu seinem Tode eine milde, herbstliche Freundschaft. Von seinem Tod war sie mehr erschüttert, als sie erwartet hätte: „Neulich, als ich im ‚Vorwärts' war [...] hat mir der Alte plötzlich beim Abschied geflüstert: ‚Für Sie werde ich immer alles tun, was ich kann. Ich hatte Sie ja in allem Ernst zum Redakteur vorgeschlagen, und es hätte mich gefreut, Sie zu haben. Aber wenn Sie was Fulminantes haben, geben Sie 's mir für den ‚Vorwärts', es wirkt darin doch mehr als in der ‚L[eipziger] V[olkszeitung]'. Ich versprach 's, und zum Schluß bat er mich noch herzlich, zu ihm zu kommen, er und seine Frau würden sich sehr freuen. Es ist eine Kleinigkeit, aber es tut mir wohl, von ihm in Frieden Abschied genommen zu haben." (An Karl und Luise Kautsky, etwa 9. August 1900. Zit. in: Peter Nettl: Rosa Luxemburg. Köln, Berlin 1967. S. 174.)

Nach diesem Auftakt ergründete *Giesela Neuhaus* mit welchem „Reisegepäck" der 24-Jährige ins britische Exil floh und der 39-Jährige schließlich in der Leipziger Braustraße eine Heimstatt für sich, seine Frau und die gemeinsamen Kinder fand.

Inhalt

„**Leipzig**. Dorthin ging ich, sah und blieb. Blieb ein Vierteljahrhundert lang – die acht Jahre mitgerechnet, die ich, unter der Herrschaft des Kleinen Belagerungszustandes, in dem benachbarten Dorfe Borsdorf unfreiwillig zubringen mußte", erinnerte sich Wilhelm Liebknecht in seinen „Erinnerungen eines Soldaten der Revolution": „Es war eine fruchtbare, bewegte Zeit, dieses Vierteljahrhundert, in welches sich viel Arbeit und viele Ereignisse zusammendrängten. Die Lehr- und Lernzeit im Arbeiterbildungsverein, das Werden der sozialdemokratischen Partei, der Hochverratsprozeß, die Festungszeit in Hubertusburg, die Kämpfe zwischen Eisenachern und Lassalleanern, die Versöhnung und Vereinigung der feindlichen Brüder, das Sozialistengesetz, der Fall des Sozialistengesetzes und des Fürsten Bismarck und, nach erfochtenem Sieg, die Notwendigkeit, das Hauptquartier nach Berlin zu verlegen." Nach Leipzig zogen ihn „angenehme Jugenderinnerungen, die Regsamkeit unter den dortigen Arbeitern […], die freisinnige Gemeindeverwaltung […] und das stark entwickelte öffentliche Leben in ganz Sachsen." (Berlin 1976. S. 87 f. und 322.) Es war aber unbestritten das erste Gespräch mit August Bebel am dritten Tag nach seiner Ankunft und die lebenslange Freundschaft, die beide verband und der es zu verdanken ist, dass er 25 Jahre in Leipzig blieb.

Anschließend skizzierte *Rolf Hecker* den steinigen Weg zur Gründung der sozialdemokratischen Partei, während *Jürgen Hofmann, Harald Koth und Niklas Venema* Liebknecht als unbeugsamen Streiter gegen Militarismus und Krieg, Mitbegründer der II. Internationale und wirkungsmächtigen Journalisten würdigten. (Niklas schönen Essay konnte, wer wollte, bereits am Veranstaltungstag im großen Frankfurter Feuilleton bestaunen!)

Feministische Akzente im Vortragsmarathon setzten *Astrid Franzke, Elli Neuhaus und Franziska Kage*: Während Astrid zwei starke Frauen an Liebknechts Seite − Ernestine Landolt und Natalie Reh − anrührend porträtierte und Elli aus der Korrespondenz von Ernestine und Jenny Marx vortrug, zeigte Franziska anhand von Liebknechts Freundschaft mit Eleanor Marx, wie eng Persönliches und Politisches im Netzwerk früher Sozialisten verwoben waren. Zuvor hatte *Johanna Sänger* mit Liebknecht-Exponaten aus dem Fundus des Stadtgeschichtlichen Museums das Interesse des Publikums gefesselt. *Hartmut Kästner* beleuchtete Liebknechts Beziehung zu Georgi Plechanow, und *Matthias John* gemahnte an ungehobene Schätze aus Moskauer Archiven. Währenddessen erinnerte *Michael Zock* mit Bild und Ton an den frühen DEFA-Spielfilm „Die Unbesiegbaren" mit Erwin Geschonneck als Wilhelm Liebknecht (1953).

Dann berichteten *Olaf Beyer und Helge-Heinz Heinker* über Liebknechts Bors-

Inhalt

dorfer Exil in den Jahren des Sozialistengesetzes und dessen Fahrt mit der Leipzig-Dresdner Eisenbahn zur Festungshaft. Den Schlussakkord der von Nils Knappik digital dokumentierten Tagung setzten *Volker Külow, Alexander Schmidt und Kay Kamieth*: Volker würdigte den Liebknecht-Biografen Wolfgang Schröder, Alexander schilderte, welche Kämpfe um Raum und Erinnerung auszufechten waren, um das Liebknecht-Haus in einen authentischen Erinnerungsort der Leipziger Linken zu verwandeln, während Kay bereits einen Blick in dessen Zukunft wagte. Summa summarum: So viel Wilhelm Liebknecht gab es lange nicht − möge den Freundinnen und Freunden von Rosas Salon und ihren verbündeten Leipziger Linken ein schöner Tagungsband in den „Schriften aus dem Liebknecht-Haus Leipzig" gelingen.

Daniel Sieben
(Erstveröffentlichung in: Mitteilungsblatt. Zeitung von Die Linke Leipzig 5/2026, S. 26/27.)



Das gestickte Bild mit den Porträts von Liebknecht, Bebel und Singer aus dem Heimatmuseum Borsdorf

Inhalt



Die allegorische Darstellung der Maifeier aus dem Jahre 1892 erinnert an Wilhelm Liebknechts Rolle als Mitbegründer der Zweiten Internationale. Auf deren Gründungskongress gemeinsam mit Edouard Vaillant zum Vorsitzenden gewählt, trug Liebknecht maßgeblich dazu bei, dass die Delegierten am 20. Juli 1889 beschlossen, den 1. Mai künftig als Kampftag der Arbeiterbewegung zu begehen.



„Unter dem Dachgebälk“: Prof. Manfred Neuhaus, Dr. Gisela Neuhaus, Dr. Astrid Franzke und Elli Neuhaus

Inhalt

Besondere Zeitdokumente

Wolfgang Harichs „weiße Ehe“

Das Dokument gibt Aufschluss darüber, dass Wolfgang Harich 1957 im Zuchthaus die Slawistik-Studentin Irene Giersch (1934–2018) heiratete. Harichs zweite Ehe mit Isot Kilian war Mitte der 50er-Jahre geschieden worden, weil Isot sich Bertolt Brecht zugewandt hatte. Janka schrieb später, dass die Liaison von Isot mit Brecht Harich stolz gemacht hätte. Dagegen wandte die mit Harich befreundete Kunsthistorikerin Jutta Held aus Osnabrück ein, dass Harich sich verletzt fühlte, sich scheiden ließ und ein ganzes Jahr nicht mehr mit Brecht gesprochen habe. Harichs Ehe mit der Studentin blieb indes nur eine „weiße Ehe“, die Irene ab 1961 zu beenden beabsichtigte und die bald geschieden wurde. Dazu erklärte Irene in einem Interview: „Es gab da nämlich dieses alte Gesetz, dass, wenn die Ehe nicht vollzogen wird, wenn sie also nach der Heirat keinen Geschlechtsverkehr mit ihrem Mann oder ihrer Frau gehabt haben, das als ‚weiße Ehe‘ gilt ... Da konnte Wolfgang gar nichts gegen machen.“[1] Zum Verlauf der Ehe-Krise erklärte Irene: „Die Gefängnisbesuche wurden immer schwieriger, wir hatten uns einfach nichts mehr zu sagen. Von da an begann ich zu denken, mich vielleicht von ihm zu trennen. Aber es war kein aktueller Grund da, kein Anlass, nur der Gedanke: Zehn Jahre allein, das geht nicht. Die Heirat jedenfalls war ein falscher Schritt gewesen, aus einer momentanen Gefühlsaufwallung, heraus.“[1]

Irene Giersch und Wolfgang Harich hatten sich im Sommer 1954 bei einer Tanzveranstaltung in Ahrenshoop kennengelernt. Nachdem Harichs Ehe mit Isot Kilian 1955 in die Brüche gegangen war, zog Irene in die Wohnung von Harich in der Winsstraße im Prenzlauer Berg ein. In dieser Wohnung lebte auch Harichs Mutter, die die Organisation des Haushalts innehatte. Für das Kochen und die Einkäufe war eine Haushälterin da. Einmal in der Woche kam eine Waschfrau. Irene kam sich wie eine kleine Nippfigur vor, in der Wolfgang das asiatische Geschirr aufbewahrte, das seine frühere thailändische Freundin Nong Yau hinterlassen hatte. In seine sehr bewegte Gedankenwelt bezog Harich Irene nicht ein. Lediglich einmal las er ihr eine Passage aus der „Plattform“ vor. Irene hatte keine Chance, Einwände bzw. Ergänzungen vorzutragen. Harich wollte lediglich hören, wie es klingt, wenn er das laut vorliest. Dennoch sollte dieser Vorgang zu einem Politikum werden. Was sich am 29. November 1956 in der Winsstraße gegen

1 Siegfried Prokop: Über das Jahr 1956 und die „weiße Ehe“ Wolfgang Harichs. Ein Gespräch mit Irene-Galtier Giersch, in: Wolfgang Harich zum Gedächtnis. Eine Gedenkschrift in zwei Bänden. Herausgegeben von Stefan Dornuf und Reinhard Pitsch, Band II., München 1999, S. 428.

Inhalt

17.30 Uhr ereignete, beschrieb Irene mit folgenden Worten: „Es wurde geklingelt. Es waren, glaube ich, drei Männer, die sagten: ‚Haftbefehl! Wir verhaften Sie jetzt, Herr Harich, und Sie, Fräulein Giersch. Sie brauchen nichts einzupacken. Sie nehmen einfach Ihren Mantel und kommen mit!'"[2] Irene kam ebenso wie Wolfgang in Untersuchungshaft. Nachdem die „Organe" gemerkt hatten, dass Irene nur ein kleines Würstchen war, wurde ihr gesondert ein Prozess in Potsdam gemacht. Bei dem Vorwurf, ein Verbrechen gegen den Staat nicht angezeigt zu haben, blieb es. Nach neun Monaten Haft kam Irene zwar frei, aber der Abschluss des Slawistik- Studiums wurde ihr nicht gestattet. Andererseits wollte man, dass Irene in der DDR bleibt. Ihr wurde der nicht unattraktive Job einer Übersetzerin von Büchern aus dem Tschechischen angeboten. Allerdings wurde ihr dies nur unter einem Pseudonym gestattet. Sie wählte den Namen einer männlichen Figur aus einem Roman von Walter Harich. Mit dem Namen Irene Glasberg trat sie nun in die DDR-Öffentlichkeit. Sie übersetzte tschechische Bücher für den renommierten Verlag Volk und Welt und dolmetschte tschecho-slowakische Künstler bei Pressefesten der DDR und Mai-Bowlen. Dabei lernte sie den Chansonnier Jean Galtier kennen, mit dem sie am 13. August 1961 dank des französischen Passes ihres Freundes die DDR verließ und die nächsten 14 Jahre in Frankreich zu leben versuchte.

Nach Harichs Entlassung aus dem Gefängnis war es zu einem Briefwechsel zwischen ihm und Irene gekommen. Darüber äußerte sich Irene wie folgt: „Er schrieb mir und bat mich, zu ihm zurückzukommen. Aber mit Argumenten, die alles andere als überzeugend waren. Wenn ihnen jemand sagt: Ich verzeihe dir, und auch der Staat wird dir deinen Fehltritt nachsehen, wenn du wieder in die DDR kommst. Wenn du mich wenigstens mit einem Offizier der Nationalen Volksarmee betrogen hättest oder mit einem Universitätsprofessor, aber ausgerechnet mit einem Bänkelsänger, so hat er argumentiert. In dem Brief schrieb er mir, dass er dafür sorgen werde, dass ich wieder auf den richtigen Weg käme. Da habe ich mir gesagt, nein, so nicht. Das bestätigte mir, dass ich recht daran getan hatte, nicht zurückzugehen."[2]

Schließlich heiratete Irene Jean Galtier. Aber weder er noch sie fanden in Frankreich eine feste Arbeit. Das Leben wurde Irene vom französischen Geheimdienst schwer gemacht. Der hielt sie für eine ostdeutsche Spitzenspionin. Jean Galtier wurde gesagt, dass es sich bei Irene um die Mata Hari[3] der DDR handle. Irene erlebte zwei Vorladungen durch den französischen Dienst. Irene erfuhr in Frankreich etwas, was sie schon in der DDR kennen gelernt hatte. Irene dazu: „Oder diese blöde Redewendung, die auch die Stasi-Beamten parat hatten: ‚Sie können es mir ruhig sagen, es bleibt doch unter uns.' Mit anderen Worten, er

2 Ebenda, S. 427.
3 Ebenda, S. 413 f.

erzählte es niemandem weiter.“[4]

Irene wurde erst in Ruhe gelassen, nach dem Jean Galtier einen großen Skandal gemacht und einen Rechtsanwalt eingeschaltet hatte. Einige Zeit danach bekam Irene Galtier eine Beschäftigung im Goethe-Institut in Montreal / Kanada. Dort stieß sie in der Bibliothek auf Gustav Just‘s Buch „Zeuge in eigener Sache“.[5] Sie kam auf die Idee, Just nach der Verfahrensweise in Bezug auf eine Rehabilitierung zu fragen. Just kam Irenes Bitte gern nach. Indes das Rehabilitierungsverfahren für Irene zog sich in die Länge. Im Jahre 1994 erhielt sie den Bescheid: Eine Entschädigung in Höhe von 1.900,00 DM. Da Irene das Staatsexamen nicht gemacht hatte, wurden ihr die Jahre 1957 bis 1961 für die Rente nicht anerkannt. Das änderte sich erst nach dem zweiten Unrechtsbereinigungsgesetz.

Siegfried Prokop

4 Ebenda, S. 429.

5 Mata Hari (1876–1917) war der Künstlername der niederländischen Tänzerin Margaretha Geertruda Zelle. Sie wirkte im Ersten Weltkrieg als Doppelagentin für die Deutschen und die Franzosen. Ein französisches Militärgericht verurteilte sie zum Tode. Am 25. Juli 1917 wurde Mata Hari hingerichtet.

Inhalt

Dokument 1

Irene Galtier
2347 de Lorimier
Montréal, P.Q.
H2K 3X4
Canada
Tel. (514) 523-4817

16. Juli 1990

f 4-8.

Herrn Gustav JUST
über den Luchterhand Literaturverlag

Sehr geehrter Herr Just,

Ihr Buch "Zeuge in eigener Sache", das ich mit Emotion gelesen habe, hat in mir meine ganze, schon beinahe vergessene Vergangenheit geweckt.

Ich gehöre zu den Personen, die am Rande des Harich-Prozesses gestanden haben. Damals war ich Studentin an der Humboldt-Universität und lebte mit Wolfgang Harich. Wir wurden beide am selben Tag, zur selben Stunde bei der Rückkehr von seiner Reise nach Hamburg verhaftet. Mein Prozeß wurde in der Folge völlig von dem Wolfgang Harichs und Ihrer Gruppe getrennt. Ich wurde im April 1957 von einem Potsdamer Gericht zu neun Monaten Gefängnis wegen "Nichtanzeige eines Verbrechens gegen den Staat" verurteilt. Bei Wolfgang Harichs Prozeß Anfang März 1957 bin ich nur als Zeugin aufgetreten.

Meine Schwierigkeiten bei der Entlassung aus der Haft können Sie sich vorstellen. Ich konnte nicht mein Staatsexamen ablegen, stand bis zu meinem Verlassen der DDR im August 1961 unter ständiger Aufsicht der Staatssicherheit und konnte als Übersetzerin - ich hatte Slawistik studiert - nur unter Pseudonym arbeiten. Eine feste Arbeitsstelle fand ich nicht. Ich muß hinzufügen, daß Wolfgang und ich nach meiner Haftentlassung und vor seiner Überführung nach Bautzen im Gefängnis geheiratet hatten und ich offiziell Frau Harich geworden war.

Im August 1961, am Tage, an dem Berlin geschlossen wurde, bin ich geflüchtet. Von Paris aus, wo ich anschließend 14 Jahre gelebt habe, wurde meine Ehe mit Wolfgang Harich 1963 geschieden. Ich heiratete wieder. 1973 siedelten mein Mann und ich nach Montreal über.

Seitdem arbeite ich am Goethe-Institut Montreal als Programmassistentin. Auf diese Weise habe ich nie den Kontakt mit meiner Sprache und Kultur verloren. Und da es an jedem Goethe-Institut eine große Bibliothek gibt und ich mich für Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt nach wie vor interessiere, bin ich auf Ihr Buch gestoßen. Übrigens auch auf "Schwierigkeiten mit der Wahrheit", das bei Rowohlt erschienene Buch von Walter Janka.

Ich möchte Ihnen und Herrn Janka heute danken, den Hintergrund dieses Schauprozesses, deren Opfer wir gewesen sind, aufgedeckt zu haben. Ihr Freispruch kommt spät, er wischt das begangene Unrecht nicht aus, tröstet aber vielleicht ein wenig darüber hinweg.

.../...

Inhalt

- 2 -

Deshalb möchte auch ich eine Kassation des gegen mich ergangenen Urteils beantragen. Aber ich weiß nicht so recht, wo ich das Knäul aufgarnen muß. Sie haben das ganze Prozedere bereits durchgemacht. Wenn es Ihnen keine zu große Mühe bereitet, wäre ich Ihnen für einige Hinweise sehr dankbar.

Auf eine Antwort von Ihnen würde ich mich freuen.

Mit den besten Grüßen

Irene Gallier

Inhalt

Berichte

Bericht von der 35. Kuratoriumssitzung der SAPMO am 8. Juli 2026

Das Kuratorium traf sich nach über zweijähriger Pause, weil inzwischen die Teilnehmer*innen aus Ministerien und Bundestag in reduzierter Form neu zu bestimmen waren, was in Bezug auf den Bundestag immer noch nicht abgeschlossen ist. Dazu wurde am Ende der Sitzung Unmut formuliert. Neuer Vorsitzender des Kuratoriums ist Robin Mishra, vorher Direktor Kommunikation beim Bundesarchiv. Die Geschäftsordnung des Kuratoriums wurde geringfügig angepasst, um der verringerten Anzahl der Vertreter*innen des Bundestages im Kuratorium und etwaiger amtlicher Umbenennungen Rechnung zu tragen.

Prof. Dr. Andrea Hänger, stellvertretende Präsidentin des Bundesarchivs, stellte die Berichte 2024/2025 vor. Sie referierte noch mal die Umstrukturierung Anfang der 20er-Jahre, die zu einem Ausbau der Abteilung DDR führte. Dabei wurden verschiedene Bestände – u. a. Nachlässe, Bibliotheken, Bilder, Filme etc. zusammengeführt, was das Archivgut für die Nutzer*innen zugänglicher macht und eine notwendige Voraussetzung für die Digitalisierung ist. Die Umstrukturierungen im Bundesarchiv hinsichtlich der Bildung der *Abteilung DDR* bewertete sie von der Wirkung her als positiv, denn das nun vereinfachte Nutzungsverfahren habe zu einer Steigerung der Nutzung von Archivalien mit der Provenienz DDR geführt.

Der Präsident des Bundesarchivs, Prof. Dr. Michael Hollmann, informierte, dass in den 2030er-Jahren der Standort Freiburg (Bundesarchiv Militärarchiv) aufgelöst wird und die Unterlagen der NVA und der Grenztruppen der DDR nach Berlin überführt werden. Außerdem werden die Unterlagen der Wehrmachtsauskunftsstelle (WASt) nach Lichterfelde kommen. Daraus ergeben sich weitere Platzbedarfe in Berlin, erste Bauvorhaben (Hoppegarten, Bild- und Tonarchiv) starten, andere sind noch in Planung. Gewünscht ist, dass alle DDR-Bestände an einem Ort zusammengefasst werden.

Prof Dr. Detlev Brunner von der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft warf die Frage auf, welche Funktion die SAPMO und das Kuratorium in Zukunft haben werden. Prof. Hollmann antwortete sinngemäß, es werde keine Veränderung geben. Die Stiftung wird weiter gebraucht, weil sie die Eigentümer*innen vertritt und eigentumsrechtliche Fragen nur dort geklärt werden können. Dies war auch Thema im Kulturausschuss des Bundestages Ende Juni, wo Gregor Gysi sich erkundigt hat, wie sicher Einbringer*innen sein können, dass ihr Nachlass beim Bundesarchiv gut aufgehoben ist. Prof. Hollmann berichtete, dass das Bundes-

Inhalt

archiv großes Interesse an den Nachlässen besitzt und dass seine Zusicherung als zufriedenstellend aufgenommen wurde. Er zeigt sich erfreut darüber, dass Forschung zur DDR mehr Gewicht bekommt und nicht nur das MfS betrachtet wird. Die zentrale Funktion des Kuratoriums als Stimme des Eigentümers wird bleiben.

Es wurde informiert, dass das Bundesarchiv einen Nachlass Briefwechsel zwischen Wilhelm Liebknecht und Ehefrau gekauft hat, ferner werden die Nachlässe von Klaus Höpcke und Lothar Bolz erschlossen.

Es stellte sich der neue Leiter der Abteilung „DDR (einschließlich SAPMO)" Andreas Petter vor, der im Bundesarchiv ausgebildet wurde und dann etliche Jahre im Stasiunterlagenarchiv (StUA) gearbeitet hat. Er wird nach Zustimmung des Kuratoriums zum Stiftungsdirektor ernannt.

In seinem Bericht referierte der Präsident des Bundesarchivs, dass die Zusammenführung von Stasiunterlagenarchiv und Bundesarchiv seit Juni 2021 mit Nachdruck erfolgt. Weitere Integrationsprozesse laufen, unter anderem die technisch verschiedenen Systeme. Er beklagte die mangelnde personelle Ausstattung: Laut Haushaltsplan gäbe es 2.300 Stellen, aber nur 2.100 sind besetzt, weil durch die Tariferhöhungen nicht alle Stellen besetzt werden konnten. In den kommenden Jahren ist aber wieder mit einem kleinen Aufwuchs zu rechnen. Die Rahmenbedingungen haben sich durch die veränderte Forschungssituation verändert: Alles soll im Netz verfügbar sein (und was dort nicht vorhanden, ist unwichtig). In diesem Zusammenhang gab es eine Aussprache zur Veröffentlichung der NSDAP-Mitgliedskartei durch Zeitungen. Diese Veröffentlichungen sind sehr fehlerhaft, weil Karteikarten per KI ausgelesen wurden und die KI unzureichend ausgebildet ist. Das Bundesarchiv hat keine Kapazitäten für eine hinreichende Entwicklung einer sicheren KI und auch keine Mittel für die Online-Stellung. In diesem Zusammenhang wurde auf die aktuelle Startseite des Bundesarchivs www.bundesarchiv.de hingewiesen, die sehr viele Hinweise zum Umgang mit diesen Akten gibt.

Zum Standort Lichtenberg als dem „Campus für Demokratie" und des „Archivzentrums DDR" gebe es keine neuen Erkenntnisse. Der Bundestagsbeschluss ist auch weiterhin von einer Umsetzung weit entfernt, so Prof. Hollmann.

Der Druck auf die Digitalisierung wächst enorm. Das Bundesarchiv hat hier ein Programm zur Digitalisierung aufgelegt, das nach Schwerpunktsetzungen abgearbeitet wird. Darüber hinaus gibt es *Digitalisierung on demand*, so wurden z. B. die Akten der Reichskanzlei und die Akten des Reichskolonialamts digitalisiert, weil sie abgefordert werden.

Abschließend referierte Georg Eckes, Referatsleiter IT2, zur Weiterentwicklung des Digitalen Lesesaals zur zentralen Rechercheplattform des Bundesarchivs. Er stellte die Recherche-Plattformen im Bundesarchiv, noch als Testversion, vor, derzeit noch getrennt nach Film, Bild, Töne, Bibliotheksgut. Im Hintergrund

Inhalt

sind verschiedene Digitalisierungssoftwares zu vereinen, in diesem Jahr befinden wir uns in der Ausbaustufe 2 mit dem Namen „Go live“. Das macht Hoffnung. Diese neue Nutzungsmöglichkeit arbeitet nach den Prinzipien einer Suchmaschine, wohingegen INVENIO die Tektonik des Bundesarchivs abbildet und mehr Suchvorgänge erfordert.

Claudia Gohde / Holger Czitrich-Stahl

Inhalt

Vortrag

An allem ist zu zweifeln[1]

Ein Historiker, der sich mit der Biografie Ernst Thälmanns befasst, sollte sich unbedingt an Marx halten. Und damit meine ich ausnahmsweise nicht die dialektisch-historische Methode, die ohnehin die maßgebliche Vorgehensweise geschichtswissenschaftlicher Arbeit sein sollte. Es geht um einen Satz, der Marx zugeschrieben wird, der seinen Ursprung aber bereits in der klassischen Antike hatte. Im Jahre 1865 schrieb Marx seiner Tochter als sein Lebensmotto in das Poesiealbum: „De omnibus dubitandum – an allem ist zu zweifeln."[2]

In Bezug auf Thälmann und sein Leben sind Zweifel gewissermaßen Pflicht. Denn kaum eine andere Lebensgeschichte ist so hinter Legenden und Mythen verborgen wie die Biografie Thälmanns. Und Thälmann selbst hat kräftig dazu beigetragen, seine Lebensgeschichte mit frei erfundenen Berichten zu „bereichern" und mit großzügiger Interpretation tatsächlicher Geschehnisse zu „verschönern".

Mit anderen Worten – die Manipulationen an Thälmanns Biografie begannen bereits zu dessen Lebzeiten.

Es gibt zwei maßgebliche autobiografische Texte von Thälmann. Der „Gekürzte Lebenslauf",[3] der die Zeit bis etwa 1920 erfasst, entstand in den Jahren 1934 oder 1935. Die „Antwort auf Briefe eines Kerkergenossen"[4] entstand etwa zehn Jahre später, Anfang 1944. Diese Texte waren ausdrücklich nicht für die Nazi-Behörden bestimmt, sondern wurden heimlich aus dem Gefängnis geschafft. Sie sollten nach Thälmanns Vorstellung, ebenso wie die Briefe, die er aus der Haft schrieb, vielmehr Teil der offiziellen Parteigeschichte werden. Allerdings mussten diese Texte vor einer Veröffentlichung erst gründlich in Inhalt und Form überarbeitet werden.

Beide Schriftstücke sind – für Thälmann keineswegs ungewöhnlich – ein dubioses Gemisch aus pathetisch-sentimentalen Gemeinplätzen, geschönten autobiografischen Versatzstücken und einer beinahe unerträglichen Bewunderung für das eigene Tun und Lassen. Selbstkritik fehlt völlig. Und Thälmanns regelmäßige sprachliche Fehlleistungen tragen keinesfalls dazu bei, seine Darlegungen sym-

1 Gekürzte Fassung des Vortrags für die Jahresmitgliederversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V. am 18. April 2026 in Berlin.

2 Karl Marx, Bekenntnisse, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Band 31, Dietz Verlag, Berlin (DDR) 1965, S. 597.

3 Ernst Thälmann, Gekürzter Lebenslauf, in: SAPMO-BArch, NY 4003/1, Blatt 1–29. Mit Auslassungen abgedruckt als „Mein Lebenslauf" in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (DDR), Heft 1/1975, S. 88–102.

4 [Antwort auf Briefe eines Kerkergenossen], Bautzen, Januar 1944, in: SAPMO-BArch, NY 4003/18, Blatt 13–43.

Inhalt

pathischer zu machen, denn Thälmann bediente sich in seinen schriftlichen und mündlichen Äußerungen immer wieder einer gehobenen Sprache, die nicht seinem Wesen und nicht seiner Bildung entsprach und die er schon deshalb schlichtweg nicht beherrschte.

Thälmanns wohl bekannteste biografische Erfindung sind seine Berichte über einen angeblichen mehrwöchigen Aufenthalt in den USA und seine Arbeit auf einer Farm in der weiteren Umgebung von New York. Thälmann war im Herbst 1907 tatsächlich dreimal als Kohlentrimmer auf dem Passagierschiff „Amerika" in die USA gekommen. Doch mehr als den Stadthafen von New York bekam er damals nicht zu Gesicht. An seinen „Kerkergenossen" schrieb er dennoch: „Als Seemann bin ich in Amerika und England gewesen, habe fast alle bedeutenden Hauptstädte Europas und andere der Welt zu Gesicht bekommen und dadurch meine Lebenskenntnisse erweitert, sowie Welterfahrungen gesammelt."[5] Er kannte Moskau und Leningrad und war im Herbst 1932 ein paar Stunden in Paris gewesen. Das war alles, was er an „Welterfahrungen" präsentieren konnte. Anders, als viele seiner Genossen in der engeren Parteiführung der KPD.

Der traurige, absurde, lächerliche Höhepunkt in Thälmanns autobiografischem „Schaffen" – der geneigte Zuhörer möge das aus seiner Sicht passende Attribut selbst auswählen – war sein Vergleich mit Christus. In seiner „Antwort auf Briefe eines Kerkergenossen", gewissermaßen seinem politischen Testament, schrieb er Anfang 1944: „Als Christus für seinen Glauben sein Höchstes, sein Leben hingab und opferte, folgte ihm nur eine ganz kleine Schar von Glaubenskämpfern. […] Aber das Glaubensmärtyrertum, das ich auf mich nahm, und das sich für große sozialistische Ideale im 20. Jahrhundert vollzieht, steht nicht vereinzelt und isoliert." Denn hinter ihm, Thälmann, stünden die „sozialistische Sowjetunion [… und] eine Glaubensbewegung von idealistischen Kämpfern und Opfermenschen" in der ganzen Welt.[6]

Die erste Biografie Ernst Thälmanns erschien bereits im Frühjahr 1932 in einem bürgerlichen Leipziger Verlag.[7] Thälmann befand sich auf dem Höhepunkt seiner politischen Laufbahn. Er stand seit fast sieben Jahren an der Spitze der KPD, der größten Kommunistischen Partei außerhalb der Sowjetunion, er gehörte formell zum engsten Führungszirkel der Kommunistischen Internationale, und er kandidierte zum zweiten Mal, wenn auch erneut chancenlos, als „Arbeiterkandidat" für das Amt des Reichspräsidenten.

Verfasser der Biografie war Peter Maslowski, Journalist und kommunistischer Reichstagsabgeordneter. Thälmann hatte den ersten Entwurf gelesen und zahlreiche Änderungen eingefordert, denn die „Verschönerungen", die Maslowski an

5 Ebenda, Blatt 40.
6 Ebenda, Blatt 41.
7 Peter Maslowski, Thälmann. Männer und Mächte, Verlag R. Kittler, Leipzig 1932.

Inhalt

Thälmanns Lebenslauf vorgenommen hatte, waren teilweise so absurd, dass selbst Thälmann, der sich gern als „Führer des deutschen Proletariats" feiern ließ und sich selbst als „deutschen Lenin"[8] sah, sie nicht akzeptieren konnte. Maslowski sagte Korrekturen zu, doch er reichte das Manuskript unverändert beim Verlag ein. Thälmann tobte, als er das Buch in den Händen hielt, und warf es Maslowski wutentbrannt an den Kopf.[9]

Doch die Legenden, die Maslowski in die Welt gesetzt hatte, ließen sich nicht mehr zurückholen.

Im Jahre 1948 erschien eine weitere Thälmann-Biografie: Willi Bredel bezeichnete sein Buch als einen „Beitrag zu einem politischen Lebensbild".[10] Das Vorwort hatte Wilhelm Pieck geschrieben.

Bredel hatte viele der von Maslowski geschaffenen Legenden aufgegriffen und neue hinzugefügt. Was er vorgelegt hatte, war eine „quellenarme, aber meinungsstarke Biografie".[11] Sie bestimmte für lange Zeit das offizielle Thälmann-Bild der DDR und hatte maßgeblichen Einfluss auf das Szenarium der beiden berühmtberüchtigten Thälmann-Filme der DEFA – „Sohn seiner Klasse" und „Führer seiner Klasse" –, die 1954 und 1955 in die Kinos der DDR kamen.

Die Führung der KPD hatte bereits unmittelbar nach der Befreiung im Mai 1945 damit begonnen, Zeitzeugenberichte zu sammeln und gezielt anzufordern. Diese Zeitzeugenberichte waren eine wichtige Grundlage für die offizielle Parteigeschichtsschreibung, in der der Mythos um Ernst Thälmann ein zentrales Element war.

Daher finden sich im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv ungezählte Berichte über Thälmann und dessen Wirken als Funktionär der KPD. Neben Schilderungen, die für die historische Forschung tatsächlich von Relevanz sind, gibt es eine Vielzahl von Überlieferungen, mit denen sich die Verfasser vor allem selbst ein „Denkmal" setzen wollten: „Thälmann hat auf einer Kundgebung in meiner Heimatstadt gesprochen und ich war dabei und habe erlebt, wie großartig er war und wie begeistert die Kundgebungsteilnehmer." Diese Berichte hatten grundsätzlich eine positive Tendenz, selbst wenn das geschilderte Ereignis eher hätte

8 [Clara Zetkin an Nikolai Bucharin], Berlin, 11. September 1927, in: SAPMO-BArch, RY 5/164, Blatt 18–24, hier: Blatt 20.

9 Erich Wollenberg, Der Hamburger Aufstand und die Thälmann-Legende, in: Schwarze Protokolle, Berlin (West), Nr. 6 (Oktober 1973).

10 Willi Bredel, Ernst Thälmann. Ein Beitrag zu einem politischen Lebensbild, Dietz Verlag, Berlin 1948.

11 Armin Fuhrer, Ernst Thälmann. Soldat des Proletariats, Olzog Verlag GmbH, München 2011, S. 114.

Inhalt

kritisch bewertet werden müssen. So ist der Bericht einer jungen Frau überliefert, damals Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes, die im Januar 1933 von einem Fenster des Karl-Liebknecht-Hauses aus beobachtete, wie Thälmann allein von der nahegelegenen U-Bahn-Station den Weg zur Parteizentrale nahm. In ihrer Schilderung hatte die junge Frau den persönlichen Mut Thälmanns bewundert, der ungeachtet der allgegenwärtigen politisch motivierten Gewalt in Berlin – im Unterschied zu den Politikern anderer Parteien – allein und zu Fuß unterwegs gewesen war. Dass es sich dabei nicht um Mut, sondern bodenlosen Leichtsinn handelte, war ihr nicht in den Sinn gekommen.

Und mehr als nur ein Kuriosum: Es gibt auch einen detaillierten Bericht über das Agieren von Thälmann während eines Hafenarbeiterstreiks in Hamburg im Februar 1917. Allerdings war Thälmann zu diesem Zeitpunkt als Soldat in Frankreich an der Front und nicht Hamburg.

Folgerichtig sind im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv nur wenige Berichte über Thälmann vorhanden, die dem offiziellen Bild widersprechen oder es zumindest nicht vollumfänglich stützen. Als typisches Beispiel sind die Erinnerungen von Friedrich Bock aus Barmbek zu nennen, einem ehemaligen Kriegskameraden von Thälmann, der ausdrücklich betonte: „Mir ist nicht bekannt, dass Ernst Thälmann an der Front irgendwelche politische Tätigkeit entfaltet hätte.“[12] In der Parteigeschichtsschreibung wurde Thälmann dennoch als aktiver und furchtloser Friedenskämpfer in kaiserlicher Uniform präsentiert.

Sachliche Kritik, gelegentlich mit einer gewissen Bitternis, blieb ehemaligen Parteigängern Thälmanns vorbehalten, die sich aus einer Vielzahl von Gründen von der von Moskau geführten kommunistischen Bewegung abgewandt hatten und deshalb aus der KPD ausgeschlossen worden waren oder aus eigenem Entschluss die Partei verlassen hatten.

Eine besondere Rolle bei der Entstehung einer „offiziellen“ Thälmann-Biografie der DDR bzw. der SED spielte Rudolf Lindau, der Thälmann seit 1907, seit der gemeinsamen Zeit auf dem linken Flügel der Hamburger SPD, gekannt hatte. Nach einem kurzen und dramatischen Zwischenspiel als Direktor der Parteihochschule war Lindau als Historiker an das Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut, dem späteren Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML), abgeschoben worden. Dort war er bestrebt, ausgehend von seiner langjährigen persönlichen Bekanntschaft und Zusammenarbeit mit Thälmann, sich gewissermaßen ein „Monopol“ auf die Arbeit an einer Thälmann-Biografie zu sichern.

Pünktlich zum 70. Geburtstag Thälmanns im April 1956 brachte Lindau eine kleine Broschüre von nur 36 Seiten heraus, die den anspruchsvollen Titel „Ernst

12 [Erinnerungen von Friedrich Bock, Barmbek: Thälmann beim Militär], o. O. und o. D., in: SAPMO-BArch, SGY 30/1049, Blatt 119.

Inhalt

Thälmann – Leben und Kampf“ erhalten hatte.[13]

Im Jahr darauf warf Lindau in einem internen Gespräch mit der Leitung des IML die Frage auf, „ob es überhaupt noch einen Sinn hat, an der Thälmann-Biographie weiterzuarbeiten.“ Er vertrat die Ansicht, dass „die Weiterarbeit zwecklos [sei], solange keine vom Politbüro bestätigten Thesen zur Geschichte der Partei vorliegen“ würden.[14] Bei anderer Gelegenheit wies er darauf hin, dass es für die Arbeit an einer Thälmann-Biografie zwingend erforderlich sei, Zugriff auf die Protokolle der Sitzungen des ZK der KPD und andere parteiinterne Dokumente aus der Zeit Thälmanns zu haben. Doch das Historische Archiv der KPD befand sich noch immer in Moskau, die Rückgabe an die „Bruderpartei“ in der DDR war vorerst nicht geplant.

Lindaus Skepsis hinsichtlich einer Fortsetzung seiner Arbeit an der Thälmann-Biografie hatte Folgen. Staat einer Biografie erschien im Jahre 1961 – zu Thälmanns 75. Geburtstag – lediglich ein umfangreicher illustrierter Sammelband mit Erinnerungen an Thälmann, in dem rund 80 Weggefährten zu Wort kamen.[15]

Die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ aus dem Jahr 1966 lieferte schließlich die von Lindau gewünschten „bestätigten Thesen zur Geschichte der Partei“. Doch mit dem Sturz Ulbrichts im Mai 1971 waren auch der „Achtbänder“ und die darauf basierenden Ausarbeitungen obsolet. Es mussten neue „bestätigte Thesen“ her, die 1978 mit dem „Abriss“ zur Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorlagen.[16]

Zeitgleich war im IML unter Leitung von Günter Hortzschansky und Walter Wimmer die lange erwartete und längst überfällige Thälmann-Biografie mit dem einfalls- und empathielosen Titel „Ernst Thälmann. Eine Biographie“ entstanden, die 1979 in zwei voluminösen Bänden in Berlin erschien.[17]

Mit dieser Biografie erlebte die Ausbildung des Thälmann-Mythos ihren Höhepunkt. Böswillig formuliert, enthält das Buch zwei Arten von Lügen – überflüssige und notwendige. Dazu zwei Beispielen.

Im Oktober 1927 hatten SPD und KPD bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg überraschend gut abgeschnitten. Die SPD hatte 63 Mandate errungen, die KPD 27. Den 90 Mandaten der beiden Arbeiterparteien standen 73 Mandate der bürgerlichen Parteien gegenüber. Die KPD unterbreitete umgehend das an

13 Rudolf Lindau, Ernst Thälmann – Leben und Kampf, Dietz Verlag, Berlin (DDR) 1956.

14 Protokoll über die Beratung mit dem Genossen Prof. Lindau am 1. August 1957, Berlin, 9. August 1957, in: SAPMO-BArch, DY 30/85655, Blatt 70–71, hier: Blatt 70.

15 Institut für Marxismus-Leninismus, Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Dietz Verlag, Berlin (DDR) 1961.

16 Institut für Marxismus-Leninismus. Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriss, Dietz Verlag, Berlin (DDR) 1978.

17 Institut für Marxismus-Leninismus, Ernst Thälmann. Eine Biographie, Dietz Verlag, Berlin (DDR) 1979.

Inhalt

eine Reihe von konkreten Bedingungen geknüpfte Angebot, künftig eine Minderheitsregierung der SPD zu tolerieren. Allerdings war die Hamburger SPD in keiner Weise an einer Zusammenarbeit mit der KPD interessiert. Sie wollte die bestehende Koalition mit zwei bürgerlichen Parteien fortsetzen, aber nicht die Verantwortung für das Scheitern eines möglichen Regierungsbündnisses mit der KPD übernehmen. Ende Oktober 1927 fanden daher Sondierungsgespräche zwischen SPD und KPD statt. In diesen Gesprächen forderte die SPD ultimativ den Eintritt der KPD in die Regierung. Allerdings hatten sich weder die KPD und noch die Kommunistische Internationale in Moskau seit dem Scheitern der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen im Herbst 1923 mit der Frage gemeinsamer Regierungen mit der SPD befasst. Die KPD verfügte daher über kein Konzept für eine mögliche Regierungsbeteiligung. Folgerichtig wies die KPD die Aufforderung zum Eintritt in den Hamburger Senat zurück. Damit war die Sondierung, wie von der SPD gewünscht, gescheitert.

Die Sondierungskommission der KPD wurde von Thälmann geleitet, der bei den Bürgerschaftswahlen Spitzenkandidat seiner Partei gewesen war. Außerdem gehörten ihr John Wittorf, Politischer Sekretär des Bezirks Waterkant, und Albert Norden, Chefredakteur der „Hamburger Volkszeitung", an. In der Thälmann-Biografie des IML wurde behauptet, dass der Berufung Thälmanns als Leiter dieser KPD-Abordnung ein Beschluss des Sekretariats der KPD zugrunde lag.[18] Doch einen solchen Beschluss gab es nicht.[19] Warum die Verfasser der Biografie zu dieser überflüssigen Lüge griffen, wird ihr Geheimnis bleiben. Auch ohne Hinweis auf einen speziellen Beschluss des Sekretariats hätte kein Leser der Biografie die Legitimation Thälmanns als Leiter der Sondierungskommission angezweifelt.

Anders sieht es bei der Frage der „Sozialfaschismus"-Konzeption der KPD aus. Hier konnte die These, dass Thälmann Gegner dieser Konzeption war und sich in seiner Zeit an der Spitze der KPD stets für ein „brüderliches Zusammengehen" mit der SPD im Kampf gegen den Faschismus einsetzte, nur durch eine umfassende und vollständige Verfälschung der tatsächlichen geschichtlichen Ereignisse aufgestellt und vertreten werden. Denn Thälmann war einer der energischsten Protagonisten des Kampfes gegen den „Sozialfaschismus", also die Sozialdemokratie.

Bereits auf dem Sechsten Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Sommer 1928 in Moskau hatte Thälmann behauptet, dass sich die deutsche Sozialdemokratie „vom Reformismus zum Sozialfaschismus" entwickeln würde.

18 Günter Hortzschansky u. a., Ernst Thälmann. Eine Biographie, 2 Bände, Dietz Verlag, Berlin (DDR) 1980, Band 1, S. 355.

19 Das Sekretariat des ZK hatte in seiner Sitzung am 17. Oktober 1927 lediglich beschlossen, dass Thälmann zur „Unterstützung" nach Hamburg fahren sollte. Vgl. dazu: Protokoll Nr. 118 der Sekretariats-Sitzung von 17. Oktober 1927, in: SAPMO-BArch, RY 1/853, Blatt 517–521, hier: Blatt 518.

Inhalt

Und er stellte fest: „Die Entwicklung des Reformismus zum Sozialfaschismus ist eine Erscheinung, die man in verschiedenen Ländern an verschiedenen Beispielen illustrieren kann."[20]

Die These vom „Sozialfaschismus" war keine „Erfindung" Thälmanns oder des Sechsten Weltkongresses. Grigori Sinowjew, damals noch Vorsitzender der Kommunistischen Internationale, hatte diesen Begriff bereits etliche Jahre zuvor geprägt. In einer Rede auf der Beratung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale mit Vertretern der KPD über Verlauf und Ergebnisse des „Deutschen Oktober" 1923, die im Januar 1924 in Moskau stattfand, hatte Sinowjew behauptet, dass die Sozialdemokratie ein „faschistischer Flügel" geworden sei und mit dem Faschismus einen „Block" bilde.[21] In der abschließenden Resolution über die Ergebnisse der gemeinsamen Beratung hieß es folgerichtig, dass die SPD „nichts anderes als eine Fraktion des deutschen Faschismus unter sozialistischer Maske" sei. Deshalb könne es mit den „Soldknechten der weißen Diktatur" keine Verhandlungen geben.[22]

Zwar verschwand der Begriff „Sozialfaschismus" aus Gründen der politischen Opportunität für einige Jahre wieder aus dem aktiven Wortschatz der Kommunistischen Internationale. Doch in den Jahren nach dem Sechsten Weltkongress, über den Machtantritt des deutschen Faschismus im Januar 1933 hinaus und bis weit in das Jahr 1934 hinein, war er der zentrale politische Kampfbegriff der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen. Er war Ausdruck einer sich konsequent den Realitäten verweigernden Sicht auf die Entwicklungen in Deutschland und der Welt.

Thälmann folgte dieser Linie bedingungslos. So behauptete er noch auf der Tagung des ZK der KPD im Februar 1932, zu einem Zeitpunkt also, als der Faschismus in Gestalt der NSDAP in Deutschland längst zu einer Massenbewegung geworden war, dass die KPD „gerade durch den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie erst die Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung des Hitler-Faschismus" schaffen würde.[23] Und er warnte: „Nichts wäre […] verhängnisvoller als eine opportunistische Überschätzung des Hitlerfaschismus."[24]

20 Protokoll. Sechster Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Moskau, 17. Juli bis 1. September 1928, Hamburg und Berlin 1928 (Reprint Milano 1967), Band 1, S. 300–317, hier: S. 303.

21 Rede des Genossen Sinowjew, in: Die Lehren der deutschen Ereignisse. Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage – Januar 1924, Verlag der Kommunistischen Internationale, Auslieferung: Verlag Carl Hoym Nachfolger, Hamburg 1924, S. 58–80, hier: S. 69.

22 Lehren der deutschen Ereignisse. Resolution des EKKI vom 19. Januar 1924, in: Ebenda, S. 95–109, hier: S. 97.

23 [Thälmann auf der Tagung des ZK], Berlin, 20. und 21. Februar 1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/237, Blatt 5–326, hier: Blatt 134.

24 Ebenda, Blatt 88 f. Das Wort „opportunistische" fehlt im Stenogramm, wurde aber in der ver-

Dabei steht außer Frage, dass sich Thälmann und die Führung der KPD nachdrücklich um die sozialdemokratischen Arbeiter bemühten, allerdings nicht als gleichberechtigte Bündnispartner in einer gemeinsamen antifaschistischen Front. Bereits auf dem Essener Parteitag im März 1927 hatte Thälmann gefordert, einen „unerbittlichen Kampf für die Entlarvung der sozialdemokratischen Führer, für ihre Vertreibung aus der Arbeiterbewegung" zu führen. Das sei die Hauptaufgabe der KPD. Einheitsfronttaktik bedeute nicht, die Mitglieder der KPD mit den sozialdemokratischen Arbeitern gleichzusetzen. Diese seien zwar „Klassenbrüder, aber solche, die Irrtümer begehen, die falsche Auffassungen haben, die verblendet sind von den sozialdemokratischen Führern." Sie seien zu „bekehren", und zwar „nicht mit dem Knüppel, sondern durch kameradschaftliche Überzeugung."[25]

Noch auf der Tagung des ZK im Mai 1932 forderte Thälmann, endlich die „vorhandene Mauer, die zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern steht, zu beseitigen." Doch Thälmann stellte nicht die gescheiterte Politik der „Einheitsfront nur von unten" in Frage, sondern verlangte „die größte prinzipielle Festigkeit in der Durchführung der Politik der Partei, […] jener großen richtigen Generallinie unserer Partei, die wir viel konkreter, elastischer überall zur Durchführung bringen müssen." Er betonte, ungeachtet aller entgegengesetzten Erfahrungen, dass die „Einheitsfrontpolitik von unten […] im Vordergrund" stehen müsse, „wobei wir die Frage der Einheitsfront von oben […] im Moment [überhaupt] nicht stellen." [26]

Diese Haltung der KPD ermöglichte es den maßgeblichen Kräften an der Spitze der SPD, sich jedem kommunistischen „Annäherungsversuch" erfolgreich zu widersetzen. Für sie waren und blieben die „Kozis" ausnahmslos „Schrittmacher des Faschismus", mit denen eine Zusammenarbeit unmöglich war.[27] Oder sie forderten, wie Friedrich Stampfer am 19. Juni 1932 in einem Kommentar für den „Vorwärts", eine „Einheitsfront unter sozialdemokratischer Führung", denn „die Zahl der sozialdemokratischen Arbeiter [… sei] bekanntlich viel größer als die der

öffentlichten Fassung ergänzt und durch Sperrung sogar hervorgehoben. Siehe dazu: Ernst Thälmann, Der revolutionäre Ausweg und die KPD. Rede auf der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands am 19. [richtig: 20.] Februar 1932 in Berlin, herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands, o. O. und o. J. (Berlin 1932), S. 23.

25 Ernst Thälmann, Die politische Lage und die Aufgaben der Partei, in: Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Essen vom 2. bis 7. März 1927, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin 1927, S. 42–65, hier: S. 61 f.

26 [Thälmann auf der Tagung des ZK], Berlin, 24. Mai 1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/240, Blatt 2–142, hier: Blatt 95–97.

27 Die Verwendung des Begriffs „Kozis" ist im „Vorwärts" ab 1930 nachweisbar. Erstmals wurde der Begriff am 2. August 1930 genannt, als bei der Berichterstattung über eine Kundgebung der Berliner Sozialdemokratie im Lustgarten aus einer Rede von Franz Künstler, dem Berliner SPD-Vorsitzenden, zitiert wurde. Dazu: Vorwärts, Berlin, 2. August 1930.

Inhalt

kommunistischen.“[28]

Auch im Rahmen der im Mai 1932 in Moskau beschlossenen „Antifaschistischen Aktion“, dem letzten Versuch der KPD zur Schaffung einer breiten antifaschistischen Front, waren Thälmann und die Führung der KPD nicht bereit, die SPD als unverzichtbaren Bündnispartner anzuerkennen, im Gegenteil. Selbst bei einem Gespräch mit zwanzig Sozialdemokraten am 8. Juli 1932 im Berliner Karl-Liebknecht-Haus, die in der „Roten Fahne“ als „langjährig in der Sozialdemokratie, im Reichsbanner, in den Gewerkschaften tätige sozialdemokratische Klassengenossen“ vorgestellt wurden, die „im Namen oppositioneller sozialdemokratischer Arbeitergruppen und antifaschistischer Einheitskomitees aus den wichtigsten Teilen des Reiches nach Berlin“ gekommen seien, verzichtete Thälmann nicht auf Attacken gegen die Führung der SPD.[29] Er stellte vielmehr fest, dass „ein Bündnis zwischen KPD und SPD […] aus prinzipiellen Gründen unmöglich“ sei. Und er wiederholte ausdrücklich den unsinnigen Vorwurf, dass die Spitzen der SPD „den Faschismus fördern“ würden. Daher, so Thälmann weiter, könne man mit ihnen nicht über den Kampf gegen den Faschismus verhandeln.[30]

Doch dies ist nur ein Teil der Geschichte. Denn es gab Ereignisse, die zeigen, dass sich Thälmann durchaus der Tatsache bewusst war, dass die Politik der KPD die Gräben zwischen seiner Partei und den sozialdemokratischen Arbeitern nur vertiefen würde und er dennoch weder bereit noch in der Lage war, für eine Korrektur dieser Politik einzutreten.

Im Herbst 1930 hatte der rechtsextremistische „Stahlhelm“ seine Absicht verkündet, die sozialdemokratisch geführte preußische Landesregierung auf dem Weg eines Volksentscheids zu stürzen.

Gegenüber der Öffentlichkeit lehnte die Führung der KPD dieses Vorhaben nachdrücklich ab, doch intern wurde wiederholt die Möglichkeit diskutiert, mit einer eigenen Initiative dem „Stahlhelm“ zuvorzukommen. „Wir haben [im Januar 1931]“, so der spätere Bericht Thälmanns, „einige Polsekretäre aus dem Reich genommen und sie befragt, inwieweit die Möglichkeit besteht, daß die Partei sich am Volksbegehren beteiligt. Das Ergebnis dieser Aussprache fiel […] negativ aus, weil alle acht Polsekretäre auf dem Standpunkt standen, daß die Partei durch eine Beteiligung am Volksbegehren Schwierigkeiten gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern bekommen würde.“[31]

Damit war das Thema für den Augenblick erledigt, doch insbesondere Heinz Neumann, der zu dieser Zeit gemeinsam mit Hermann Remmele zum engsten

28 Vorwärts, Berlin, 19. Juni 1932.

29 Die Rote Fahne, Berlin, 9. Juli 1932.

30 Ernst Thälmann, Wie schaffen wir die rote Einheitsfront? Antwort auf 21 Fragen von SPD-Arbeitern, Verlag der Antifaschistischen Aktion, Berlin 1932, S. 11 f.

31 [Thälmann in der Sitzung der Politischen Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI], Moskau, 14. Mai 1932, in: RGASPI (Komintern), 495-4-188a, Blatt 6–66, hier: Blatt 27.

Inhalt

Führungszirkel um Thälmann gehörte, drängte immer wieder, das Plebiszit zu einem „Roten Volksentscheid" zu machen. Doch Thälmann widersetzte sich hartnäckig. Er war auch weiterhin der Ansicht: „Wenn wir das machen, ist die Einheitsfront für lange Zeit unmöglich. Dadurch kommen wir in Konflikt mit den sozialdemokratischen Arbeitern, die das nicht verstehen werden."[32]

Als jedoch aus Moskau im Ergebnis einer von Heinz Neumann und Hermann Remmele inszenierten Intrige die Weisung kam, sich am Volksentscheid gegen die preußische Regierung zu beteiligen, fügte sich Thälmann. Herrmann Remmele schilderte Thälmanns Reaktion: „Selbstverständlich, wenn von drüben ein solcher Auftrag kommt, so muss man ihn durchführen."[33]

Thälmanns „Widerstand" gegen den von ihm als falsch erkannten Schritt beschränkte sich darauf, nach der offiziellen „Beschlussfassung" durch das ZK der KPD in einen mehrmonatigen Urlaub zu gehen und sich nicht an der Kampagne zum Volksentscheid zu beteiligen. Es muss nicht extra darauf hingewiesen werden, dass der Volksentscheid mit einer grandiosen Niederlage der KPD endete, denn die Entscheidung zur Teilnahme war nicht nur bei sozialdemokratischen, sondern auch bei zahlreichen kommunistischen Arbeitern auf Unverständnis gestoßen, die daher der Abstimmung fernblieben.

Es kann nicht wirklich überraschen, dass sich eine solche Darstellung der Ereignisse in der Thälmann-Biografie des IML nicht findet.

Ehemalige Mitarbeiter des IML haben mir glaubhaft berichtet, dass sie für ihre Arbeit nur ausgewählte Dokumente „zugeteilt" bekamen, auf deren Grundlage sie ihre Arbeit zu erledigen hatten, deren Ergebnis – zumindest in den Grundzügen – bereits feststand. Vollen Zugriff auf den gesamten Aktenbestand des damaligen Zentralen Parteiarchivs hatte nur eine sehr kleine Personengruppe.

Seit der sogenannten Archivrevolution der Jahre 1989 und 1990 gilt das nicht mehr. Inzwischen stehen die einschlägigen Quellen – mit ganz wenigen Ausnahmen – der Forschung uneingeschränkt zur Verfügung.[34]

Doch in Bezug auf eine Thälmann-Biografie, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, wurde davon kaum Gebrauch gemacht.

Die Mehrzahl der neueren Publikationen beschränkt sich darauf, die Entstehung und Funktion des Thälmann-Mythos in der DDR zu untersuchen. Umfassende und ernstzunehmende biografische Forschungen gibt es, von einigen wenige Ausnahmen abgesehen, nicht.

32 Ebenda, Blatt 45.

33 [Hermann Remmele in der Sitzung der Politischen Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI], Moskau, 10. April 1932, in: RGASPI (Komintern), 495-4-182a, Blatt 27–58, hier: Blatt 46.

34 Auch wenn einschränkend hinzugefügt werden muss, dass die Moskauer Bestände derzeit kaum erreichbar sind und es auch unmittelbar nach Öffnung der dortigen Archive bereits gravierende Einschränkungen bei ihrer Nutzung gab.

Inhalt

Zu diesen Ausnahmen gehören die Arbeiten von Ronald Sassning, der sich in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren sehr ausführlich mit den Umständen von Thälmanns Verhaftung im März 1933 und den anschließenden Haftjahren, bis zur Ermordung Thälmanns am 18. August 1944, befasste. Mit diesen Arbeiten lieferte Sassning wertvolle Anregungen für ein zeitgemäßes Thälmann-Bild.[35]

Einige vielversprechende Aufsätze steuerte der britische Historiker Norman La Porte bei.[36] Seine Thälmann-Biografie wird seit vielen Jahren immer wieder angekündigt, doch ob sie tatsächlich erscheinen wird, ist mehr denn je offen.

Auch der US-Amerikaner Russel Lemmons stellte den Kult um Thälmann in den Mittelpunkt seines Buches „Hitlers Rival".[37] Der Australier Peter Monteath gab im Jahre 2000 in einem US-amerikanischen Verlag einen deutschsprachigen Sammelband mit Beiträgen einer Konferenz heraus, die bereits im Jahre 1993 in Berlin stattgefunden hatte. Erfreulicherweise war ein großer Teil der Publikation dem „historischen Thälmann" gewidmet, befasste sich also explizit mit biografischen Aspekten.[38]

Ich verzichte an dieser Stelle darauf, mich zu den Büchern von Egon Grübel[39] (unter dem Namen Thilo Gabelmann) und Armin Fuhrer[40] aus den Jahren 1996 bzw. 2011 zu äußern. Es sind antikommunistische Kampfschriften, weitgehend ohne wissenschaftlichen Wert, die lediglich ein verzerrtes Bild Thälmanns zeichnen.

Eine entgegengesetzte Intention hatten Eberhard Czichon und Heinz Marohn, die 2010 nach jahrelanger Arbeit ihren voluminösen „Thälmann-Report" vorlegten.[41] Neue Erkenntnisse zum Leben und zum Wirken Thälmanns hatten sie trotz umfangreichem Aktenstudium nicht vorzuweisen. Sie waren weder bereit noch in der Lage, eine kritische und differenzierte Sicht auf Thälmann und sein Wirken zuzulassen. Unter der Losung des Kampfes „um die historische Wahrheit" und gegen den „modernen Geschichtsrevisionismus" verteidigten und reproduzierten sie vielmehr das verklärte Thälmann-Bild aus DDR-Zeiten. Sie haben die

35 Zum Beispiel: Ronald Sassning, Rückblicke auf Ernst Thälmann. Der Umgang mit dem KPD-Führer im Widerstreit der Meinungen, Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Jena 2006.

36 Zum Beispiel: Norman LaPorte, Ernst Thälmann. The Making of a German Communist, 1886–1921, in: Moving the Social. Journal of Social History and the History of Social Movements, Bochum, 51 (2014) S. 127-151.

37 Russel Lemmons, Hitler's Rival. Ernst Thälmann in Myth and Memory, University Press of Kentucky, Lexington 2013.

38 Peter Monteath (Hrsg.), Ernst Thälmann. Mensch und Mythos, Rodopi, Amsterdam und Atlanta 2000.

39 Thilo Gabelmann (d. i. Egon Grübel), Thälmann ist niemals gefallen? Eine Legende stirbt, Das Neue Berlin, Berlin 1996.

40 Armin Fuhrer, Ernst Thälmann. Soldat des Proletariats, Olzog Verlag GmbH, München 2011.

41 Eberhard Czichon und Heinz Marohn, unter Mitarbeit von Ralph Dobrawa, Thälmann. Ein Report, Wiljo Heinen Verlag, 2 Bände, Berlin 2010.

Inhalt

Legende fortgeschrieben.[42]

Über den Platz, den meine Thälmann-Biografie in dieser Reihe einnimmt, müssen andere befinden. Die Rezensionen, die bisher eingegangen sind, decken die gesamte Spannbreite von voller Zustimmung bis zu totaler Zurückweisung ab.

Ronald Friedmann

42 Ebenda, S. 12.

Inhalt

Neues aus der Forschung

Interview mit Rhena Stürmer zu ihrem Buch „Jenseits des Bolschewismus“[1]

1. Rhena, du hast dich jetzt mehrere Jahre wissenschaftlich mit dem Linkskommunismus beschäftigt und zu diesem Thema nun deine Promotion gemacht. Was waren deine Motive, gerade diese Strömung der Arbeiterbewegung zu untersuchen?

Bereits während meines Studiums in Berlin und Frankfurt (Oder) haben ich mich für die Geschichte der Arbeiterbewegung interessiert, ebenso wie für die Geschichte Osteuropas und der Sowjetunion. Für meine Masterarbeit habe ich dann Reiseberichte deutscher Kommunisten untersucht, die Anfang der 1930er nach einigen Monaten in der Sowjetunion enttäuscht nach Deutschland zurückkehrten und ihre Erfahrungen niederschrieben. Für diese Leute stand nun ihre Weltanschauung zur Disposition: Wie kann man Kommunist sein und zugleich die Sowjetunion ablehnen? Ich war überrascht von der Diversität und Diskussionslust innerhalb des kommunistischen Milieus der 1920er-Jahre, und wollte der Frage nach einer linken Kritik am sowjetischen Modell weiter nachgehen. So begann ich, mich stärker mit oppositionellen marxistischen Gruppen zu befassen, und stieß alsbald auf die 1920 gegründete Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD). Deren Anhänger waren ursprünglich Mitglieder und Unterstützer der viel bekannteren KPD, bis man sich dort im Herbst 1919 mehrheitlich auf die Teilnahme an den Parlamentswahlen, auf die Arbeit in den bestehenden Gewerkschaften und – angelehnt an die bolschewistische Partei – auf das Prinzip des demokratischen Zentralismus verständigte. Der linke Flügel hielt hingegen an der Idee eines Rätesystems fest und bildete zunächst das Epizentrum des Antiparlamentarismus innerhalb der Partei. Diese linkskommunistische Strömung hatte zwar die Ereignisse 1917 in Russland ebenfalls begrüßt, doch als die Arbeiterräte nach und nach entmachtet wurden und die ökonomische und gesellschaftliche Macht sich in den Händen der Bürokratie und der Partei zu konzentrieren begann, entwickelte sich hier sehr früh eine starke Kritik am sowjetischen Modell. In den Augen der Linkskommunisten dürfte die Revolution nicht von einer Avantgarde gemacht werden, sondern wäre nur als Massenbewegung erfolgreich. Nach der Trennung von der KPD führte ihr Weg ein Jahr später in die organisatorische

1 Rhena Stürmer: Jenseits des Bolschewismus. Lebenswege Weimarer Linkskommunisten zwischen den Systemen des 20. Jahrhunderts, Wallenstein Verlag 2025. Am 20.6.2024 stellte Rhena Stürmer in der Vortragsreihe der SAPMO im Bundesarchiv ihre Forschungsergebnisse zum o. g. Thema vor.

Inhalt

Selbständigkeit – zur linkskommunistischen KAPD. Ich wollte allerdings nicht eine Geschichte dieser Partei schreiben – die gibt es auch schon: 1969 veröffentlichte Hans-Manfred Bock seine Studie „Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik" –, sondern die Personen, die historischen Subjekte in den Mittelpunkt meiner Betrachtungen stellen.

2. Zum Thema hat es ja über die letzten hundert Jahre immer wieder Veröffentlichungen gegeben. Der Rätekommunismus als theoretisches Modell für die Selbstorganisation der Klasse, als Parteiengeschichte in der Weimarer Republik oder als Kritik des sowjetischen Staats- und Entwicklungsmodells. Was ist hier noch erklärungsbedürftig? Was hat dir gefehlt und zu welchen Fragestellungen hat es in deiner Arbeit geführt?

Die Hochphase des globalen Linkskommunismus zwischen 1920 und 1923/24 – es gab vergleichbare Bewegungen etwa in den Niederlanden, England, Italien, Bulgarien und Russland – bildete den Ausgangspunkt meiner Überlegungen. Was mir allerdings fehlte, waren im Prinzip drei Dinge: Erstens eine akteursfokussierte Auseinandersetzung mit dieser linkskommunistischen Bewegung. Meine Studie habe ich daher biografisch angelegt und historische Ereignisse und Prozesse anhand konkreter Akteurinnen und Akteure erzählt, um zu zeigen, wie Handlungsmacht und Strukturen sich gegenseitig beeinflussten. Ich konnte mich hierbei auf die Theorien von Alfred Schütz sowie Peter L. Berger und Thomas Luckmann, die sich aus philosophischer und soziologischer Perspektive mit Prozessen der Selbst- und Weltdeutungen, Alltagspraktiken und subjektiven Sinngebung befasst haben, stützen. So rekonstruierte ich die biografischen Pfade von Karl Schröder, Bernhard Reichenbach, Alexander Schwab und Adam Scharrer, und untersuchte dafür neben den politischen Zeugnissen ihrer weltanschaulichen Entwicklung auch private Aufzeichnungen, Korrespondenzen, literarische Werke, sowie Memoiren, und ergründete – soweit möglich – das Familienleben und die persönlichen Netzwerke.

Im Mittelpunkt meines Interesses stand nun aber weniger die genaue Ausgestaltung der Phase des organisierten Linkskommunismus zwischen 1920 und 1923/24, sondern vielmehr die Zeit davor und danach. Mir fiel auf, dass einige der linkskommunistischen Protagonisten nicht mehr jung und politisch unerfahren waren, als sie in den 1920er-Jahren sich für den Linkskommunismus engagierten. Wie kamen diese Leute eigentlich dazu, sich derart fundamentaloppositionell zu engagieren? Das war der zweite Aspekt: Mich interessierte, wo sie politisch herkamen, was sie geprägt hatte.

Und schließlich fragte ich nach den politischen Perspektiven für die Zeit nach 1923/24: Was machten diese Leute eigentlich nach dem Ende des organisierten

Inhalt

Linkskommunismus? Wie hatte sie diese Phase geprägt? Welche Konsequenzen für die eigene politische Praxis und Organisierung zogen sie, und welche theoretisch-ideologischen Perspektivierungen ergaben sich aus der linkskommunistischen Erfahrung der frühen 1920er-Jahre? Gab es langanhaltende Prinzipien, Muster, gar einen linkskommunistischen Habitus, der Zeiten überdauerte?

3. Über den historische Linkskommunismus wird ja – durchaus in marxistischer Tradition – zumeist so diskutiert, dass seine Entstehung aus dem Kontext des Klassenkampfes erklärt wird und dann auch das Scheitern als Ausdruck der Tatsache, dass seine Organisationsmodelle und propagierten Zielsetzungen den konkreten Bedingungen dieses Kampfes nicht entsprachen. Du legst in deiner Arbeit eher den Schwerpunkt auf die ideengeschichtliche Prägung führender Akteure der Strömung. Welche Erkenntnisse konntest du zu deinen Forschungsfragen gewinnen und warum fiel deine Wahl auf die vier Protagonisten Karl Schröder, Bernhard Reichenbach, Alexander Schwab und Adam Scharrer?

Neben einer einigermaßen ausgewogenen Quellenlage bei den von mir untersuchten Akteuren war es mir wichtig, dass sie zu der Gruppe der etwas älteren Kommunisten gehörten, die 1920 die KAPD gründeten. Wie schon angedeutet, bemerkte ich eine Besonderheit bei denjenigen, die bis 1923 und auch danach sich um die Strukturen und Einflussmöglichkeiten des Linkskommunismus bemühten: Zwar gehörten Etliche auch zum radikalen „Flugsand“ – also zu denjenigen, die sich in Krieg und Revolution radikalisiert und meist nur kurzzeitig politisch engagiert hatten –, aber ebenfalls im Linkskommunismus repräsentiert waren solche Leute wie die von dir genannten vier Protagonisten meines Buches: Sie waren im Jahr der Gründung der KAPD Anfang, Mitte dreißig, hatten bereits eine Familie gegründet, gingen Berufen nach. Ihre politische Prägung zu rekonstruieren, erschien mir gewinnbringend, und ich konnte feststellen, dass die Ursprünge linkskommunistischer Einstellungen, Verhaltensweisen und politischer Praktiken sich bis in die Zeit des Kaiserreichs zurückverfolgen lassen. Dort waren diese Vier (proto-)politisch engagiert und organisiert und nutzten die begrenzten demokratischen Partizipationsmöglichkeiten, die das Deutsche Kaiserreich solch kritischen Akteuren, die sie waren, bot: Sie widmeten sich der geistig-kulturellen Bildung, wurden Mitglieder von SPD und Gewerkschaft, oder engagierten sich beim Wandervogel oder später in studentischen Kreisen der Lebensreformbewegung.

Um die Zeit nach der Hochphase des organisierten Linkskommunismus einzufangen, analysierte ich die Strategien, die die Vier angesichts des organisatorischen Niedergangs und der Hegemonie des Kommunismus sowjetischer Prägung entwickelten. Schröder, Schwab, Reichenbach und Scharrer erprobten nun neue

Möglichkeiten politischer Einflussnahme, wobei sie weniger die Mitgliedschaft in einer gemeinsamen Organisation verband, sondern die Vorstellung von Politik als ganzheitliche Gestaltung der Lebensverhältnisse „von unten". Sie wurden in der politischen Jugendbildung aktiv und nutzten dafür die bestehenden Strukturen der SPD, veröffentlichten Romane und Kurzgeschichten, oder arbeiteten als Journalisten. Linkskommunismus, so denke ich, muss man als eine Einstellung und Grundlage für eine politische Praxis begreifen, die historische Epochen überdauert und auch unabhängig von einer spezifischen Organisationszugehörigkeit fortbesteht. Für Linkskommunistinnen und Linkskommunisten ist ein parteiungebundenes kommunistisches Selbstverständnis charakteristisch, das eine hohe Anpassungsfähigkeit ihrer politischen Strategien mit sich brachte und zu einer antiautoritären Perspektive auf politische Entwicklungen führte. Ein solches Politikverständnis schärfte ihr Reflexionsvermögen und trug dazu bei, immer wieder Kritik an denjenigen Akteuren zu formulieren, die sich im Dienst einer vermeintlich höheren Sache von den Arbeiterinnen und Arbeitern entfernten. Aus ihrer organisatorischen Zugehörigkeit zum Linkskommunismus in den Jahren 1920 bis 1923 wurde eine Einstellung, die sie für die Entwicklungen in der Weimarer Republik, aber auch für die kommenden Herrschafts- und Gewaltverhältnisse im Nationalsozialismus und in der stalinistischen Sowjetunion sowie für die politische Nachkriegsordnung ab 1945 sensibilisierte.

4. Siehst du historische Parallelen zwischen ihrer politischen Sozialisation und der von Teilen der linken APO-Generation der 60er-Jahre?

Grundsätzlich handelt es sich beim Linkskommunismus im engeren Sinne um ein Phänomen, das an die historische Epoche nach dem Ersten Weltkrieg gebunden ist: An die Offenheit der Situation durch das Ende von Krieg und Kaiserreich, an die mit Begeisterung aufgenommene Novemberrevolution mit ihren direktdemokratischen Forderungen und ihren Formen politischer und ökonomischer Selbstverwaltung – und schließlich an die Oktoberrevolution in Russland und die weitere Entwicklung in der Sowjetunion, zu der man sich irgendwie verhalten musste.

Diese direktdemokratische, antistalinistische Variante des Kommunismus machte den Linkskommunismus Jahrzehnte später für Teile der Neuen Linken potenziell attraktiv. Nur war sie schwer zu fassen: Ein rezeptionsfähiges Theoriegebäude existierte kaum, sieht man einmal von den rätetheoretischen Schriften der niederländischen Politiker Anton Pannekoek und Herman Gorter ab. Die Veröffentlichungen der KAPD aus den frühen 1920er-Jahren waren stark an ihren zeitgenössischen Kontext gebunden. Immerhin konnte eine Auseinandersetzung mit der linkskommunistischen Idee auch über den direkten Kontakt zu den ein-

Inhalt

stigen Akteuren erfolgen, die die Zeit des Nationalsozialismus, des Exils und des Krieges überlebt hatten. Von meinen vier untersuchten Akteuren konnte allein Bernhard Reichenbach die Wiederentdeckung seiner dissident-kommunistischen Richtung in den 1960er-Jahren miterleben.

Während seines London-Aufenthalts 1969 besuchte ihn Rudi Dutschke und diskutierte mit ihm die Parallelen, aber auch die Differenzen zwischen Linkskommunismus und Außerparlamentarischer Opposition. An dieser Begegnung wird die Suche der jüngeren Generation nach anderen Wegen als denjenigen deutlich, die die Sozialdemokratie oder der sowjetische Kommunismus eingeschlagen hatten. Doch man darf nicht vergessen, dass sich nach 1945 die Kräfteverhältnisse radikal verschoben hatten. Vor dem Hintergrund der Erfahrung des Nationalsozialismus und des stalinistischen Terrors sowie angesichts der Ausweitung des sowjetischen Machtapparats war man als linkskommunistische Opposition weiter vom eigentlichen Ziel entfernt denn je. Zwar gibt es theoretisch-ideologische Orientierungspunkte, aber es fehlte eine proletarische Massenbewegung, in der sich eine Räteorganisierung hätte ausformen können und die auch – ähnlich wie die Novemberrevolution 1918 – als inspirierendes Ereignis hätte dienen können.

5. Ein Blick auf die heutige ideologische Identität der deutschen Linken, und nicht nur der deutschen, verrät, dass der Linkskommunismus als politische Strömung kaum mehr existent ist. Rätekommunistische Vorstellungen gibt es bei Organisation linker Stadtteilarbeit, die Gegenmachtkonzepten folgt. Verbreiteter sind aber eher die anarchistisch inspirierten Basisarbeitsmodelle. Gibt es ein Potenzial in der Gedankenwelt des Linkskommunismus, das ihn politisch zu neuem Leben erwecken könnte? Was bleibt unabgegolten?

Räte- bzw. linkskommunistische Ideen und Praxisversuche gab es auch nach 1945 immer mal wieder, wenn man den Blick etwas weitet – so etwa in der jugoslawischen Selbstverwaltung, im mexikanischen Chiapas, oder in Nord- und Ostsyrien. Die Neuerscheinung von Christopher Wimmer, „Alles muss man selber machen. Zur Geschichte der Rätebewegungen, von der Pariser Kommune bis Rojava“, führt sehr anschaulich in die Geschichte und Gegenwart der Räte.

Will man heute eine Bilanz des historischen Linkskommunismus ziehen, muss man sagen: Unabgegolten ist eine Menge! Die globalen Machtverhältnisse veranschaulichen die zerstörerische Dynamik eines auf Unterdrückung und Ausbeutung basierenden Systems, während zugleich die Möglichkeiten der direkten Einflussnahme zu schwinden scheinen. Da ist der Blick zurück zu den Linkskommunisten auch ein tröstlicher: Sie besaßen die die Fähigkeit, die eigene Krise zwar als solche wahrzunehmen und zu akzeptieren, darüber allerdings nicht in Lethargie oder Nihilismus zu verfallen. Sie hielten an Werten wie Solidarität und Interna-

Inhalt

tionalismus fest und vertrauten darauf, dass Altruismus ein erlernbares Prinzip ist und der Marxismus jedem verständlich erklärt werden kann. Sie versuchten auf unterschiedlichsten Wegen, ihre Sichtweise zu verbreiten: Man achtete in den eigenen Gruppierungen darauf, Arbeiterinnen und Arbeiter zu integrieren. Nicht theoretische Schriften waren die Stärke der Linkskommunisten, sondern populäre Formate wie beispielsweise Arbeiterromane oder die direkte Ansprache.

Interessant an diesen Leuten finde ich auch, dass sie sich durch keine parteipolitischen Konflikte oder organisatorische Sachzwänge davon abhalten ließen, sich an dem zu orientieren, was ihnen das Wichtigste war: Wie kann man die Unterdrückung der Menschen beenden? Hinzu kommt das grundlegende Prinzip ihrer Gesellschaftsanalyse: Das politische Leben endet nicht dort, wo die Wirtschaft anfängt. Sondern sie dachten im Gegenteil die Welt von der ökonomischen Sphäre her. Dieser Lebensbereich sollte von dem Prinzip der Selbstverwaltung erfasst werden. Das wird bei heutigen Debatten um die Erosion der Demokratie und neue Formen der Teilhabe oft ausgespart. Letztlich kann und sollte man die Geschichte des Kommunismus eben auch als Ringen um mehr Demokratie schreiben. Natürlich gibt es das stalinistische Erbe, das wir weiter bearbeiten müssen. Zugleich gibt es auch die emanzipatorischen und antifaschistischen Errungenschaften, die heute wieder zur Disposition stehen.

6. Es sind ja auch die „zerstörerischen globalen Machtverhältnisse", die demokratische Prozesse unterminieren, schlicht indem sie ökonomische Abhängigkeiten erzeugen, die zur Herrschaft von Eliten führen. Was helfen hier die linkskommunistischen Erkenntnisse?

Ja, aktuell befinden wir uns in einer Situation, in der demokratische Prinzipien immer weiter zurückgedrängt werden. Zugleich steckt dahinter ja ein spezifisches System der Ausbeutung, bei dem es erst einmal egal ist, von wem politische Entscheidungspositionen besetzt werden. Insofern hilft der Linkskommunismus auch mit seiner dezidiert marxistischen Haltung weiter, um erstens die globale Ordnung von seiner ökonomischen Struktur her als systematisch zu begreifen, und zweitens bei dieser wirtschaftlichen Ebene anzusetzen. Die Linkskommunistinnen und -kommunisten wurden nicht müde, über den Zustand in der Welt aufzuklären und deutlich zu machen, dass nur durch internationale, marxistisch-antikapitalistische Widerstandsbewegungen eine andere Zukunft möglich ist.

7. Die Formulierung „Sie achteten darauf in den eigenen Gruppierungen Arbeiterinnen und Arbeiter zu integrieren" befremdet mich ein wenig. Haben nicht gerade auch die Linkskommunisten ihre Organisationen als Selbstorganisation der Arbeiterklasse begriffen, deren Mitglieder nicht durch Intellektuelle integriert werden müssen?

Inhalt

Wie sahen die realen Organisationen aus?

Das stimmt – du verweist damit auch auf eine Schwierigkeit meiner Untersuchung: Mir ging es ja nicht darum, eine repräsentative Arbeit über die linkskommunistische Bewegung zu schreiben, sondern ich habe vier Vertreter ausgewählt, die eben nur teilweise aus dem proletarischen Milieu stammten. Insofern nehme ich in dieser Formulierung, auf die du verweist, die Perspektive von Schröder, Schwab, Reichenbach und Scharrer ein – die sich übrigens weniger als Intellektuelle, denn als Kopfarbeiter verstanden. Was nun die Roten Kämpfer angeht: Es gibt wenig Quellen dazu, weil es keine Mitgliederaufzeichnungen oder ähnliches gibt. Aus Berichten der Überlebenden lässt sich jedoch ableiten, dass etwa die Hälfte der Mitglieder Arbeiterinnen und Arbeiter waren, gefolgt von Handwerkern und Angestellten. Die Roten Kämpfer waren also alles andere als reine Intellektuellen-Diskussionszirkel.

Die Fragen stellte Jochen Gester

Emotions- und Geschlechtergeschichte der frühen DDR: Kommunist:innen erzählen Kommunismus. Werkstattbericht zum Promotionsprojekt

„Unsere Gefühle […] sind nicht zu beschreiben“,[2] hielt Heinrich Porwitz (1896–unbekannt) in seinem im Februar 1948 verfassten Erinnerungsbericht über seine Befreiung aus dem Konzentrationslager Bergen-Belsen am 14. April 1945 fest. Selbst zwei Jahre nach seiner Befreiung fehlten ihm die Worte, um die Gräuel der Vergangenheit, die Unwirklichkeit seiner Gegenwart und die Ungewissheit seiner Zukunft sprachlich zu fassen. Für das Erlebte standen ihm offenbar keine etablierten Gefühlsbegriffe zur Verfügung. Sein Bericht verweist auf ein zentrales Problem emotionshistorischer Forschung: Emotionen werden nicht ausschließlich individuell erfahren, sondern sind stets auch kulturell und sozial vermittelt.[3] Sie können nur im Rahmen verfügbarer Deutungs- und Gefühlsordnungen artikuliert werden. Porwitz' Formulierung lässt sich daher als Hinweis auf die Schwierigkeit

2 Heinrich Porwitz, Schilderungen und Erfahrungen einiger Erlebnisse eines politischen KZ-Häftlings. Bericht an die Dokumentenkommission der VVN Zwickau/Sa., 12. Februar 1948, Staatsarchiv Chemnitz (StACh), Bestand 33231 Erinnerungen, Signatur V/326, 5 Bl., Bl. 2.

3 Dies stellen alle emotionshistorisch arbeitenden Geschichtswissenschaftler:innen fest: Rosenwein, Barbara H.: Emotional Communities in the Early Middle Ages. Ithaca/London 2006; Jan Plamper, Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte, München 2012; Ute Frevert, Vergängliche Gefühle. Göttingen 2013.

Inhalt

lesen, Erfahrungen von Verfolgung, Konzentrationslager und Befreiung innerhalb der Affektordnung der deutschen Nachkriegsgesellschaft, in diesem Fall in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), sprachlich auszudrücken.

Porwitz' dreiseitiger Erinnerungsbericht, den er zunächst an die *Kommunale Stelle für alle Opfer des Faschismus* in Zwickau schickte, befindet sich heute im Staatsarchiv Chemnitz im Bestand des ehemaligen Bezirksparteiarchivs Karl-Marx-Stadt. Der Erinnerungsbericht gehört zur Sammlung *Erinnerungen*, die von der *Kommission zur Aufarbeitung und Darstellung der lokalen Arbeiterbewegungsgeschichte* Karl-Marx-Stadt angelegt wurde. Mit mehr als 360 Erinnerungsberichten stellt dieser Bestand keine Besonderheit des Bezirks Karl-Marx-Stadt dar. In allen fünfzehn Bezirken der DDR wurden vergleichbare Kommissionen und entsprechende Sammlungen eingerichtet.

Die Beschränkung meiner Untersuchung auf den Bezirk Karl-Marx-Stadt ist in erster Linie eine arbeitspragmatische Eingrenzung der Quellengrundlage. Der Bestand im Staatsarchiv Chemnitz ist vergleichsweise leicht zugänglich. Außerdem ist Karl-Marx-Stadt sowohl in der Forschung zur DDR als auch im öffentlichen Diskurs bislang eher unterrepräsentiert. Zugleich verstehe ich den Chemnitzer Bestand als exemplarischen Ausschnitt eines weitaus größeren Quellenkorpus, dessen Entstehungsbedingungen und erinnerungspolitische Funktionen sich hier untersuchen lassen.

Die Erzählungen in den zwischen 1945 und 1989 entstandenen Erinnerungsberichten des Bestandes beziehen sich sowohl auf die Zeit des Nationalsozialismus als auch die Jahre vor 1933. Ihre Autor:innen – sogenannte Parteiveteranen, zunächst also organisierte Kommunist:innen und Sozialist:innen, die im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik sozialisiert und politisch radikalisiert wurden – sollten sich als bewusste *Subjekte der Geschichte* erinnern. Mit fortschreitender Zeit erweiterte sich der Kreis der Parteiveteranen. Nachrückende Generationen konnten zwar nicht von der Novemberrevolution oder dem Kapp-Putsch berichten, erinnerten aber etwa an die Jahre des Aufbaus oder die Bodenreformen im neuen Staat. Meine Arbeit fokussiert auf die Mitglieder der Arbeiter:innenbwegung, die aus ihrer eigenen Lebenszeit heraus die Kontinuitäten des deutschen Kommunismus beschreiben konnten. Sie teilten Erfahrungen der politischen Organisierung in der Weimarer Republik und NS-Diktatur und verstanden Emotionen wie Stolz und Ehre, Mut und Hoffnung, Enttäuschung und Ernüchterung auf die gleiche Art und Weise. Diese *alte Arbeiter:innenbewegung* verlor in den 1970er-Jahren im *Realsozialismus* zunehmend an Bedeutung. Im Mittelpunkt der Erinnerungsberichte der ersten Generation der Parteiveteranen standen vor allem Ereignisse ihrer politischen Biografie wie etwa Reden Rosa Luxemburgs, Kämpfe während der Novemberrevolution, Erfahrungen des antifaschistischen Widerstands, Illegalität

Inhalt

oder Gefangenschaft im Nationalsozialismus.[4]

Dem Erinnerungsprojekt der SED-Kommissionen und ihrer Sammlungen lagen die Vorstellung einer weitgehenden Homogenität der Berichtenden, ihrer Erfahrungen und Deutungen zugrunde. Diese Vorstellung einer einheitlichen Erfahrungswelt der Arbeiter:innenklasse knüpft an die Erinnerungs- und Kulturtraditionen der Arbeiter:innenbewegung an: Im sogenannten Gefühlssozialismus und schließlich im historischen Materialismus des wissenschaftlichen Sozialismus verankert, war das sogenannte Subjekt der Geschichte, also das aufgeklärte Proletariat und seine Mitglieder, stets emotional und somit geschlechtlich markiert.[5] Antifaschismus, Kommunismus und die Arbeiter:innenklasse selbst, präsentierte sich so im Ideal des aufgeklärten, heterosexuellen, atheistischen und mutigen Antifaschisten, der zugleich Arbeiter, Ehemann und Vater war. Diese Markierungen bedeuteten auch, um es überspitzt zu formulieren, dass Frauen der Haushaltstag zugestanden wurde, eine grundsätzliche Überwerfung patriarchaler Strukturen in der DDR aber nicht ernsthaft in Erwägung gezogen wurde.[6] Diese vergeschlechtlichten Markierungen, so meine These, strukturierten nicht nur politische Zugehörigkeiten, sondern auch legitime Formen des Erinnerns und Fühlens. Dass lediglich rund zehn Prozent der Erinnerungsberichte im untersuchten Bestand Frauen zugeordnet werden können, verweist auf die Kontinuitäten des proletarischen Antifeminismus[7] bis weit in die Nachkriegsordnung hinein. Das erinnernde Subjekt der DDR war also männlich konnotiert und ließ nur wenig Raum für andere Lebensgeschichten und Erfahrungswelten. Normativität(en) werden grundsätzlich an den Leerstellen sichtbar.

So blieben auch andere Gruppen innerhalb der DDR-Erinnerungsordnung weitgehend marginalisiert. Als Jüdinnen und Juden, als homosexuell oder als „asozial" Verfolgte, Enttäuschte und Verratene, Ambivalente und Versehrte fanden im Selbstverständnis und sich verfestigendem Geschichtsnarrativ der SED kaum einen Platz. Gerade deshalb sind ihre Erinnerungen für meine Untersuchung von besonderem Interesse. Sie widersprechen den offiziellen Meistererzählungen nicht notwendigerweise offen, machen jedoch Erfahrungen sichtbar, die sich nur begrenzt in das sich etablierende antifaschistische Erinnerungsnarrativ einfügten. Ihre Berichte eröffnen damit Einblicke in konkurrierende Formen des Erinnerns

4 Parteiveteranen, die ins Exil gingen. finden sich nach jetzigem Stand keine im Bestand.

5 Dazu bspw. Sabine Hake, *The Proletarian Dream. Socialism, Culture, and Emotion in Germany, 1863–1933*, Berlin/Boston 2017.

6 Siehe dazu bspw. Gunilla Budde: *So fern, so nah. Die beiden deutschen Gesellschaften (1949–1989),* Stuttgart 2023.

7 Zum Begriff siehe Werner Thönnessen: Frauenemanzipation. Politik und Literatur der deutchen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863–1933, Frankfurt am Main 1969, und jüngst Streichhahn, Vincent/Jacob, Frank (Hrsg.): Geschlecht und Klassenkampf. Die „Frauenfrage" aus deutscher und internationaler Perspektive im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 2020.

Inhalt

und Fühlens im sich entwickelnden und neuen Staat.

Den Quellenbestand verstehe ich deshalb nicht allein als Sammlung autobiografischer Erinnerungen, sondern als Ort erinnerungspolitischer und emotionaler Aushandlungsprozesse. Hier wurde darüber verhandelt, welche Erfahrungen erinnerungswürdig waren, welche Emotionen wie artikuliert werden konnten und welche Formen des Erinnerns als legitim galten. Der Bestand dokumentiert damit nicht lediglich die Durchsetzung einer offiziellen Erinnerungspolitik durch die Selektion der Kommission, welche Berichte veröffentlicht werden sollten und welche nicht, sondern macht zugleich die Konflikte sichtbar, die ihre Herausbildung begleiteten. Die Quellensammlung lässt sich sowohl als Teil der Bemühungen des sich etablierenden SED-Regimes lesen, eine Gegengeschichte zum dominierenden Täternarrativ der deutschen Nachkriegsgesellschaft zu entwerfen, als auch als Schauplatz der Aushandlung jener emotionalen Ordnung, die den antifaschistischen Gründungsmythos der DDR in Zukunft stabilisieren sollte.

Für diese Prozesse bietet das von William Reddy entwickelte Konzept des *emotional regime* einen produktiven analytischen Zugang. Emotionale Regime regulieren, welche Gefühle öffentlich als legitim gelten, welche Ausdrucksformen Anerkennung finden und welche Emotionen an den Rand gedrängt oder sanktioniert werden.[8] In meiner Arbeit möchte ich diesen Zugang um Barbara Rosenweins *emotional communities* erweitern.[9] Denn auch ein emotionales Regime entsteht nicht widerspruchslos, sondern wird durch konkurrierende und gleichzeitig existierenden *emotional communities* hervorgebracht, bestätigt, verändert oder infrage gestellt.

Die leitende Forschungsfrage meiner Dissertation richtet sich somit auf die Aushandlung des emotionalen Regimes der frühen DDR durch unterschiedliche *emotional communities* im vergeschlechtlichten Raum der DDR. Diskursanalytisch und rezeptionshistorisch untersuche ich, wie verschiedene Akteur:innen um Deutungshoheit über Erinnerung, Erfahrung und Emotion rangen und welche Formen des Erinnerns hegemonial wurden. Zugleich frage ich danach, welche Biografien und welche Emotionen innerhalb dieser Aushandlungen marginalisiert wurden. Bereits in der frühen Entstehungsphase des Bestandes lassen sich entsprechende Ausschlüsse erkennen. Gegenwärtig gehe ich beispielsweise von nur drei als Jüdinnen und Juden Verfolgten, einem aufgrund des § 175 verfolgten Mann, einem Pfarrer sowie etwa dreißig ehemaligen SPD-Mitgliedern aus. Gerade ihre Erinnerungen eröffnen Perspektiven auf die Bruchstellen der offiziellen SED-Erinnerungskultur.[10]

8 William M. Reddy. The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions, Cambridge / New York 2001.

9 Rosenwein, *Emotional Communities.*

10 Dabei lasse ich die bereits existierende reichhaltige Forschungsliteratur zur DDR im Allgemeinen und zur Erinnerungspolitik und ihrer Institutionen im Speziellen nicht außen vor, sondern

Inhalt

Heinrich Porwitz gehört zu eben diesen Biografien. Der 1896 in Königshütte in Oberschlesien geborene Porwitz wurde laut einem Auszug aus dem Strafregister von 1951 in den 1940er-Jahren zweimal auf Grundlage des § 175 verurteilt. Dieser sogenannte Schwulenparagraf war Grundlage für die systematische Kriminalisierung, Verfolgung und Bestrafung von (vermuteten) homosexuellen Handlungen seit dem Kaiserreich und in verschärfter Form im Nationalsozialismus. Nach einer Gefängnisstrafe deportierten ihn die Nazis als *Rosa Winkel* in das Konzentrationslager Sachsenburg. Am 14. April 1945 wurde er in Bergen-Belsen von britischen Truppen befreit, am 1. Mai verließ er das ehemalige Lager. Zwei Jahre später beschreibt er diesen Moment mit den eingangs zitierten Worten: „Unsere Gefühle […] sind nicht zu beschreiben." Sie verweisen weniger auf das Fehlen von Emotionen als auf die Schwierigkeit, Erfahrungen von Verfolgung, Konzentrationslager und Befreiung innerhalb der verfügbaren sprachlichen und emotionalen Ordnung auszudrücken, wenn man, wie Porwitz, eben nicht zur emotionalen Gemeinschaft der *Roten Winkel*, also der politisch Verfolgten und Gefangenen, gehörte. Diese konnten auf einen Fundus sozialistischer und kommunistischer Affektbegriffe aus der eigenen Bewegungsgeschichte zurückgreifen. Porwitz Anerkennung als Verfolgter des Naziregimes wurde ihm schließlich auf Grundlage seines Berichts und anderer Dokumente aberkannt, sein Bericht wurde nie veröffentlicht und seine Spur verliert sich.

Lisa Oelmayer

nutze diese zur Kontextualisierung meiner Arbeit. Dabei spielt in der Herausbildung einer Erinnerungspolitik gerade in der frühen DDR der Konflikt um die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und schließlich ihr Verbot 1953 eine wichtige Rolle. Siehe dazu Reuter, Elke/Hansel, Detlef: *Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der SBZ und DDR*. Berlin 1997 und allgemein bspw.: Annette Leo/Peter Reif-Spirek (Hrsg.), Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus. Berlin 1999; Katrin Hammerstein, *Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen in Deutschland seit 1945, Göttingen* 2017.

Inhalt

Miszelle

Ernestine Liebknecht (wahrscheinlich 1832–1867)

Wilhelm Liebknecht (1826–1900) wäre am 19. März 2026 200 Jahre alt geworden. Er ist in Gießen, das damals im Großherzogtum Hessen lag, geboren. Er war Teilnehmer der Revolution von 1848/49, lebte danach bis 1862 im Exil, traf dort in London Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895) und schloss mit ihnen Freundschaft. Zusammen mit August Bebel (1840–1913) und Paul Singer (1844–1911) gehörte er zu den Gründungsvätern der SPD. 1869 gründete er mit August Bebel die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die sich 1875 mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zusammenschloss, woraus die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hervorging. Insgesamt verbrachte er etwa sechs Jahre in Haft. Der Geburtstag wurde vom DGB in Hessen gefeiert. Dabei wurde auch die Frage gestellt, ob es eine Frau Liebknecht gab, ohne die er vielleicht manches nicht so gut hätte überstehen können. Tatsächlich gibt es über die Frauen in der frühen Arbeiterbewegung generell wenig Literatur, aber noch weniger über diejenigen, die hinter oder vielleicht auch neben den Persönlichkeiten der sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen oder auch der anarchistischen Arbeiterbewegung gestanden haben. Viele von ihnen waren weit mehr als die (Ehe-) Frauen oder Lebensgefährtinnen von … wem auch immer. Sie waren nicht nur politische Kämpferinnen im Hintergrund. In die Geschichte eingegangen sind dennoch die Männer. Die proletarischen / sozialistischen Frauen hatten entscheidenden Anteil am Aufstieg der Arbeiterbewegung. Ernestine Liebknecht gehörte dazu.

Wer war Ernestine Liebknecht?

Ihr Biograf Wolfgang Schröder bezeichnet sie in seinem Buch Ernestine. Vom ungewöhnlichen Leben der ersten Frau Wilhelm Liebknechts, als „bescheidene, tapfere und aufopferungsvolle Frau, der aus der Liebe zu einem jungen Rebellen“, das war Wilhelm Liebknecht, „die Kraft erwuchs, aus der Enge kleinbürgerlich-kleinstädtischer Verhältnisse auszubrechen und sich einer neuen Welt zuzuwenden.“[1] Ein Rezensent (NN) findet, es sei ein „ganz und gar nicht ungewöhnliches Leben“ gewesen, wahrscheinlich hat er recht, wenn man sich in die Zeit der frühen Arbeiterbewegung versetzt, wo es vielen Frauen so ging. Er erklärt das auch: „Alles, was sie von dieser Ehe hatte, waren Leid, Leid und noch mal Leid, gepaart mit unvorstellbarer Armut und Angst, permanenter Angst vor der Zukunft, Angst um

1 Wolfgang Schröder: Ernestine. Vom ungewöhnlichen Leben der ersten Frau Wilhelm Liebknechts. Leipzig 1987, S. 7.

Inhalt

die Kinder ...“ Darüber hinaus würden wir nichts Bedeutsames aus ihrem Leben erfahren, weil „alles Geschichtliche“ dem Manne vorbehalten bleibt, der „sein Weib“ nicht einmal ernähren konnte.[2] Wer war „sein Weib“?

Kindheit, Jugend und Begegnung mit Wilhelm Liebknecht

Ernestine Liebknecht wurde als Ernestine Landolt vermutlich am 13. August 1832 in Freiburg im Breisgau geboren. Sie war die Tochter von Martin Landolt, Unteroffizier im zweiten Badischen Dragoner-Regiment und später Gefängnisaufseher in Freiburg im Breisgau. Ihre Mutter, Magdalena Landolt, hatte 20 Kinder zur Welt gebracht.

Etwa im Oktober 1848 lernte Ernestine im Gefängnis, wo sie dem Vater bei der Essensausgabe half, einen jungen gefangenen Rebellen kennen, der sie interessierte. Sie war etwas mehr als 16 Jahre alt und schien gefangen in der Kleinstadt. Er war 22 und war schon in Berlin, Leipzig, Zürich und Paris gewesen und hatte an mehreren Universitäten studiert. Sie fand Gefallen an ihm und er an ihr und offensichtlich gelang es ihnen trotz Gitter und Mauern, sich näher zu kommen. Der Rebell war Wilhelm Liebknecht, der im September 1848 an dem republikanischen Aufstandsversuch in Baden teilgenommen hat und nach dessen Niederschlagung verhaftet wurde. Mitte Mai 1849 endete der Prozess gegen Liebknecht mit Freispruch. Er verließ Gefängnis, Freiburg und Ernestine und sie blieb für die nächsten fünf Jahre allein. Am 4. Oktober 1850 starb ihr Vater, die Mutter lebte mit den sechs Kindern, die sie noch zu versorgen hatte, in Armut. Ernestine nahm eine ‚Stelle‘, vermutlich als Dienstmädchen an und suchte so Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu finden. Was Liebknecht, der nur schriftlich mit ihr kommunizieren konnte, zu der Sorge veranlasste, dass sie ihm entgleiten könnte.

Die Jahre mit Wilhelm Liebknecht

Im August 1854 kam Ernestine nach Liebknechts eindringlichem Drängen nach London. Da er eine Stelle als Hauslehrer erhalten hatte, durch Zeitungsartikel und Privatstunden dazuverdiente, konnte er ihr die Reisekosten (beinahe) bezahlen. Ernestines Bruder musste noch etwas dazugeben. Das Hangen und Bangen (Liebst Du mich wirklich?) hatte ein Ende. Und auch die Vorwürfe ihrer Mutter gegen den „Gottlosen“, der mit Religion nichts im Sinn hatte. Zwischen dem 12. und 23. August traf sie in London ein. Sie lernte Jenny (1814–1881) und Karl Marx und deren Töchter Jenny (1844–1883), Laura (1845–1911) und Elea-

2 NN: Vom gewöhnlichen (!) Leben einer Frau. www.amazon.de/Ernestine-ungewöhnlichen-Liebknechts-dokumentarische-Erzählung/dp/3730400851 (Zugriff: 1.8.2026).

Inhalt

nor/Tussy (1855–1898)[3] kennen und gehörte nach kurzer Zeit zu deren Freundeskreis. Am 17. September 1854 fand die Hochzeit mit Liebknecht in der St. Patricks-Kapelle nach römisch-katholischem Ritus statt, „kirchlich und bürgerlich", wie Karl Marx in einem Brief an Friedrich Engels bemerkte.[4] Am 2. April 1856 wurde Ernestines erstes Kind Richard geboren, das bereits am 8. Juli 1857 an einem Stimmritzenkrampf starb. Die Säuglingssterblichkeit war damals hoch. Auch Jenny Marx, die zwei Jahre vorher ihren achtjährigen Sohn Edgar verloren hatte, an dessen Begräbnis Ernestine teilgenommen hatte, konnte sie nur schwer trösten. Nun setzte sie ihre Hoffnung auf Alice Emily, das zweite Kind, das am 26. November 1857 geboren wurde. Sie hütete es wie ihren Augapfel. Selbst wenn das Kind nur einen kleinen Schnupfen hatte, machte sie sich Sorgen.

Am 4. Juli 1858 trat Ernestine eine Reise in ihre Herkunftsstadt Freiburg an, um ihre Gesundheit zu stabilisieren. Ihre Mutter und ihre Geschwister wollten sie überreden, mit dem Kind ein ganzes Jahr zu bleiben. Das führte zu einer heftigen brieflichen Auseinandersetzung zwischen ihr und Liebknecht. Jedenfalls kam das „Süße Kind", das ihm verzeihen musste, wenn er unüberlegt und hitzig geschrieben hatte, obwohl er es doch so liebhatte, um den 20. Oktober 1858 nach London zurück. Ernestines Blick hatte sich in London geweitet. Sie sah das namenlose Elend und die Ausweglosigkeit, mit der die Mitglieder ihrer Familie in Freiburg den Existenzkampf führten, und wollte lieber mit ihren neugewonnen FreundInnen in London in der Emigration Entbehrungen, Lasten und Leiden tapfer teilen. In der Hoffnung auf bessere Zeiten. Ihre Wohnung lag in unmittelbarer Nähe der Marxschen Wohnung. Sie war der Familie nahegekommen. Es entstand ein enges freundschaftliches Verhältnis, vor allem zwischen den Frauen.[5]

Als Jenny Marx Ende des Jahres 1860 an den schwarzen Pocken erkrankte, nahm Ernestine deren Töchter wie selbstverständlich für fünf Wochen in ihrer Wohnung auf. Auch die Kinder entwickelten freundschaftliche Beziehungen untereinander. Ähnlich hatte sie schon 1856 gehandelt, als sie Jennys Freundin Caroline (Lina) Schoeler (1819–1891) Asyl bot, die auf der erfolglosen Suche nach einer Arbeitsstelle verzweifelt war, und kein Geld mehr hatte. Ihr Name taucht immer wieder auf. Sie war über Edgar von Westphalen, den jüngeren Bruder Jennys, in Kontakt mit der Familie gekommen. Sie teilte Jennys politische Anschauungen und war eine jahrelange Freundin, die offensichtlich auch Karl Marx im Kampf gegen Polizei und Justiz unterstützte. Andererseits halfen Karl und Jenny

3 Zu Jenny Marx siehe: Antje Asmus: Marx, Jenny (1814–1881); zu Laura Lafargue, geb. Marx, siehe Hella Hertzfeldt: Lafargue, Laura (1845–1911), und zu Eleanor Marx, siehe Gisela Notz: Marx, Eleanor (1855–1898), in: Diess: Wegbereiterinnen, S. 14–15, 52–53 und 72–73.

4 Zitiert nach: Schröder: Ernestine, S. 54.

5 Vgl. den Briefwechsel zwischen Jenny Marx und Ernestine Liebknecht, in: „Sie können sich denken, wie mir oft zu Muthe war …" – Jenny Marx in Briefen an eine vertraute Freundin. Hrsg. von Wolfgang Schröder, Leipzig 1989.

Inhalt

ihr bei der Suche nach einer Anstellung als Hauslehrerin. Im März 1867 schrieb Lina an Ernestine Liebknecht: „Wo Sie und Ihr lieber Mann mich so herzlich in Church Street bei sich aufnahmen und mir Trost und Hilfe spendeten während der unseligen Stellenjägereien, die mir fast den Kopf zu verrücken drohten, und damals hatten wir doch vergnügte Stunden zusammen trotz alledem und alledem.“[6] Aus den Quellen kann man noch weitere Besuche der „lieben Lina“ lesen. Sie pflegte im Frühsommer 1881 die totkranke Jenny und stand dann mit deren Töchtern Laura und Eleonor in Verbindung.

Ohne die solidarische Hilfe der Frauen untereinander hätten sie es wohl alle gar nicht ausgehalten. Aus den Briefen kann man auch lesen, wie die freundschaftlichen, sich unterstützenden Beziehungen weit über Kleinfamilienbeziehungen hinausreichten. Ernestine wurde mit ihrer Tochter Alice im September 1862 von der Familie Marx in London aufgenommen, damit sie ihre Wohnung auflösen konnte, weil sie Wilhelm, der nach über zwölf Exiljahren dank einer Amnestie nach Berlin zurückgekommen war, folgen wollte. Dort traf sie am 1. Oktober 1862 ein und wohnte in der alten Jacobstraße 147, von wo sie am 4. Oktober 1863 in die Neuenburger Straße 13 weiterzogen. Wenige Tage später, am 28. Oktober 1863, wurde ihre zweite Tochter Gertrud Elisabeth Pauline geboren und in der katholischen Berliner Hedwigkirche im Rahmen einer bescheidenen Familienfeier getauft.

Im Februar 1865 warf eine schwere gesundheitliche Krise Ernestine aufs Krankenlager. Es zeichnete sich ab, dass es sich um eine Lungentuberkulose handelte. Ihr Leid verstärkte sich, als der Berliner Polizeipräsident am 9. Juli 1865 die Ausweisung von Wilhelm und Ernestine Liebknecht aus Berlin und dem preußischen Staatsgebiet anordnete. Nun wurde die gesamte Familie in große wirtschaftliche Not gestürzt. Schließlich verlies Wilhelm Preußen und Ernestine blieb mit den beiden Kindern in Berlin zurück, bis Liebknecht eine neue feste Bleibe gefunden hatte. In dieser Zeit empfing Ernestine viele Beweise der Solidarität, die ihr auch über die materielle Not hinweghalfen. Aber auch Wilhelm fand Unterstützung. Als er auf der Suche nach einer neuen Wirkungsstätte am 24. August 1865 in Leipzig eintraf, leitete bereits das erste Gespräch zwischen ihm und Bebel die lebenslange Freundschaft zwischen den beiden ein. Am 2. Oktober 1865 konnte Ernestine mit ihren beiden Töchtern nach Leipzig kommen. Gesundheitlich ging es ihr nicht gut. Auch machte ihr die politische Situation zu schaffen. Wilhelm gründete am 19. August 1866 mit Bebel in Chemnitz die Sächsische Volkspartei, die 1869 in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) aufging. Durch einen knapp achtwöchigen Erholungsaufenthalt ab 1. September 1866 mit den Kindern in Schkeuditz bei Leipzig hoffte sie auf Besserung ihres gesundheitlichen Zustandes. Am 26. September 1866 wurde Liebknecht nach einem Vortrag im

6 Brief Lina an Ernestine, 21. März 1867.

Inhalt

Berliner Buchdruckerverein wegen „Bannbruchs“ verhaftet und am 19. Oktober zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Wieder war Ernestine mit den Kindern allein, bis im Dezember 1866 Elise (1831–1912) und Robert Schweichel (1821–1907) aus Hannover nach Leipzig in ihre Wohnung kamen. Robert war Vorsitzender des Königsberger Arbeitervereins während der Revolution von 1848/49, Elise Frauenrechtlerin, beide waren SozialistInnen, AtheistInnen, SchriftstellerInnen und Freunde von Ernestine und Wilhelm Liebknecht. Sie wohnten zwar recht beengt, es gab sicher auch Konflikte, aber Ernestine hatte in Elise bis an ihr Lebensende „eine Vertraute, der sie ihr Herz ausschütten und von der sie Rat und Hilfe empfangen konnte“.[7]

Auch Elise Schweichel ist zu Unrecht vergessen. Sie schrieb in Illustrierten und Zeitungen meist unter ihrem Mädchennamen Elise Langer für sozialdemokratische Leserinnen aus Arbeiterkreisen. Ihre politischen Anliegen bettete sie oft in Liebesgeschichten ein. Die Themen drehten sich um Frauenemanzipation und das gemeinsame Ringen partnerschaftlich lebender Menschen um soziale Veränderungen. Ihr leidenschaftliches Interesse für alle Vorgänge in der Politik und ihren „unzerstörbaren Glauben an den Sozialismus“ behielt sie auch im Alter bei. Als Wilhelm Liebknecht am 17. Januar 1867 aus der Haft entlassen wurde, fand er Ernestine von schwerer Krankheit gezeichnet vor. Elise Schweichel unterstützte ihn bei der Pflege von Ernestine.[8]

Keine alltägliche Liebe

In ihrem dreizehnjährigen Zusammensein hatte Ernestine Höhen und Tiefen erlebt. Die Zuneigung Liebknechts hielt bis zu ihrem Ende an. Die einzigen Gedichte, die von Liebknecht überliefert sind, sind Liebesgedichte eigener Art an Ernestine. Nur eine Strophe als Beispiel:

Bei Tag besucht mich die kluge Sonne, / des Nachts der Mond mit den Sternlein, / und immer weil bei mir mein Lieb (you) / so bin ich im Kerker niemals allein.[9]

Die Liebes- und Leidensgeschichte endete mit dem frühen Tod Ernestines, die, noch nicht ganz 35-jährig, am 29. Mai 1887 in Leipzig nach längerem Leiden an Tuberkulose, der „Proletarierkrankheit“, starb. Liebknecht schrieb an seinen Freund und Mitbegründer der Internationalen Arbeiterassoziation Friedrich Adolf Sorge (1828–1906) in New York: „Sie war ein herrliches Weib, ganz Liebe und Hingabe. Ihr einziger Fehler war zu große Bescheidenheit, ihr Unglück: Mangel

7 Ebenda, S. 112.

8 Zu Elise Schweichel siehe Gisela Notz: Schweichel, Elise (1831–1912), in: Diess.: Wegbereiterinnen, Berühmte, bekannte und zu Unrecht vergessene Frauen aus der Geschichte, Neu-Ulm 2020, S. 38–39.

9 Wilhelm Liebknecht an Ernestine am 3.11.1866.

Inhalt

an Widerstandskraft gegen äußere Schläge. Sie war nicht geschaffen, das Geschick eines Flüchtlings der Revolution, eines Soldaten der Demokratie zu teilen. Hätte sie nicht ihr Leben an das meine gekettet, so würde sie noch leben. Freilich, sie liebte mich." Zwei Tage später wurde sie auf dem „neuen Gottesacker", dem späteren Park des Friedens, in Leipzig beerdigt. Wilhelm war nun mit den beiden Töchtern Alice und Gertrud allein.

Gisela Notz

Inhalt

Aus dem Vereinsleben

Protokoll der 35. Jahresmitgliederversammlung

Protokoll der 35. Jahresmitgliederversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V. am 18.04.2026

Tagungsort: Kieztreff Leipziger Str. 58, 10117 Berlin, Beginn 12.30 Uhr.

Tagesordnung:

Regularien
Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung
Wahl der Versammlungsleitung
Bestätigung des Protokolls der 34. Jahresmitgliederversammlung
Berichte
Erläuterungen zum Geschäftsbericht 2025
Kassenbericht
Bericht der Kassenprüfer

Diskussion und Abstimmung über die Berichte
Anträge
Informationen
Schlusswort

Anwesend: Holger Czitrich-Stahl, Elke Reuter, Dagmar Goldbeck, Andreas Grunwald, Hartwig Otto, Stefan Heinz, Michael Klein, Ottokar Luban, Rainhard May, Julia Pietsch, Christoph Stamm, Marga Voigt.

Traditionsgemäß findet vor der Jahresversammlung um10.30 Uhr ein öffentlicher Vortrag statt. Es spricht Dr. Ronald Friedmann über seine Thälmann-Biografie, Thema: ,,An allem ist zu zweifeln".

TOP 1:

1.1.
Der Vorsitzende des Förderkreises Holger Czitrich-Stahl eröffnet die Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Inhalt

1.2.
Als Versammlungsleiter wird Holger Czitrich-Stahl einstimmig gewählt.

1.3.
Das Protokoll der 34. Jahresmitgliederversammlung, das alle Mitglieder mit dem Mitteilungsheft 68 erhalten haben, wird einstimmig bestätigt.

TOP 2:

Die Mitglieder gedenken in einer Schweigeminute der im zurückliegenden Jahr verstorbenen Vereinsmitglieder.

2.1.
Im Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2025, der im Heft 69 der „Mitteilungen" veröffentlicht ist, konnte erneut auf eine überwiegend erfolgreiche Tätigkeit zurückgeblickt werden. Die Mitteilungen des Förderkreises haben sich auf einem hohen Qualitätsstandard behauptet. Die Arbeit des Vereins konzentrierte sich 2025 sowohl auf die wissenschaftliche und kulturelle Publizistik als auch auf die Begleitung der Debatte um die Zukunft der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv.

In den Heften 67 und 68 der „Mitteilungen" wurden zahlreiche Beiträge v. a. zu den Debatten zur Geschichte der DDR sowie der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung veröffentlicht. In diesem Zusammenhang werden einige Autoren von Beiträgen erwähnt (Gisela Notz, lnge Pardon, Hilke Hammer, Siegfried Prokop). Fortsetzung fand auch die Vorstellung von Archiven, Bibliotheken und Erinnerungsstätten.

2025 konnten wir unsere öffentlichen Veranstaltungen fortsetzen, so auch die Vortragsreihe mit der SAPMO-BArch und der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft. Der Förderkreis verfolgte die aktuellen Entwicklungen zu den Umstrukturierungen im Bundesarchiv hinsichtlich der SAPMO und über die Zukunft des Areals in Lichtenberg. In diesem Zusammenhang verweist der Bericht auf das Schreiben Dr. Gregor Gysis, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion die Linke im Bundestag, an den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Wolfram Weimar, zu den Entwicklungen bei der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR vom 25.05.2025, und auf das Antwortschreiben der Ministerialdirigentin Maria Bering im Auftrag des Staatsministers vom 21.07.205.
Beide Schreiben veröffentlicht in den „Mitteilungen" Heft 68.

Inhalt

Die weiteren Entwicklungen werden weiterhin aufmerksam verfolgt.
Nach Einschätzung des Vorstandes verläuft die Kooperation mit der Leitung der SAPMO sehr zufriedenstellend.
Die Vorstandssitzungen des Förderkreises wurden regelmäßig durchgeführt.

2.2.
Der von der Kassenwartin Elisabeth lttershagen erstellte detaillierte Bericht über die Einnahmen und Ausgaben sowie über den Mitgliederstand des Förderkreises im Jahr 2025 wird vorgestellt:
- Die Gesamteinnahme aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Verkauf der Mitteilungen betrug 3.834,27 € (Gesamteinnahmen).
- Ausgaben 3.455,97 €.
Der Kontostandbetrug am 31.12.2025: 598,78 €, der Kassenbarbestand 493,77 €.

Zu Beginn des Jahres 2025 gehörten dem Förderkreis 97 Mitglieder an. Am 31.12.2025 zählte der Förderkreis 92 Mitglieder.
Der detaillierte Kassenbericht liegt dem Protokoll bei.
Aus dieser Übersicht wird ersichtlich, dass die finanzielle Situation des Förderkreises weiter angespannt bleibt.

2.3.
Die Kassenprüfung wurde durch Dagmar Goldbeck und Michael Klein vorgenommen. Der Bericht über die Kassenprüfung wird von Dagmar Goldbeck erstattet. Es besteht keine Beanstandung: die Unterlagen waren vollständig, wurden geprüft und für korrekt befunden. Der Einsatz der Mittel entsprach der satzungsgemäßen Aufgabe.

TOP 3:
In der Diskussion über die Berichte wird hervorgehoben, dass die Herausgabe der „Mitteilungshefte“ und die weitere Entwicklung der SAPMO weiterhin den Schwerpunkt der Tätigkeit des Förderkreises darstellen. Es sind Initiativen zu entwickeln, die prekäre finanzielle Lage des Förderkreises zu überwinden. Der weitaus größte Ausgabenposten sind die Druckkosten für das „Mitteilungsheft“, zuzüglich der Portokosten. Hier muss flexibel entschieden werden, wann und in welchen Abständen das „Mitteilungsheft“ erscheinen kann. Der Vorschlag, Druckkostenzuschüsse zu beantragen, wird begrüßt. Der Vorstand wird prüfen, ob und wo Druckkostenzuschüsse beantragt werden können und ein entsprechendes Verfahren einleiten. Die finanzielle Betreuung der Web-Seite ist ein weiterer nicht unbedeutender Kostenfaktor.

Inhalt

Darüber hinaus werden Vorschläge gemacht, die „Mitteilungen“ in weiteren Fachportalen für die Geschichtswissenschaft (z. B. Clio-online, Archivportal-D) zu präsentieren, ggf. auch kostenpflichtige Anzeigen in den Mitteilungsheften zu schalten. In diesem Zusammenhang könnten Kontakte zu weiteren Vereinen aufgenommen bzw. reaktiviert werden, u. a. August Bebel-lnstitut Berlin, Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt etc.

Der Geschäftsbericht, der Kassenbericht und der Bericht der Kassenprüfer werden einstimmig bestätigt.

TOP 4:
Wegen der steigenden Papier-, Druck- und Versandkosten müssen die Vereinseinnahmen erhöht werden, da ansonsten keine Kostendeckung mehr gegeben ist. Es werden zwei Anträge, die auf der Vorstandssitzung am 25.02.2026 beschlossen wurden, eingebracht:

Antrag betreffend §5 (2) der Satzung (Vereinsmittel) – Die Jahresmitgliederversammlung möge beschließen:
Der jährliche Mindestbeitrag wird mit Wirkung vom 01.01.2027 an von bisher 12,00 € auf 20,00 € erhöht.

Antrag betreffend die „Mitteilungen“:

Die Jahresmitgliederversammlung möge beschließen:
Der Einzelverkaufspreis der Mitteilungen wird mit Wirkung von Heft 70 an von bisher 3,00 € auf 6,00 € erhöht. Gleichzeitig werden Zusatzexemplare für Autorinnen und Autoren zum Vorzugspreis von 4,00 € pro Einzelheft verkauft.
Die Abstimmung beider Anträge erbrachte folgendes Ergebnis:

Ja = 12 Stimmen
Nein = 0 Stimmen, Enthaltung = 0 Stimmen.

Damit wurden beide Anträge einstimmig von der Jahresmitgliederversammlung angenommen.

TOP 5:
Der Förderkreis wird die weitere Entwicklung der SAPMO genau beobachten und die konstruktive Zusammenarbeit mit der Leitung des Bundesarchivs und

Inhalt

der Abteilung DDR (einschl. SAPMO) weiterführen.
Aus dem Kreis des wissenschaftlichen Beirats kam der Vorschlag in den „Mitteilungen", Beiträge weiterer Archive gesellschaftlicher Organisationen und staatlicher Einrichtungen zu veröffentlichen.
Marga Voigt regt an, zum 100. Geburtstag des ehemaligen Vorsitzenden des Förderkreises und Sektionsleiterin der Historischen Kommission zu Berlin, **Henryk Skrzypczak,** einen Beitrag in den „Mitteilungen" aufzunehmen.

Ottokar Luban schlägt vor, Nachforschungen über das Schicksal der Bestände der Historischen Kommission zu Berlin, v. a. im Hinblick auf Überlieferungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, anzustellen.
Holger-Czitrich-Stahl informierte darüber, dass die Wahl der neuen Mitglieder des Kuratoriums aus dem Kreis der Bundestagsparteien nun mehr bevorstehe und eine Sitzung des Kuratoriums geplant sei.

TOPs:
Der Vorsitzende Holger Czitrich-Stahl dankt für die konstruktive Diskussion und schließt die Jahresversammlung.

Berlin, den 18.04.2026

Andreas Grunwald

Inhalt

Informationen

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK) digitalisiert

Alle Ausgaben der renommierten Zeitschrift stehen jetzt als kostenfreier Download auf der Website der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zur Verfügung: https://www.gdw-berlin.de/angebote/publikationen/iwk

Die „Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (IWK) war eine bedeutende historische Fachzeitschrift, die von 1965 bis 2008 erschien. Sie fungierte als Kommunikationsorgan für die Forschung zur Arbeiterbewegung, um Doppelarbeiten zu vermeiden und die internationale Kooperation zu fördern.

Gegründet wurde die IWK 1965 von Henryk Skrzypczak. Zunächst war sie eine Publikation der Historischen Kommission zu Berlin, bevor die Verantwortung 1996 ans Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin überging. Viele Jahre stand die IWK unter Leitung von Prof. Dr. Peter Steinbach, der die Forschungsstelle Widerstandsgeschichte am Otto-Suhr-Institut leitete.

Das Themenspektrum der IWK umfasst die Arbeiterbewegung im weitesten Sinne, einschließlich Gewerkschaften, politischer Parteien und kultureller Organisationen. Nach 2006 geriet die Finanzierung in Schwierigkeiten. Ein geplanter Übergang an das Internationale Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam scheiterte, woraufhin die Zeitschrift immer seltener erschien und schließlich im Jahr 2008 eingestellt werden musste.

Inhalt



Am 20. Februar 1914 wurde Rosa Luxemburg vom Frankfurter Landgericht zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt, weil sie in zwei Reden gesagt hatte: „Wenn wir auf unsere französischen Brüder oder andere Brüder schießen sollen, sagen wir nein." Erst 4 Wochen nach dem Ausbruch des Konfliktes rief die SPD-Führung zu Protestveranstaltungen auf. Annähernd eine Million Menschen folgte in kürzester Zeit dem Aufruf. Mancherorts war dies die größte Kundgebung der Arbeiterbewegung, die je stattgefunden hatte. Aber zu spät. 5 Tage danach begann der Erste Weltkrieg. Welche Rolle spielte Denunziation von rechts? Wie war die Reaktion der bürgerlichen Presse? In der sozialdemokratischen Arbeiterpresse löste das Urteil eine große Empörung aus. War die Reaktion so einhellig, wie es schien?

Die Buchmacherei 2026, 152 Seiten, ISBN 978-3-9827938-8-7, 12 €

Inhalt

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Cédric Durand & Razmig Keucheyan: Das Prinzip Verzweigung. Über ökologische Planung in Wirtschaft und Gesellschaft. Aus dem Französischen von Andreas G. Förster, Berlin 2026, 324 Seiten, 24 €. ISBN 978-3-320-02436-9.

Ohne Wirtschaftsplanung keine sozial-ökologische Transformation

In der Einleitung stecken die Autoren Cédric Durand und Razmig Keucheyan den Rahmen ihrer Studie ab: Sie ermitteln fossile Welten, von denen sich die Menschheit verabschieden muss und suchen nach anderen, deren Erhaltung wünschenswert ist. In ihren Worten: „Die Zeit drängt, und wir brauchen einen Plan“ (S. 15). Die Autoren entwickeln den Gang ihrer Argumentation in vier Teilen: Im ersten Teil thematisieren sie die ökonomischen und politischen Dimensionen der weltweiten Umweltkrise, schildern die Grenzen des kapitalistischen Marktes und die dabei wirkenden unzureichenden Kräfte staatlicher Eingriffe. Der zweite Teil erläutert den Hintergrund einer Bewirtschaftung und Steuerung der Nachfrage und das „Gebot der Naturalrechnung“. Themen des dritten Teils sind die „ökologische Buchführung“ und „ökosozialistische Investitionen“ als zentrale Bedingungen der Wirtschaftsplanung. Der abschließende vierte Teil widmet sich den Möglichkeiten eines „ökologischen Föderalismus“ und den „politischen Institutionen der ökologischen Planwirtschaft“.

Seit dem Bericht des Club of Rome zu den „Grenzen des Wachstums“ im Jahr 1972 ist die Umweltkrise allgegenwärtig. Trotz punktueller Verbesserungen bei der Reduktion einzelner Schadstoffe hat sich Lage kaum verbessert, vielmehr hat sich die Umweltkrise weiter zugespitzt, so die These des ersten Teils. Laut Abkommen der UN-Klimakonferenz 2015 sollte die Erderwärmung bis Ende 2030er-Jahre auf 1,5 Grad begrenzt werden. Aktuelle Daten des europäischen Klimadienstes Copernicus belegen, dass bereits der dreijährige Durchschnitt der weltweiten Temperaturen in den Jahren 2023 bis 2025 über dieser Zielmarke lag. Zugespitzt formuliert ist der wesentliche Grund dafür: Wirtschaftswachstum hat Vorrang vor Umweltschutz.

Ein nachhaltiger Richtungswechsel der Energieversorgung erfordert den Autoren zufolge erstens eine Abwicklung der „kohlendioxid- und methanintensivsten Produktionsverfahren“ und zweitens den Aufbau eines „emissionsfreien, bedürfnisorientierten“ Wirtschaftssystems (24). Mit der kapitalistischen Verwertungslogik, die sich exklusiv an der Verwertung des eingesetzten Kapitals ausrichtet, sind diese Ziele nicht zu erreichen. Mit der kapitalistischen Verwertungslogik, die sich exklusiv an der Verwertung des eingesetzten Kapitals ausrichtet, sind

Inhalt

diese Ziele nicht zu erreichen. Auch ein grüner Kapitalismus kuriert bestenfalls die Symptome, ändert aber nichts an den strukturellen Ursachen. Sowohl eine Industriepolitik, die lediglich mit Anreizsystemen in Form von Subventionen oder Steuererleichterungen arbeitet, oder ein „grüner Kapitalismus" werden den Zielen einer nachhaltigen Ausrichtung des Wirtschaftssystems nicht gerecht. Mit derartigen Maßnahmen hat sich die staatliche Politik im Kampf gegen die diversen Umweltkrisen wie Artenverlusten, Klimawandel und Umweltverschmutzung in eine Sackgasse manövriert.

Der Ausgangspunkt des zweiten Teils ist eine Analyse der Bedürfnisse (individuelle und kollektive, quantifizierbare und qualitative) und der sich daraus ergebenden Bedarfsermittlung als Grundlagen und letztlich einer Neuausrichtung der Wirtschaft. Vor allem aber ermöglicht eine genauere Betrachtung der Bedürfnisse einen Einblick in das Verhältnis der Menschen zu ihrer Umwelt, die sich seit mehreren Jahrzehnten in einer Dauerkrise befindet. Für die Autoren liefert die Begrenzung des Konsums bzw. eine nachhaltige Form des Wirtschaftens einen zentralen Hebel zur Krisenbewältigung.

Die Richtschnur dafür ist eine an individuellen und gesellschaftlich erwünschten Bedürfnissen ausgerichtete Wirtschaftsplanung und -steuerung. Der Grundgedanke: „Möglichst viele individuelle und kollektive Bedürfnisse (werden) einer sowohl demokratischen als auch ökologischen Entscheidungsfindung unterworfen und … nicht mehr allein dem Markt überlassen" (86).

Aus geologischer Perspektive lässt sich der Beginn der Klima- und Umweltkrise in etwa auf die frühen 1950er-Jahre datieren. Durch einen massiven Einsatz von Beton im Bauwesen, die zunehmenden CO2-Emissionen und den rasant steigenden Energieverbrauch verloren die Menschen die Kontrolle über die Natur. Aus gesellschaftstheoretischer Perspektive sind nicht die Menschen als abstrakte Akteure, sondern die kapitalistische Produktionsweise Verursacher. Zur Problemlösung setzen den Autoren zufolge (neo)liberale Ökonomen auf die Kostennutzenrechnung (95) und eine Steuer, um den CO2-Ausstoß zu reduzieren. Dies, so die Autoren, ist kaum mehr als ein Luftschloss (95). Ihr eigener Vorschlag beruht auf einer „Grammatik der Naturalrechnung" (113), die auf den österreichischen Ökonomen Otto Neurath zurückgeht und auf drei Grundsätzen beruht: einer „multikriteriellen Entscheidungsanalyse", der „Berücksichtigung der Auswirkungen auf Biosphäre und künftige Generation" (113) und einer Verknüpfung der „politischen Ebene", die Produktionsziele bezüglich ihrer Nützlichkeit festlegt mit einer „technischen Ebene", welche die Effizienz von Arbeitskräften, Maschinen und Rohstoffen beurteilt (115).

Der dritte Teil befasst sich mit „ökologischer Buchführung" und „ökosozialistischen Investitionen" als zen-

Inhalt

tralen Bausteinen einer ökologischen Wirtschaftsrechnung und -planung. Bis heute hat jedoch noch kein Land einen sozial-ökologischen Wirtschaftsplan implementiert. Daher muss den Autoren zufolge vieles spekulativ bleiben (123). Theoretische Reflektionen an sich wären nichts anderes als ein Glasperlenspiel. Für eine allgemeine Wirtschaftsplanung jedoch gäbe es verschiedene Beispiele, aus denen einiges zu lernen sei.

Als einen ersten Ansatz nennen die Autoren den Plattformkapitalismus, genauer den Onlinehandel, mit seinen ausgereiften Algorithmen zur Abstimmung von Angebot und Nachfrage. Die vollständig digitalisierten Prozessketten basieren auf Methoden zur Verarbeitung riesiger Datenmengen, wie sie auch als Basis einer sozial-ökologischen Wirtschaftsplanung benötigt werden (siehe dazu auch Cédric Durand, 22th. Jan. 2026: The problem of knowledge in the Anthropocene, https://www.tandfonline.com/doi/epdf/10.1080/14747731.2025.2601919?needAccess=true). Eine weitere Inspiration bieten die Erfahrungen aus der Fünfjahresplanung in China seit Ende der 1970er-Jahre. Das Besondere daran: Die dezentrale ist mit einer zentralen Planung iterativ verzahnt, wobei die zentrale Planung als Steuerungseinheit fungiert. Das Beispiel Chinas verdeutlicht, dass die Wirtschaftsplanung zumindest die Vergesellschaftung einiger Schlüsselbranchen wie der Energieversorgung sowie des Wohnungs- und Gesundheitswesens bedarf.

Den Autoren zufolge muss die Vergesellschaftung erstens um eine makroökologische Buchführung mit zugehörigen zentralen Steuerungskapazitäten sein. Ziel dabei ist es, die einzelnen Ökosystemen vorgegebenen Ziele besser aufeinander abzustimmen (147 ff.). Dazu kommen zweitens ökosozialistische Investitionen und drittens eine „emanzipierte Nachfrage" (180 ff.), bei der in der Produktionssteuerung nicht die Tausch-, sondern die Gebrauchswertlogik dominiert (204).

Die Notwendigkeit einer demokratischen Planung und Steuerung der Wirtschafsaktivitäten ergibt sich aus dem Ziel einer möglichst umfassenden und zügigen sozial-ökologischen Transformation der Ökonomie und Gesellschaft. Welche Rolle dabei die „politischen Institutionen der ökologischen Planwirtschaft" und der „ökologische Föderalismus" spielen, erläutern die Autoren im abschließenden Teil vier. Das Ziel des „ökologische Föderalismus": Über die Ermittlung der Bedürfnisse soll die Transformation und letztlich die Art des Wirtschaftens beeinflusst und gesteuert werden (218).

Aus institutioneller Sicht bilden Bürgerräte im Rahmen einer partizipativen Demokratie (255) und eine erweiterte Wirtschaftsdemokratie (257) erste Elemente und die Basis einer sozial-ökologischen Transformation. Beteiligte und Betroffene entwickeln Wege zur Umsetzung der Planung vor Ort. Die Beratung erfolgt nicht als Einbahnstraße von unten nach oben.

Inhalt

Vielmehr sollen sich Zyklen der Dezentralisierung und Zentralisierung ergänzen.

Einen weiteren Baustein bilden „grüne Verfassungen“, in denen der Kampf gegen den Klimawandel als Verfassungsziel verankert wird. Auch der öffentlichen Verwaltung kommt eine tragende Rolle zu. Dies betrifft beispielsweise die „relative Autonomie“ einzelner Staatsapparate, wie sie Nicos Poulantzas in seiner Staatstheorie beschreibt (Poulantzas (2002), S. 158 ff.). Das Ziel ist hier der Umbau zu einem „Ökosozialstaat“ (Durand und Keucheyan, S. 247). Zusammenfassend bedarf eine sozial-ökologische Transformation vielfältiger, aufeinander abgestimmter Maßnahmen in der Ökonomie und den politischen Institutionen. Einen guten Überblick über die Diskussion zur Wirtschaftsplanung in Deutschland bietet die Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Zukunft mit Plan, LuXemburg 1/2024: Sind neue Modelle der Wirtschaftsplanung eine Alternative zum Krisenkapitalismus?

Jürgen Wasem-Gutensohn

Wera Sassulitsch oder: Die Poesie der Revolution. Stephan Rindlisbacher (Hrsg.), Dietz Verlag, Berlin 2026, 168 Seiten.

Im ersten Teil dieses schmalen, doch inhaltsreichen Buches aus der Serie „Biografische Miniaturen“ erzählt der Herausgeber in 12 Episoden die Geschichte der russischen Sozialdemokratin und Revolutionärin Wera Sassulitsch. Der zweite Teil mit Texten von ihr und über sie vertieft einige zuvor angesprochene Aspekte, vermittelt aber auch ein – teilweise irritierendes – Bild dieser eigenartigen Persönlichkeit.

Die 1849 in eine verarmte Adelsfamilie geborene Wera Iwanowna Sassulitsch widersetzte sich schon früh dem ihr vorgezeichneten Leben als Gouvernante. Sie lernte mehrere Sprachen und arbeitete als Gerichtssekretärin und in einer Druckerei, gute Vorbereitungen für ihre spätere Übersetzungs- und Verlagstätigkeit, aber auch für ihre subversive revolutionäre Arbeit. Bald in Kontakt mit revolutionären Kreisen, geriet sie in die Mühlen der Justiz und wurde in den Norden Russlands verbannt. Zurückgekehrt, arbeitete sie in Kiew konspirativ in einer Gruppe namens „Buntari“ mit, deren Aktionsform „Gang ins Volk“ ihr allerdings überhaupt nicht lag. Schlagartig berühmt wurde sie 1878 mit einem Attentat auf den Stadthauptmann von St. Petersburg, Fjodor Tjepow. Von den Radikalen als politisches Statement verstanden und von der Bevölkerung als Heldentat betrachtet, wurde die Tat von der Gerichtsbarkeit heruntergespielt. Trotz eines Freispruchs verfolgt, ging sie ins Exil in die Schweiz, die in den 1860er-Jahren die einzige Republik in Europa und neben London und Paris ein bevorzugter Zufluchtsort für verfolgte Revolutionäre aus Russland war.

Einem Versuch der Rückkehr nach Russland folgte ein erneuter Aufenthalt in Genf. 1889 ausgewiesen, ging sie

Inhalt

zunächst nach Frankreich und später, erneut gezwungen, das Land zu verlassen, nach London, wo Friedrich Engels und Eleanor Marx zu ihrem Bekanntenkreis zählten. Inspiriert von den Marx'schen Theorien hatte sie längst begonnen, Schriften von Marx und Engels zu übersetzen und zu verlegen. Sie profilierte sich aber nicht nur als Marx-Übersetzerin, sondern als eigenständige politische Denkerin, wobei sie u. a. die Frage umtrieb, inwieweit sich Marx' Theorien auf die Situation in Russland anwenden ließen. Eine Frage, die sie Marx sogar direkt in einem Brief stellte.

In Zürich entspann sich in den 1890er-Jahren eine Auseinandersetzung zwischen sogenannten „Ökonomisten", die, angestoßen von Eduard Bernstein, an Reformen glaubten, und den „Orthodoxen", darunter Wera Sassulitsch, die weiterhin die Marx'sche Lehre vertraten. Hier bot sich Sassulitsch die Möglichkeit, an der Neugründung einer sozialdemokratischen Partei mitzuwirken, für die sie im Vorfeld die Zeitschrift „Iskra" (Funke) mitinitiierte. Als der junge Lenin zu der Initiative stieß, wurde er schnell Auslöser von Profilierungsstreitereien mit einem führenden Mitglied der Gruppe, Georgi Plechanow. Die Auseinandersetzungen um die Frage der Parteiorganisation – Lenin forderte eine Kaderpartei – führten zu einem grundlegenden Zerwürfnis und der Spaltung in Bolschewiki (Mehrheit) und Menschewiki (Minderheit) – in einem Text von 1904 (im zweiten Buchteil) setzt sie sich ausführlich und anhand von Zitaten Lenins damit auseinander. Sie wurde eine der wichtigsten Denkerinnen der Menschewiki.

In München (zeitweilig Sitz der Iskra-Redaktion) wurde sie verschiedentlich von Clara Zetkin und Alexandra Kollontai angefragt, zu Frauenthemen zu schreiben oder Veranstaltungen zu machen, was sie von sich wies. Die Beschäftigung mit der Frauenfrage war für sie, wie leider für viele revolutionäre Denkerinnen damals, uninteressant, da sie die Frauenemanzipation nur im Kontext einer allgemeinen sozialen Befreiung für lösbar hielt, wie in einem Brief im zweiten Buchteil deutlich wird.

Nachdem die revolutionären Unruhen 1905 in St. Petersburg niedergeschlagen waren, zog Sassulitsch sich ins Private zurück, griff aber dann doch immer wieder ins Geschehen ein. 1917 fand sie Russland völlig verändert vor. Lenin war an die Spitze der Bolschewiki aufgestiegen, deren Position sie als destruktiv bekämpfte und befand, dass die neuen Machthaber das Land im Namen des Sozialismus, für den sie sich so heftig eingesetzt hatte, ruinierten.

Geschwächt von ihrer Tuberkuloseerkrankung starb sie 1919 kurz vor ihrem 70. Geburtstag, sehr enttäuscht vom Verlauf der Revolution. Ihre Schriften werden seit 1929 im Plechanow-Haus, das als Teil der russischen Nationalbibliothek zugänglich ist, verwaltet und bis heute nachgefragt.

Der zweite Teil des Buches beginnt

Inhalt

mit einem Auszug aus ihren Kindheitserinnerungen, der einerseits die Frage aufwirft, wie aus der relativ geborgenen Kindheit auf einem Gut, in dem das Verhältnis von Herrschaft und Gesinde ein entspanntes gewesen zu sein scheint, diese Kämpferin gegen die Ungleichheit wurde. Beantwortet sie sie mit ihrer Liebe zu Jesus? Oder vielmehr mit ihrer Erkenntnis der so viel schlechteren Möglichkeiten als Mädchen und der daraus erwachsenen Begeisterung für die Erzählungen über die Helden der Revolution, die sie in ihrer Phantasie „einem Jungen gleichstellte“ (S. 75)?

Die eindringliche Beschreibung ihrer Gefühle im Vorfeld und während des Attentats auf Trjepow und nach der Festnahme deutet auf ihre später geäußerte generelle Angstfreiheit hin. Die Stellungnahme des zuständigen Richters über die Umstände des Prozesses macht die Kungeleien verschiedener politischer Interessengruppen deutlich, deren Einflussversuchen er mit der Redlichkeit des Neulings widerstand.

Um den hier abgedruckten Brief an Karl Marx von 1881 scheint es viel Aufhebens gegeben zu haben. Er macht die Dringlichkeit der Frage für die russischen Aktivisten deutlich, für die seine sehr kurze, tendenziell abschlägige Antwort wenig hilfreich gewesen sein dürfte. In einem sehr viel späteren Text (1912) erinnert Sassulitsch erneut ihre Gespaltenheit, als bereits stark von Marx beeinflusste Denkerin einsehen zu müssen, dass seine Theorien auf Russland – mit grade mal einer halben Million Arbeiter, aber 50 Millionen Bauern – wohl nicht anwendbar waren.

Eigentümlich erscheint ihre Selbstdarstellung (1883) als einerseits grundlegende Skeptikerin der Ideale einer aus der Revolution hervorgehenden „zukünftigen Ordnung“ oder „moralischen Wiedergeburt“ (S. 107), der sie ihre Begeisterung für das revolutionäre Agieren als solches gegenüberstellt, die Selbstaufopferung und die Gleichgültigkeit gegenüber materiellem Wohlstand. Sie spricht von der „Poesie der Revolution“, eine Begrifflichkeit, die dem Herausgeber offenbar eingängiger ist als der Rezensentin, da er sie als Untertitel des Buches gewählt hat.

In einem Brief an eine Mitarbeiterin der „Gleichheit“ äußert sie sich 1901 zur Beteiligung der Frauen an der russischen Arbeiterbewegung, die sie als noch recht schwach einschätzt, nicht zuletzt, weil der Anteil der Analphabetinnen noch weit größer sei, als der der Analphabeten. So hoffte sie auf die Frauen aus der „Intelligenz“ und deren möglichst starkes Engagement in der sozialdemokratischen Bewegung, merkte allerdings an, dass die Kämpfe der russischen Frauen, anders als die der Frauenrechtlerinnen im Westen, auf „größere“ Ziele gerichtet seien, nämlich für Rechte, die weder Frauen noch Männern bisher zugestanden würden. In den gewaltsamen Straßenkämpfen hätten sie zudem nicht hinter den Männern zurückgestanden. Durch deren Vorbild werde künftig auch die Arbeiterbewegung von Frauen gleichermaßen mitgetragen, die das Vor-

Inhalt

urteil der minderwertigen Frau durchbrechen.

Den Abschluss bilden Erinnerungen an Wera Sassulitsch von vier Mitstreiter:innen, von denen eigentlich nur zwei auf die Person selbst ausführlicher eingehen. Alle beschreiben sie aber als integre mutige Person, die meist ruhig und zurückhaltend, in Diskussionen jedoch sehr heftig und laut werden konnte. Mag sein, dass dies wenig anmutige Verhalten sich auf die Wahrnehmung ihres Äußeren auswirkte, das ungewöhnlich oft als nicht hübsch beschrieben wird, was wohl nicht allein auf ihren bewusst nachlässigen Kleidungsstil zurückzuführen war, den sie Zeitlebens pflegte und der sie als „Nihilistin" erkennen ließ.

Dem Herausgeber gelingt eine spannende Erzählung, die nicht nur eine ungewöhnliche, aber auch widersprüchliche Frau porträtiert. Sie zeichnet zugleich die politische Lage und die revolutionären Stimmungen im Russland der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zu den 1917er-Revolutionen nach, samt den vielfältigen Strömungen, die einen gesellschaftlichen Umbruch anstrebten, ihren unterschiedlichen Ansätzen und Spaltungen. Ein Personenregister hilft, die Vielzahl von Personen einzuordnen, die nicht spezialisierte Leser:innen verwirren kann. Ein tabellarischer Überblick im Anhang rekapituliert darüber hinaus die wichtigen Stationen und Ereignisse in Sassulitschs Leben.

Eveline Linke

Hartfrid Krause: Die Leitartikel der Vorsitzenden der USPD 1917–1922. Grin Publishing GmbH, München 2026, 314 Seiten, 24,95 € (Book on Demand). ISBN 9783389185704.

Mit diesem auch als E-Book für 14,99 €uro erhältlichem Buch trägt Hartfrid Krause zur weiteren Vertiefung der wissenschaftlichen Bearbeitung der relativ kurzen, aber am Beginn zutiefst wirkungsmächtigen Geschichte der linkssozialistischen Friedenspartei USPD bei. Über Jahrzehnte hat der Autor Materialien zur USPD gesammelt, bewertet und publiziert und seine Promotion 1972 und Habilitation 1975 über diese Partei und den entsprechenden Kontext absolviert, u. a. bei Wolfgang Abendroth. In regelmäßiger Folge, in jährlichem oder zweijährlichem Rhythmus, erscheinen Bücher, häufig als Book on Demand, über Zeitabschnitte, Persönlichkeiten oder Arbeitsbereiche der USPD. Dies lässt darauf schließen, dass Krause sein gewiss imposantes Privatarchiv aufarbeitet, um die Geschichte dieser Partei dem interessierten Publikum aus Wissenschaft und Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Das ist nicht hoch genug zu schätzen.

In diesem im Frühjahr 2026 erschienenen Buch dokumentiert Krause die Leitartikel der Vorsitzenden der USPD, nämlich Hugo Haase, Arthur Crispien, Ernst Däumig, Wilhelm Dittmann und Georg Ledebour. Dabei wird nicht nur die Berliner „Freiheit" als das wichtigste Presseorgan berücksichtigt, sondern auch ihr Vorgänger,

Inhalt

das „Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung“, der „Arbeiter-Rat“, die wichtige „Leipziger Volkszeitung“, der „Vorwärts“ als klassisches SPD-Zentralblatt, „Unser Weg“ der verbliebenen USPD nach 1922 und „Die Kommunistische Internationale“ im Kontext der Parteispaltung im Herbst 1920. Der Zeitraum der dokumentierten Beiträge entspricht in etwa der Lebensdauer der „Freiheit“ vom Revolutionsmonat November 1918 bis zur ihrer Einstellung nach der Wiedervereinigung mit der SPD Ende September 1922. Die ersten beiden, von Ledebour stammenden Beiträge wurden im „Mitteilungsblatt“ veröffentlicht, nämlich am 28. Juli und 10. November 1918. Ab dem 15. November 1918 erschien die „Die Freiheit“, die ab dem 1.3.1919 nur noch als „Freiheit“ firmierte. Ihre Ausgaben bis zum 30. September 1922 sind komplett digitalisiert und liegen im „Archiv der sozialen Demokratie“ in Bonn vor.[1]

In der ausführlichen Einleitung (S. 5–37) bietet Krause grundlegende Informationen zu den genannten Vorsitzenden mitsamt von Kurzbiografien an, legt die politischen Kontexte der entsprechenden Perioden dar und verbindet sie mit der Geschichte der USPD. So ist zu erfahren, dass Ledebour (48 Monate) der am längsten amtierende Vorsitzende war, allerdings in zwei Etappen. Ihm folgte Crispien mit 42 Monaten, allerdings ohne Unterbrechung. Haase als Leitfigur der USPD fiel im Oktober 1919 einem Attentat zum Opfer, an dessen Folgen er im November 1919 verstarb. Er war 30 Monate lang Vorsitzender der Partei, die stets von zwei und ab 1922 von drei Vorsitzenden geleitet wurde. Ernst Däumig mit zwölf Monaten und Wilhelm Dittmann mit neun Monaten gehörten mit der kürzesten Amtsdauer dazu. Zu bemerken ist, dass Krause nicht die Leitartikel aufgenommen hat, die die jeweiligen Persönlichkeiten als Vorsitzende verfasst hatten, sondern all deren Leitartikel überhaupt. So präsentiert der Band 86 Beiträge, von denen genau 57 aus dem jeweiligen Vorsitzendenamt stammen. In der Verbindung der Kurzportraits mit den Eigenheiten und Schwerpunkten des vorgestellten Vorsitzenden werden auch die sehr unterschiedlichen Persönlichkeitsprofile herausgearbeitet, die später das Verständnis der Leitartikelinhalte und deren Kontexte erleichtern.

Hugo Haase trat sein Amt auf dem Gründungsparteitag der USPD im April 1917 in Gotha an und gilt als ihr bedeutendster Vorsitzender. Als zeitweilig höchster Repräsentant der deutschen Sozialdemokratie war er im März 1916 aus der Reichstagsfraktion und später, im Januar 1917, aus der SPD ausgeschlossen worden, zusammen mit Georg Ledebour führte er die Reichstagsfraktion der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ (SAG), die später zur USPD-Fraktion werden sollte. Von ihm liegen sieben Leitartikel vor.

1 https://collections.fes.de/historische-presse/periodical/titleinfo/221825 [18.7.2026].

Inhalt

Sie zeigen ihn als revolutionär-demokratischen Sozialisten, als „Zentristen", also als Verfechter der Einheit der Sozialisten, als Mann des Friedens und als Internationalisten. Sehr repräsentativ dafür ist „Der Einzug der Jäger-Division. Die Begrüßungsrede Haases" aus „Die Freiheit" vom 11.12.1918 (S. 49), aber auch seine Leitartikel vom 1.1.1919 und vom 13.1.1919, beide nach erheblichen Zäsuren der Revolutionsgeschichte, nämlich nach dem Austritt der USPD-Mitglieder aus dem Rat der Volksbeauftragten und nach dem blutigen Ende des Januaraufstands 1919 (S. 51 ff.).

Gemeinsam mit Haase leitete zu dieser Zeit *Georg Ledebour* die USPD. Er war ohnehin ein fleißiger Schreiber von Leitartikeln, so dass insgesamt 25 zu Buche stehen, allerdings nur acht aus der Funktion heraus. Sein Verhältnis zu Haase trübte sich nach der Bildung des Rates der Volksbeauftragten schnell ein, denn Ledebour lehnte eine Kooperation mit den Mehrheitssozialisten ab. Er schied im März 1919 aus dem Vorstand aus, wurde erst nach dem Spaltungsparteitag von Halle im Oktober 1920 wieder Ko-Vorsitzender der USPD. Auf zwei Artikel ist besonders hinzuweisen, die er nicht aus dieser Funktion heraus schrieb, die aber hohen historiografischen Wert besitzen, nämlich seinen Rückblick auf den Januaraufstand in der „Freiheit" vom 5.1.1920 und 9.1.1920 (S. 137 ff.). Er ging den Weg der Vereinigung mit der SPD bewusst nicht mit.

Arthur Crispien wurde auf dem Leipziger Parteitag im November/Dezember 1919, kurz nach Haases Tod, zum Vorsitzenden gewählt und blieb es bis zur Wiedervereinigung mit der SPD in Nürnberg im September 1922. Von ihm stammen mit 27 Beiträgen die meisten Leitartikel, überdies allesamt während seiner Zeit als Vorsitzender. Da er an den Auseinandersetzungen zwischen USPD und III. Internationale um einen Beitritt der Partei, den er ablehnte, führend beteiligt war, sind seine Stellungnahmen (S. 97 ff.) hierzu besonders aufschlussreich. Überdies markieren sie seinen Weg von einem frühen Anhänger der Spartakusgruppe hin zu einem zentristischen Reformsozialisten, der durch den Vorherrschaftsanspruch Moskaus und der III. Internationale abgeschreckt worden war („Freiheit", 29.10.1919, 30.10.1919, 31.10.1919).

Ernst Däumig war parallel zu Crispien bis zum Hallenser Parteitag und dem nachfolgenden Zusammenschluss des von ihm geführten Räteflügels der USPD mit der KPD Ko-Vorsitzender der Partei. Sein Leitartikel „Der Kampf um das Rätesystem" („Freiheit", 19.2.1919) ist ein wichtiges Dokument zur damaligen Rätebewegung als zweiter Phase der Revolution (S. 55 f.). Markant sind auch sein Beitrag pro Zusammenschluss der USPD mit der KPD und zum Beitritt zur III. Internationale (S. 162 ff.) in der „Freiheit" vom 26.8.1920 sowie zuvor seine Wortmeldungen zur politischen Linie der Partei nach dem Leipziger Parteitag (S. 122 ff.), auch sie in der „Freiheit" in

Inhalt

den Ausgaben vom 20.12., 21.12. und 28.12.1919.

Wilhelm Dittmann ergänzte ab Januar 1922 die beiden Ko-Vorsitzenden Crispien und Ledebour. Er wurde zum Motor der Wiedervereinigung von SPD und USPD. Wie Ledebour und Crispien lehnte auch er nach ernüchternden Erfahrungen in Moskau 1919 einen Beitritt zur III. Internationale immer kategorischer ab und brachte dies in mehreren Leitartikeln (S. 171 ff.) unmissverständlich zum Ausdruck, als er noch Parteisekretär und nicht Vorsitzender war („Freiheit", 31.8.1920, 1.9.1920, 5.9.1920). Ab April 1922 leitete er gleichzeitig die Redaktion der „Freiheit". Von seinen insgesamt 17 Beiträgen fallen jedoch nur sieben in die Zeit zwischen Januar und September 1922, allerdings verfasste er am 20.9.1922 und am 30.9.1922, dem letzten Erscheinungstag der „Freiheit", zwei spannende und historiografisch zweifellos interessante Rück- und Ausblicke auf das Wirken der USPD von 1917–1922 und auf die Erwartungen an die vereinte Sozialdemokratie (S. 307 ff.).

Hartfrid Krause hat hier eine sehr interessante Dokumentation über die politische Leitpublizistik der USPD vorgelegt, die für an der Geschichte dieser Partei Interessierte eine wertvolle Handreichung darstellt. Man darf gespannt sein, was sein Archiv in Zukunft noch „hergibt".

Holger Czitrich-Stahl

Alexander Vatlin (Hrsg.): Karl Radek oder: Fremder unter Seinesgleichen. Dietz Verlag, Berlin 2026.

Vieles ist Karl Radek genannt worden. Für manche eine der „schillerndsten Figuren der revolutionären Bewegung des 20. Jahrhunderts", wie ihn etwa der Dietz-Verlag in seinem Klappentext zum vorliegenden Band verstanden wissen will, für die Weimarer Nationalsozialisten ein „Arbeitermörder" und „Sowjet-Jude",[2] für andere schlicht ein etwas exzentrischer Parteiemissär – oder, in den Worten Ruth Fischers, ein „groteske[r] Apostel des Bolschewismus" (S. 145). Radeks große Bedeutung für den jungen Sowjetstaat ist allerdings unbestreitbar, was nicht zuletzt aus den Umständen seines unrühmlichen Lebensendes deutlich wird: Anfang 1937 saß das einstige außenpolitische Aushängeschild der Sowjetunion als wohl prominentester unter 17 Angeklagten im zweiten der drei großen „Moskauer Prozesse" vor Gericht. Radek fand sich damit in einer illustren Runde altbolschewistischer Protagonisten wieder, die nach Lenins Tod den Alleinherrschaftsanspruch Stalins zu gefährden drohten. Wen Stalin als vermeintlichen Drahtzieher eines „sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums" diskreditiert sehen wollte, der

2 „Sowjet Jude Radeck" [sic] – Antisemitische Propaganda der NSDAP auf einer durch die Inflation nahezu wertlosen 1000-Mark-Reichsbanknote, 1922, in: Deutsches Historisches Museum, https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/banknote-mit-propagandaaufdruck-1922 [12.8.2026].

Inhalt

hatte zuvor für gewöhnlich viel zum (post)revolutionären Staat beigetragen. Diesem eindrucksvollen Erbe haben im deutschsprachigen Raum unter anderem der Literat Stefan Heym, in Form eines sprachmächtig-packenden Romans, und der Historiker Wolf-Dietrich Gutjahr, in Form einer monumentalen wissenschaftlichen Biografie, Rechnung getragen.[3]

Davon abgesehen wird Karl Radek jedoch allzu oft in den Farben propagandistischer (und oft antisemitischer) Karikaturen erinnert, für welche sich das Stalin-Regime seiner Figur (neben der Trotzkis) ab 1937 wohl am häufigsten bediente. Die – nicht un-, wohl aber untererforschte – historische Person Radek verschwimmt hinter solchen Karikaturen mitunter bis zur Unkenntlichkeit. Es ist also ausgesprochen begrüßenswert, dass eine der jüngsten Erscheinungen der Dietz'schen Reihe „Biografische Miniaturen" den Berufsrevolutionär genauer in den Blick nimmt. Ebenfalls begrüßenswert ist, dass sich mit Alexander Vatlin einer der versiertesten und kenntnisreichsten Experten auf dem Gebiet frühsowjetischer und stalinistischer Geschichte dieser Aufgabe angenommen hat.

Wie für die Reihe üblich, besteht die Edition aus historischen Quellentexten von und über Karl Radek sowie einem vorangestellten, wissenschaftlich-biografischen Essay. Dieser soll einen kompakten Überblick über dessen Vita als auch historiografischen Kontext für die weiter hinten enthaltenen Dokumente liefern.

An Vatlins biografischer Einführung fällt zunächst ihre inhaltliche Gewichtung auf: Während Radeks erste drei Lebensjahrzehnte auf gerade einmal zwei Seiten berücksichtigt werden, sind den Jahren 1917–1923 ganze 43 Seiten gewidmet. Radeks letztes Lebensjahrzehnt hingegen, effektiv den Großteil seiner Zeitzeugenschaft des Stalinismus, speist Vatlin auf weniger als einer Seite ab. Dass der profilierte Stalinismusforscher ausgerechnet Radeks Navigieren durch eine zunehmend autokratischen Führungslandschaft im Orbit der bolschewistischen Partei nach Lenins Tod kaum Platz einräumt, verwundert dabei besonders.

Vatlins Hauptaugenmerk liegt also auf der Zeit zwischen sogenannter Oktoberrevolution und Stalinismus. Womöglich liegt dies darin begründet, dass er Radek vor allem unter dem Schwerpunkt dessen internationalistischen Engagements beleuchtet – also vorrangig sein Agieren in der KPD sowie als außenpolitischer Emissär der Sowjetunion bzw. Kommunistischen Internationale. Diesem Engagement kommt natürlich für den Zeitraum die größte Bedeutung zu, in dem die „Weltrevolution" noch ein erklärtes Ziel der Komintern markierte und die selbsternannte „Weltpartei" auch darüber hinaus der strategischen Bedeutung ausländischer Parteien politisch Rechnung trug. Unter Stalins Doktrin vom „Sozialismus in einem Land" hingegen

3 Stefan Heym: Radek, München 1995; Wolf-Dietrich Gutjahr: Revolution muss sein. Karl Radek – die Biographie, Köln 2012.

Inhalt

war der politische Typus eines „heimatlosen“ Internationalisten wie Radek denkbar wenig gefragt.

Auf eine solche Thesenbildung arbeitet Vatlin allerdings nicht hin. Ihm geht es weniger darum, Radeks politische Prinzipien in Kontrast zu ihrer jeweiligen Umgebung zu setzen; vielmehr scheint er in Radek größtenteils schlicht einen prinzipienlosen Hitzkopf zu sehen. Die politischen Ansichten, die der einflussreiche Publizist in den Jahren nach dem Oktoberumsturz lautstark-wirkmächtig von sich gab – in der Regierungszeitung *Iswestija* oder auf Sitzungen von Parteigremien – finden in Vatlins Erzählung gleichwohl viel Platz. Dabei wird ein umtriebiger Internationalist erahnbar, der alles andere als prinzipienlos erscheint und auch nicht vor Konfrontationen zurückschreckte. Gegenüber der sowjetischen Partei etwa beharrte Radek wiederholt darauf, dass diese ihren Führungsanspruch gegenüber internationalen Parteien hinter den politischen Realitäten der gegebenen Länder zurückzustellen habe und den jeweiligen Bruderparteien mehr Freiraum zugestehen müsse. Gegenüber der KPD hingegen nahm er regelmäßig die Rolle eines strengen, sowjetgesandten Kritikers ein.

Die Ausformulierung Radeks politischer Positionierungen markiert eine der großen Schwachstellen von Vatlins Einführung: Nicht nur steht sie im Widerspruch zu seiner eigenen Beurteilung Radeks als einem opportunistischem Akteur ohne genuine Prinzipien, auch bleiben die Konflikte, in welche dieser politisch und publizistisch verstrickt war, zu weiten Teilen schwer nachvollziehbar, da oft essenzieller Kontext fehlt. Dissense mit Lenin, bezüglich der politischen Ausrichtung der KPD 1921 und Bündnispolitik unter Arbeiterinternationalen 1922, stellt Vatlin etwa als ausgesprochen bedeutsam für Radeks politischen Karriereverlauf heraus, sieht aber gänzlich davon ab die inhaltliche Substanz dieser Meinungsverschiedenheiten zu erläutern. Kontextuelle Informationen zeichnen dabei regelmäßig ein widersprüchliches Bild, um dessen Auflösung sich der Historiker nicht bemüht. Insbesondere der parteiinterne Konflikt rund um die „Erklärung der 46“, welche die voranschreitende Autokratisierung monierte, bleibt in seiner inhaltlichen Substanz völlig unadressiert, obwohl er narrativ eine Art Schlüsselrolle in Vatlins Text einnimmt.

Darüber hinaus stellt der Autor teils gewagte Spekulationen als objektive Fakten dar – etwa im Kontext des „Deutschen Oktobers“ 1923, einem kurzfristig abgesagten Revolutionsvorhaben der Komintern in der fragilen Weimarer Republik: Als Radek sich im betreffenden Herbst nach Deutschland aufmachte, unterbrach er aus ungeklärten Gründen die Anreise und verbrachte einige Tage in Warschau. Vatlin sieht hierin eine „taktische Pause“ und meint, Radek sei sich darüber im Klaren gewesen, „dass seine Ankunft keinen Einfluss auf den Lauf der Dinge haben würde“. (S. 50) Offen bleibt,

Inhalt

warum der die Reise dann überhaupt antrat, und was in diesem Zusammenhang der „taktische" Sinn dahinter sein sollte in Warschau eine Oper zu besuchen. Die schlussendliche Absage des Umsturzes stellt sich für Vatlin als natürliche, den politischen Verhältnissen geradlinig folgende Entwicklung dar. Dass auf die Militärpräsenz in Sachsen hin kein „Deutscher Oktober" mehr erfolgen würde, ist für ihn offenkundig – dies sei „völlig klar" gewesen. (S. 50) Warum die KPD-Zentrale das Vorhaben erst in sprichwörtlich letzter Minute absagte und Gruppen in Hamburg sowie mehreren weiteren Städten im Nordwesten des Landes dennoch (erfolglos) den Aufstand wagten,[4] ist vor diesem Hintergrund ebenfalls unklar.

Ähnlich selbstbewusst erklärt Vatlin schließlich, Radeks Agieren „am Vorabend des nicht stattgefundenen ‚Deutschen Oktobers'" habe ihm 1926 „den Weg in die Reihen der ‚Vereinigten Opposition' um Kamenew, Sinowjew und Trotzki" geebnet. (S. 56) Auch hier belässt der Autor es jedoch bei der bloßen Behauptung; er erläutert weder die vermeintliche Verbindung zu den Ereignissen von 1923 noch die inhaltlichen Positionen der antistalinistischen Opposition im Allgemeinen. Dass es hierbei um Kritik Radeks in Form eines Schreibens an die stalinistische Parteiführung bezüglich ihres Umgangs mit den prominenten Kritikern der „Erklärung der 46" 1923 geht, müssen Lesende schlicht vorher wissen – obwohl das betreffende Schreiben von Radek sogar hinten im Band enthalten ist. Radeks Agieren in der Opposition bleibt im Wesentlichen beschränkt auf den Vermerk, er habe mit „originelle[n] Methoden […] seine Gegner vor aller Welt lächerlich" gemacht, wobei der Effekt „gleich Null" geblieben sei. (S. 56) Hieran schließen lediglich noch kurze Erörterungen über seine Haltungen zur Chinapolitik der Komintern 1927 und sein etwa zeitgleich beginnendes Zerwürfnis mit Trotzki an. Wie und weshalb Radek ein Jahrzehnt später auf der Anklagebank eines stalinistischen Schauprozesses saß, lässt Vatlin auf den verbleibenden zwei Seiten völlig offen.

(Nicht-)Kontextualisierung zieht sich leider auch jenseits der narrativen Ebene als beharrliche Schwachstelle durch den Band. Vatlin erwähnt gerade einmal sechs der insgesamt 36 von ihm ausgewählten und in der Publikation enthaltenen Quellentexte explizit vorab in seiner Einführung.[5] Das ist zuvorderst deswegen bedauerlich, weil in der sachkundigen Einordnung beigefügter Dokumente gewissermaßen das

4 Marcel Bois: Aufstand mit Absage. Der „Deutsche Oktober" und die Kommunistische Internationale, in: Olaf Matthes/Ortwin Pelc (Hrsg.): Die bedrohte Stadtrepublik. Hamburg 1923, Kiel/Hamburg 2023, S. 96–103, hier S. 102; Ronja Oltmanns/Vincent Delius: Aufstand, Verfolgung und Solidarität. Die Gründungsphase der Roten Hilfe in Nordwestdeutschland, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte 23 (2024), Nr. 3, S. 24–49, hier S. 25–31 und 34.

5 Auf alle der beigefügten Dokumente explizit Bezug nimmt etwa der Beitrag Mario Keßler (Hrsg.): Leo Trotzki oder: Sozialismus gegen Antisemitismus, Berlin 2022.

Inhalt

zentrale Potenzial der „Biografischen Miniaturen“ für Lesende liegt: punktuell Aspekte einer Biografie vertiefen zu können, welche die übergreifende Einführung kontextuell einbettet. Darüber hinaus irritiert die Entscheidung auch vor dem Hintergrund, dass Vatlin auf mehrere andere Quellen durchaus direkten Bezug nimmt – etwa Passagen aus Komintern-Sitzungsprotokollen, die Radek als scharfsinnigen wie -züngigen Diskussionsteilnehmer zeigen. Warum diese Auszüge nicht einfach der Publikation beigefügt wurden, ist unklar, zumal es sich bei vielen der stattdessen enthaltenen Dokumente weder um Erstveröffentlichungen noch um sonderlich aussagekräftige Quellen handelt.

Außerdem hätten viele der ausgewählten Texte von Einordnungen profitiert. Der oben erwähnte Brief Radeks an das Politbüro der sowjetischen KP im Herbst 1923 etwa, in dem dieser die Streitkultur in Führungskreisen kritisiert, bleibt in seinem historischen Zusammenhang unklar, weil Vatlin die grundlegenden Positionen des betreffenden Konflikts im Herbst 1923 zu keinem Zeitpunkt nachvollziehbar darlegt. Auch zu anderen Dokumenten, etwa Stellungnahmen Radeks über den Reichstagsbrandprozess 1933 oder Schwärmereien über die sowjetische Revolutionärin (und seine Geliebte) Larissa Reissner liefert der Herausgeber nicht den nötigen Kontext.

Die eigentliche Auswahl der beigefügten Texte fällt qualitativ durchwachsen aus. Allerdings finden sich hier, neben generischen und historisch alles andere als einzigartigen Lobgesängen über Lenin und Trotzki, durchaus auch wertvolle Ergänzungen, etwa Radeks Rede über den rechtsextremen Märtyrer und „Wanderer ins Nichts“ Leo Schlageter (S. 110–113), die prägend für den nachfolgenden, kurzlebigen „Schlageter-Kurs“ der KPD war. Radek gehörte im Sommer 1923 zu denjenigen im Umfeld der KPD, die sich von einer rhetorischen Anbiederung an Deutschlands nationalvölkische Kräfte ein politisch fruchtvolles Bündnis in gemeinsamem Klasseninteresse versprachen. Ein fataler Irrtum, der zu einer politischen Legitimierung der Nationalsozialisten eher beitrug, als dass er sie aufgehalten hätte.[6]

Ausgesprochen lesenswert sind zudem noch insbesondere zwei – von Wladislaw Hedeler neu aus dem Russischen übersetzte – Quellen zu Radeks Karriere- und Lebensende: ein „ZK-Beschluss zur Strafsache Radek“ von 1937 (S. 137–139), der die Anforderungen an den bevorstehenden Schauprozess und dessen angeordnete Rezeption in der streng kontrollierten Presselandschaft akribisch darlegt, und ein KGB-interner „Bericht über die Ermordung von Sokolnikow und Radek“ von 1956 (S. 149 f.), aus dem der Ablauf eines konspirativ geplanten und von zwei NKWD-Agenten 1939

6 Vgl. Ralf Hoffrogge: Der Sommer des Nationalbolschewismus? Die Stellung der KPD-Linken zum Ruhrkampf und ihre Kritik am „Schlageter-Kurs“ von 1923, in: Sozial.Geschichte Online 20 (2017), S. 99–146.

Inhalt

im Gefängnis durchgeführte Mord eindrucksvoll ersichtlich wird. Dieses Dokument hatte der russische Historiker und Memorial-Aktivist Nikita Petrov erstmals 2005 veröffentlicht und die darin enthaltenen Informationen haben seither auch Rezeption in der Forschung erfahren.[7] Den Wortlaut dieses Dokuments aber in deutscher Sprache anzubieten, ist ein anerkennenswerter Verdienst dieser Publikation. Allerdings hätten auch diese Quellen immens von einer Einordnung durch den dafür mehr als qualifizierten Herausgeber profitiert.

Der Dietz-Verlag ist offensichtlich von seiner Reihe und ihrem Format überzeugt – zu Recht. Es wäre nur zu hoffen, dass der Verlag die Gründe des Potenzials der „Biografischen Miniaturen" zukünftigen Herausgeber:innen gegenüber stärker artikuliert und einfordert, sodass diejenigen, die sich der einzelnen Bände annehmen, ihre Kompetenzen auch angemessen einfließen lassen.

Die Lektüre dieses Bandes hinterlässt Lesende nämlich mit mehr Fragen als Antworten – und das meist nicht auf anregend-wissenschaftliche, sondern auf unübersichtlich-verwirrende Art. Alexander Vatlin ist, wie eingangs erwähnt, einer der kenntnisreichsten Stalinismusforscher. Die Aufgabe einen fundierten, übersichtlichen Band zu edieren, der eine historiografisch unterbeleuchtete und historisch doch bedeutsame Persönlichkeit wie Karl Radek für ein breites Publikum klarer erkennbar werden lassen soll, hätte kaum jemand Geeigneterem zufallen können. Leider schlägt sich dies in der Publikation kaum nieder: Radek bleibt über weite Strecken der Lektüre wenig greifbar. Auch eine abschließende Beurteilung seiner historischen Bedeutsamkeit bleibt Vatlin schuldig. Lesende sind gezwungen, sich diese aus den seltenen Passagen, in denen der Autor mehr oder weniger generalisierte Teilbewertungen vornimmt, mühsam zusammenzusuchen. Dann wird schemenhaft ein meinungsstarker, rhetorisch versierter und politisch hellsichtiger Internationalist sichtbar, der schon frühzeitig die politischen Gefahren des Faschismus (angesichts dessen italienischer Ausprägung) erkannte und für die Notwendigkeit einer breit angelegten innerlinken Bündnispolitik eintrat. Der „letzte Internationalist", der „immer wieder aufs Neue durch […] seine Schlagfertigkeit schockierte" (S. 54 f.), endete schlussendlich als „getreue[r] Diener" Stalins (S. 59), dem alle Unterwürfigkeit jedoch nicht mehr das Leben zu retten vermochte.

Milan Mentz

Goldy Parin-Matthèy – Spanienkämpferin, Anarchistin, Psychoanalytikerin. Schriften 1939–1989. Beiträge zu Leben und Werk. Johannes und Michael Reichmayr (Hrsg.), Mandelbaum Verlag 2025, 346 Seiten.

7 Wladislaw Hedeler: Stalins zweiter Schauprozeß, in: Das Blättchen, 23.1.2006, https://das-blaettchen.de/2006/01/stalins-zweiter-schauprozess-17245.html [13.8.2026]; Gutjahr, Radek, S. 880 f.

Inhalt

Wer, neugierig durch die Aufzählung im Titel, vor allem etwas über die Person Elisabeth Charlotte (Liselotte) Parin-Matthèy, genannt Goldy, die anarchistische Psychoanalytikerin und Kämpferin erfahren möchte, sollte mit ihrer, von Petra Lataster-Czisch aus zwei Interviews (1987 und 1988) zusammengefassten Lebenserzählung in Buchmitte beginnen. Dieser lebendige Rückblick, der ihre Emotionen wie ihre politischen Überzeugungen sehr schön zum Ausdruck bringt, erleichtert es erheblich, sich auf ihre Texte einzulassen, die den ersten Teil des Buches so unvermittelt einleiten.

Im Interview erzählt die 1911 in Graz in eine zugewanderte Schweizer Fabrikantenfamilie geborene Goldy von der Kindheit im Reichtum und dessen Verlust, den der geschäftsuntüchtige Vater verursacht und nicht verkraftet hat, während ihre Mutter, „eine Dame", die Familie mit Putzen über die Runden brachte. Ihre innige Beziehung zum jüngeren Bruder wurde weder durch die mütterliche Bevorzugung getrübt noch von seinem, für sie damals noch selbstverständlichen Vortritt beim Medizinstudium. Sie nennt ihn ihre erste „Brüdergemeinde", die sich für die junge Erwachsene durch einen Kreis linker Intellektueller erweiterte, mit denen sich die früh gegen jegliche autoritäre Vorgabe und Einordnung rebellierende junge Frau politisierte. Ihre Ausbildungen zur Röntgenassistentin und Laborantin ermöglichten ihr, sich den Interbrigaden im spanischen Bürgerkrieg anzuschließen, für sie eine Gelegenheit, gegen den Faschismus zu kämpfen. Mit fast befremdlicher Begeisterung, die mitunter den blutigen Kampf vergessen lässt, spricht sie von den anarchistischen Bewegungen, die für eine gemeinsame Überzeugung kämpften, von ihrem solidarischen Zusammenleben und -wirken in absoluter Hierarchiefreiheit und Gleichheit, auch der Geschlechter. Hier fand sie zu der Überzeugung, dass Anarchie „die beste, erwachsenste Utopie" (S. 164) ist. Nach der Niederlage der Revolutionäre nach Zürich gekommen, lernte sie ihren späteren Ehemann Paul Parin kennen, einen Kommilitonen ihres Bruders, wohnte mit beiden in einer Wohngemeinschaft und finanzierte alle drei mit ihrer Arbeit. 1944 stellte sie mit anderen eine medizinische Equipe zur Unterstützung der jugoslawischen Partisanen auf. Wieder erlebte sie enthusiastisch die solidarische Gemeinschaft, mit der alle äußeren Schwierigkeiten überwindbar schienen, musste aber bei einer weiteren Reise ins Land ernüchtert feststellen, dass mit der inzwischen herrschenden stalinistischen Organisation die Revolution erledigt war.

Nach Kriegsende wandte sie sich der Psychoanalyse zu, für sie die „Fortsetzung des Guerillakampfs mit anderen Mitteln" (S. 192), da die Analyse das Widerspenstige und Aufständische im Einzelnen freisetze. Gemeinsam mit Paul Parin und dem Arzt Peter Morgenthaler, eröffnete sie eine psychoanalytische Praxis in Zürich. Auf Einladung eines in Ghana tätigen befreun-

Inhalt

deten Arztes mit Afrika in Berührung gekommen, entstand die Idee, ihre Reiselust mit der Erforschung fremder Kulturen zusammenzubringen. Mit sechs Forschungsreisen zu den Dogon und den Agni begründeten sie die „Ethnopsychoanalyse". Ergebnisse waren zwei Bücher (von Paul) und ein Film von Goldy (Kommentare von Paul dazu am Schluss des vorliegenden Buches).

Die Vorstellung der Feministin Goldy, der Feminismus dürfe nicht gegen die Männer gehen, ihre Idee der „Verführung" als Vermitteln der Erfahrung, wieviel schöner das Leben in Gleichheit ist, erklärt sich wohl aus dem Glücksfall eines dafür offenen Lebenspartners und den Erfahrungen mit ihren „Brüdergemeinden" (in denen sie zumeist eine von nur sehr wenigen Frauen war). Fraglich, ob sie diese Auffassung angesichts der sich häufenden Missbrauchsfälle und Femizide heute noch beibehalten würde.

Die etwas wilde Sammlung ihrer wenigen eigenen Texte – die meisten schriftlichen Äußerungen entstanden zusammen mit Paul, wie es heißt in einer Art Symbiose – ist in chronologischer Reihenfolge an den Anfang des Buches gesetzt. Entstehungsjahr und Erläuterungen finden sich erst am Schluss des jeweiligen Textes in bibliografischen Angaben und Endnoten, was das Verständnis zusätzlich erschwert. Briefe, (ethno)psychologische Protokolle und Fachgespräche wechseln sich ab mit einer Personenbeschreibung, einem Nachruf und diversen Buchbesprechungen. Insbesondere die drei psychoanalytischen Sitzungsprotokolle zu Anfang verlangen der Leserin ohne Kenntnis der Vorgeschichte viel Geduld ab. Ihre Buchbesprechungen sind sehr persönlich gehalten, was ihre Nähe zu den Autorinnen spiegelt, aber nicht immer ihre Meinung so klar vom Inhalt trennt.

Interessant wird es mit den beiden Gesprächen über Frauen und Psychoanalyse. Im ersten von 1980, einem Vierergespräch mit zwei Psychologinnen und einer Ethnologin, reflektieren bzw. kritisieren die Beteiligten die Psychoanalyse aus feministischer Sicht, wobei sie sich aber doch nicht ganz von der freud'schen Diktion und Denkweise lösen können. Goldy vertritt hier ein utopisches Ideal bi-sexueller Geschlechter, das sie auf die Geschlechterrollen als soziologisches Konstrukt bezieht. Bemerkenswert sind ihre Schilderungen von matrilinearen Gesellschaften in Afrika, die so gänzlich von den in der Frauenbewegung idealisierten (asiatischen und amerikanischen) Beispielen abweichen. Das zweite Gespräch, mit Maja Nadig und Mario Erdheim von 1984, ergänzt gewissermaßen das genannte Interview hinsichtlich ihrer Politisierung und späteren Hinwendung zur Psychoanalyse.

Spannend sind im zweiten Teil des Buches die Beiträge, die sich kritisch mit ihr und ihrem Wirken auseinandersetzen. So zum Beispiel Ute Sonnleitners Überlegungen zu Widersprüchen in ihrer feministischen Haltung und Zurückweisung jeglicher Unter-

Inhalt

ordnung. Die zeigen sich in der Beziehung zu den ihr nahen Männern, so das mehrfache Zurückstecken gegenüber dem (jüngeren) Bruder, die Selbstverständlichkeit, mit der sie die studierenden Männer alimentiert oder ihnen für die Forschungsexpeditionen vorbereitend zuarbeitet, wie auch ihre wiederholt kokett vorgetragene vermeintliche „Faulheit", mit der sie ihrem Mann das Schreiben überließ.

Hubertus Büschel äußert eine vorsichtige Kritik an der – wider ihre linksrevolutionäre Gesinnung – kolonialistischen Einstellung des Forscher:innen-Trios, die sich nicht zuletzt in ihrem teilweise massiv drängenden Vorgehen zeigt, mit der sie die Teilnahme von Proband:innen zu forcieren suchten. Der Historiker sieht dies nachsichtig als ‚der Zeit' geschuldet. Er stellt aber die Relevanz der Ethnopsychoanalyse als solche nicht in Frage, die Anmaßung also, „aus Neugier" eine westliche Therapieform zur Ergründung des Seelenlebens von gesunden Angehörigen einer anderen Kultur anzuwenden. Eine Methode, die nicht nur zu Fehlinterpretationen führte, sondern dem Erkenntnisgewinn teilweise geradezu im Weg zu stehen scheint, was nicht nur in Goldys ‚neutralen' Schilderungen der Strukturen der Agni zum Ausdruck kommt, sondern auch in der fehlenden Nachforschung, inwieweit die kolonialen Einflüsse sich auf die Traditionen ausgewirkt haben.

Spätestens im Beitrag von Bigna Rambert wird die Fragwürdigkeit dieses Herangehens deutlich, die ihre ‚strategische' Ignoranz der sowohl bei den Dogon wie bei den matrilinearen Agni praktizierten weiblichen Genitalverstümmelung thematisiert, von der die Forscher:innen nachweislich gewusst haben. Die Psychoanalytikerin Rambert findet für dieses Verhalten nur die wenig befriedigende Erklärung eines „anderen Interessenschwerpunkts". Schon für die Zeit der Recherche ist eine solche Erklärung erschreckend, denn auch das reine Interesse an der individuellen Psyche kann nicht über die psychischen Auswirkungen eines so gravierenden Eingriffs hinweggehen und verlangt geradezu, die Hintergründe dieser so verbreiteten grausamen Praktik erforschen zu wollen, die sich für patriarchale Gesellschaften halbwegs erklären lassen, nicht aber für matrilineare. Völlig unverständlich ist, dass nicht einmal die rückblickende Feministin und Anarchistin Goldy nachträglich die psychosozialen Wirkungen reflektiert zu haben scheint.

Neben diesen, die psychoanalytische Seite der Goldy Parin-Matthéy beleuchtenden Stimmen, wäre eine kritische Auseinandersetzung auch mit dem anderen, dem ihr Leben mindestens ebenso prägenden anarchistischen Part, eine wertvolle Ergänzung gewesen. So z. B. mit ihrer Haltung zur Gewalt, die sie im Interview äußert („Ich glaube, in dem Moment, wo eine andere Ordnung geschaffen wird, ist Gewalt nötig" (S. 171)). Die beiden Biografien von Günter Eisenhut und Franz Josef Schober hingegen blähen das Buch unnötig auf, zumal sie wenig

Inhalt

relevante Zusatzinformationen beitragen. Die vielfachen Zitate aus dem Interview verstärken den Eindruck, dass sich alle auf wenige immer gleiche Quellen beziehen. Eine schöne Ergänzung sind hingegen die vielen Fotos und Zeichnungen.

Eveline Linke

Johann Dvořák, Sabine Lichtenberger, Brigitte Pellar (Hg.): Richard Robert Wagner. Gewerkschaft, Bildung und die politische Kultur der Moderne in Wien. Schriftenreihe des Instituts für Historische Sozialforschung (HSF), 2 Bde., 431 Seiten. Wien 2025.
ISBN 978-3-205-22264-4 (Print), 978-3-205-22265-1 (Open Access).

Am 25. März 2026 verstarb in Wien im 79. Lebensjahr das Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der „Mitteilungen", Dr. Brigitte Pellar. Ihr wissenschaftliches Lebenswerk ist auf das Engste mit der österreichischen Arbeiterbewegung, besonders mit der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung verbunden. Während der letzten Jahrzehnte war die alljährliche Internationale Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH) im September in Linz ohne sie nicht zu denken. Dass sie ein liebenswerter Mensch war, gehört auch zum Erinnern an Brigitte Pellar.[8]

Ihre letzte große Publikation war die von Johann Dvořák, Sabine Lichtenberger und ihre herausgegebene Werkausgabe des Gewerkschafters, Volksbildners und Schriftstellers Richard Robert Wagner. Im Flyer zu diesem Buch heißt es: „Richard Robert Wagner (1888–1943(?)) war Volksbildner, Gewerkschafter, Journalist und Schriftsteller im Wien der Zwischenkriegszeit. Demokratisierung und Emanzipation waren die großen Ziele seines vielfältigen Wirkens."[9] Das Fragezeichen hinter seinem Todesjahr rührt daher, dass sein Tod nie aufgeklärt werden konnte.

Richard Rober Wagner wurde im damals mährischen Troppau, heute Opava in Tschechien, in einer jüdischen Familie geboren. Ab 1906 studierte er Staatswissenschaften und Literatur in Wien. Nach dem Kriegseinsatz als Oberleutnant der Reserve kam er mit dem bedeutenden österreichischen Sozialisten und Austromarxisten Julius Deutsch in Kontakt, der u. a. als Staatssekretär in der vom Sozialdemokraten Karl Renner geleiteten Regierung den Aufbau eines Volksheeres in Angriff genommen hatte, eine Umgestaltung, die die deutsche Sozialdemokratie nicht gewagt und mancher Spitzenmann nicht gewollt hatte. Nach einem zweijährigen Aufenthalt in Berlin (1923–1925) kehrte Wagner nach Wien zurück und betätigte sich fortan als Journalist in der Gewerkschafts-

8 https://www.ith.or.at/de/in-memoriam-brigitte-pellar-1947-2026/ [20.7.2026].

9 Einladungsflyer des Instituts für Historische Sozialforschung (Wien) zur Buchpräsentation mit den HerausgeberInnen am 9. Oktober 2025.

Inhalt

presse und als Lehrender im Rahmen der Volksbildung. Natürlich schrieb er auch für sozialdemokratische Zeitungen wie die dem „Vorwärts“ vergleichbare „Arbeiter-Zeitung“ und in anderen sozialdemokratischen Organen. Außerdem schrieb er Prosa und Lyrik. Durch die Niederlage der österreichischen Arbeiterbewegung in den Februarkämpfen 1934 verlor er seine Anstellung bei „Der Aufstieg“, der Zeitschrift der Gewerkschaft der Bekleidungsarbeiter, kam jedoch bei der Wiener Arbeiterkammer unter. Nach dem Einmarsch der Hitler'schen Wehrmacht in Österreich floh Wagner über Graz nach Jugoslawien und schloss sich den Partisanen an. Bei einer Bombardierung kam er vermutlich ums Leben, als er einen Flüchtlingstransport organisierte. In Bd. 1 werden die überlieferten Zeitzeugenaussagen erörtert und legen nahe, dass er als Partisanenführer auf dem Weg von der Insel Rab ins bereits befreite Apulien bei einem deutschen Luftangriff auf Bari gemeinsam mit Hunderten weiteren Zivilisten am 2. Dezember 1943 getötet worden sein könnte (Bd. 1, S. 75 f.). Sein letztes schriftstellerisches Werk über den Frühsozialisten Robert Owen jedenfalls wurde 1942 im Zürcher Europa-Verlag veröffentlicht, angesichts seiner Lösungsansätze für Probleme des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft schreiben die HerausgeberInnen von „eine[r] Flaschenpost für die Nachgeborenen“ (1/11).

In der Einleitung heißt es über Wagner, „dass er ein außergewöhnlich gebildeter und belesener Mensch war: ein Kenner der Marx'schen Theorie, ein Kenner der modernen Wissenschaft und Kunst und selbst ein hervorragender Vertreter der Wiener Moderne“ (S. 9). Er trat für die unbedingte Gleichstellung der Frauen genauso vehement ein wie für Gewaltlosigkeit in der Familie. Genauso wie Staat und Gesellschaft verlange dies eine sozialistische und demokratische Menschenbildung. Es ist die Tragik auch der österreichischen Entwicklung unter dem Faschismus seit 1934, dass viele Zeugnisse und Errungenschaften der Sozialdemokratie, des Austromarxismus und der Wiener Moderne zerstört und viele ihrer Vertreter ins Exil verjagt oder auch getötet wurden. Somit gebührt der Edition die Ehre, hier einen wertvollen Beitrag der Öffentlichkeit übergeben zu haben.

In Band 1 werden systematisch die Schaffensbereiche Wagners auf Basis seiner Originaltexte vorgestellt und theoretisch eingeordnet: Seine gedankliche Verankerung im Marxismus mit unorthodoxer Observanz, seine biografische Entwicklung an und mit diesen Positionen, seine bildungstheoretisch-historischen und bildungsreformerischen Wortmeldungen und insbesondere sein Werk über Robert Owen. Brigitte Pellar setzte ihre Akzente auf Wagners Verständnis von der Rolle der Gewerkschaften und der Arbeiterbildung in einem revolutionären Prozess und Demokratisierung und Menschenbildung, auf konkrete Bildungsarbeit der Gewerkschaften, auf

Inhalt

die klassenkämpferische Funktion von Bildung – „Unterdrückung-Aufbegehren-Erkenntnis-Emanzipation" – sowie auf sein Wirken als Gewerkschaftshistoriker und Geschichtsvermittler. Zu diesen in die Abschnitte II und III gegliederten Themenfeldern werden auch den Abschnitten zugeordnet Quellen- und Literaturverzeichnisse bereitgestellt, eine der Orientierung sehr dienliche Strukturierung. Den Abschluss des 1. Bandes bilden eine umfassende Bibliografie der Schriften, Reden und Vorträge Wagners und ein Anhang nebst Personenverzeichnis.

Im Zentrum des 2. Bandes steht das pädagogisch-politische Werk Wagners „Der Klassenkampf um den Menschen. Menschenbildung und Vergesellschaftung" als Neudruck nach der Ausgabe von 1927 (II, 43–144). Johann Dvořák verfasste eine gründliche Einführung (II, 7–41), Sabine Lichtenberger widmete sich im Anschluss an die Originalschrift weiteren biografischen und editorischen Fragen und solchen der Rezeptions- und Wirkungsgeschichte der Schrift und fügte einen eigens darauf bezogenen Anhang hinzu.

Die Schlusssätze in Wagners „Der Klassenkampf um den Menschen" sind es unbedingt wert, zitiert zu werden, werfen sie doch ein Schlaglicht auf die der deutschen historisch so nahen und doch so anderen österreichischen Sozialdemokratie: „Erst die sozialistische Menschenbildung wird die künftige sozialistische Gesellschaft ganz zu dem machen, was das kommunistische Manifest schon gefordert hat: zu einer ‚Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.' Der Weg dahin aber ist der Klassenkampf des Proletariats. Die proletarische Menschenbildung ist revolutionärer Kulturkampf. Dieser muß eine radikale Revolution herbeiführen. Für sie gilt das Wort von Karl Marx: ‚Eine radikale Revolution kann nur eine Revolution radikaler Bedürfnisse sein.'" (II, 144)

Man kann den HerausgeberInnen, posthum auch Brigitte Pellar, zu dieser mittlerweile preisgekrönten editorischen Leistung, die auch die inhaltliche Kraft des Austromarxismus und dessen Aktualität wieder in den Fokus rückt, nur dankbar gratulieren.

Holger Czitrich-Stahl

Karsten Krampitz: Die DDR in der Krise. 1. Auflage 2026, Karl Dietz Verlag, Berlin, 163 Seiten.

Am Beispiel des Jahres 1976 wird über Leben und Alltag der DDR berichtet. Krampitz hebt hervor, dass der Übergang von Walter Ulbricht zu Erich Honecker mehr als nur ein Personenwechsel war. Kulturschaffende und Vertreter der Intelligenz hätten so etwas wie eine Aufbruchstimmung empfunden – ein Aufbruch, der jedoch 1976 in eine Verbitterung und Resignation umgeschlagen sei. Bisher habe bei der Betrachtung dieses Jahres vor allem die Biermann-Ausbürgerung eine Rolle gespielt. 1976 sei aber auch das Jahr gewesen, in dem Michael Gartenschläger an der Grenze erschossen wurde, Pfar-

Inhalt

rer Brüsewitz sich in Zeitz mit Benzin übergoss und anzündete, der IX. Parteitag der SED ein neues Programm und Statut beschloss, der Palast der Republik eingeweiht, die DDR Fußballolympiasieger wurde et cetera.

Der verbreiteten Sicht, Scharfschützen des Staatssicherheitsdienstes hätten Gartenschläger erschossen, hält Krampitz entgegen: „Kein Polizist macht bei stockfinsterer Nacht einen Dieb dingfest, bei dem er eine Handgranate vermutet." (S. 52) Scharfschützen seien schließlich nicht mit Maschinenpistolen oder leichten Maschinengewehren bewaffnet. Im Zusammenhang mit der Selbstverbrennung von Pfarrer Brüsewitz wirft Krampitz zwei Fragen auf: Warum wird sein Handeln ausschließlich als politische Demonstrativtat gewertet? Kann es nicht auch ein Suizid gewesen sein? Schließlich habe Brüsewitz seine Grabstelle teilweise bereits selbst in der „Selbstmörderecke" des Friedhofs in Rippich ausgehoben.

Zur Biermann-Ausbürgerung wird festgestellt, dass es bemerkenswerterweise „keinen entsprechenden Politbürobeschluss" (S. 123) gegeben und Wolf Biermann keinen amtlichen Bescheid erhalten habe. Darauf, dass im Politbüro-Protokoll vom 16.11.1976 unter Punkt 4 steht „Wolf Biermann wird die Staatsbürgerschaft der DDR aberkannt" und in der Anlage 2b sich die „Erklärung der zuständigen Grenzorgane gegenüber Biermann"[10] befindet, weist Krampitz nicht hin.

Die Defizite des IX. Parteitages der SED werden detailliert behandelt und auf das erst nach dem Parteitag beschlossene sozialpolitische Programm wird kritisch eingegangen. Nicht eingegangen wird auf das neue Parteiprogramm, dass nach geharnischtem Druck aus Moskau die Trennungslinie zwischen Sozialismus und Kommunismus aufhob. Ausführlich geht Krampitz auf die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas im Juni 1976 in Berlin ein. Krampitz kommt zu dem Schluss: „Dem großen Gipfeltreffen folgte der lange Abstieg. Was wie ein Aufbruch der Reformkommunisten aussah, ließ schon bald den Beginn ihres Niedergangs folgen." (S. 97)

Auf den Anstieg des Lebensniveaus am Beginn der Ära Honecker wird hingewiesen. Von 1970 bis 1975 wuchs der Anteil der Haushalte mit PKW von 15,6 auf 26,2 Prozent, mit Kühlschränken von 65,4 auf 84,7 Prozent und von Fernsehgeräten von 69,1 auf 81,6 Prozent (überwiegend schwarz-weiß). Nach langem Ringen im Politbüro kam der DEFA-Film nach einem Drehbuch von Ulrich Plenzdorf „Die Legende von Paul und Paula" mit einem Hauch freier Liebe und freier Gedanken in die Kinos. Die Unterhaltungsshow „Kessel Buntes" überraschte mit bisher nicht gekannten scharfen Gags über den Sozialismus. Bisher auf dem Index stehende Bücher von Stefan Heym kamen in die Buchläden so z. B. „Der König David Bericht" und „Lassalle". Gekrönt wurde die Aufwärtsentwicklung

10 SAPMO-BArch DY30/JIV/2/2/1644, Bl. 9–11.

Inhalt

durch die weltweite völkerrechtliche Anerkennung und die Aufnahme der DDR in die UNO. Krampitz vermerkt in diesem Zusammenhang, dass die DDR diplomatische Beziehungen zu Franco-Spanien aufnahm, was andere sozialistische Länder vermieden hatten. Die Neupositionierung Honeckers in der nationalen Frage wird von Krampitz in der Nacht zum 7. Oktober 1974 verortet und Namensänderungen, das Ersetzen der Begriffe „deutsch" und „Deutschland" durch DDR, beispielhaft angeführt. Hier hätte man sich einen Hinweis darauf gewünscht, dass Honecker bereits auf dem VIII. Parteitag von der Spaltung der deutschen Nation sprach.

Ausführlich wird die Geschichte einer Anthologie von Ulrich Plenzdorf, Klaus Schlesinger und Martin Stade dargestellt, die schließlich erst nach dem Ende der DDR mit fast zwei Jahrzehnten Verzögerung im Suhrkamp Verlag erschien. Kritisch bewertet Krampitz das Wirken von Klaus Höpcke, der in den Jahren von 1973 bis 1989 als Leiter der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Kulturministerium tätig war.

Im Prolog schreibt Karsten Krampitz, dass er in der Neuauflage einige Ergänzungen und Korrekturen vorgenommen habe. Zu fragen ist, warum der Verlag die Neuauflage als „1. Auflage" ausgibt?[11]

Siegfried Prokop

11 Vgl. Karsten Krampitz: 1976. Die DDR in der Krise. Verbrecher Verlag, Berlin 2016, 175 Seiten.

Lena Langensiepen: Geschichte für alle. Die Hamburger Geschichtswerkstätten als Akteure einer neuen Stadtteilkultur, 1980–2000. Metropol Verlag, Berlin 2026, 308 Seiten, 24 €. ISBN 978-3-86331-851-2.

Lena Langensiepen will in ihrer an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) entstandenen Dissertation untersuchen, wie es „zu dieser großen Zahl lokaler zivilgesellschaftlicher Geschichtsinitiativen in Hamburg gekommen ist" (S. 11) und erforschen, „wie sich ihre Praktiken und Handlungsfelder in den 1980er- und 1990er-Jahren entwickelten" (ebd.). Ihre Publikation reiht sich in den kleinen Boom an Forschung zu Geschichtswerkstätten der letzten Jahre ein (Grotrian 2023, Finkemeier 2024, Geschichte im Westen 40, 2025). Konkret untersucht sie zwölf in den 1980ern in verschiedenen Stadtteilen entstandene und bis heute aktive Geschichtswerkstätten – und stellt deren konkrete Arbeit bis hin zu Publikationen detailliert vor. Als Quellen dienen neben einer Vielzahl Archivalien verschiedenster Provenienz insgesamt 16 Interviews mit Zeitzeug*innen. Interviews, die sie selbst geführt hat und Interviews, die andere schon früher für die „Werkstatt der Erinnerung" der FZH geführt haben.

Langensiepen umreißt als Rahmen verschiedene Themen: die Entwicklung in der herkömmlichen Geschichtswissenschaft, waren diese Initiativen doch auch eine Kritik an hegemonialen Perspektiven und Praktiken. Sie wa-

Inhalt

ren ebenso eine Chance, den Verkrustungen linker und linksradikaler Politikformen zu entkommen, ohne sich in einer Partei engagieren zu müssen.

Neu und interessant ist, dass sie, das deutet der Untertitel schon an, die staatliche Seite, in diesem Fall die Hamburger Kulturbehörde, prominent mit in ihre Forschung einbezieht. Langensiepen kann zeigen, wie unter dem noch in den 1970ern in der Sozialdemokratie entstandenen Schlagwort „Kultur für alle" in den 1980ern schrittweise und politisch umkämpft Initiativen auf Stadtteilebene mit Sachmitteln und dann auch mit Stellen gefördert wurden. In den 1990ern tritt sogar eine gewisse Etablierung ein. Eine Besonderheit in Hamburg ist, dass einige Initiativen aus einer ursprünglichen Beteiligung an Ausstellungen an etablierten Museen entstanden. Als Akteur*innen identifiziert sie eine Gruppe von circa 25 bis 35-Jährigen mit akademischer Ausbildung, auch wenn Historiker*innen in der Unterzahl gewesen seien.

Langensiepen will ihre Forschung auch als Beitrag zur Erforschung der neuen sozialen Bewegungen verstanden wissen. Versteht man diese als von einer grundsätzlichen Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen verursacht und geprägt, so bleibt unklar, ob die Geschichtswerkstätten als Teil einer sozialen Bewegung zu verstehen sind. In ihrem Buch wirken sie an vielerlei Stellen entpolitisiert und als Appendix einer links-sozialdemokratischen Kulturpolitik, einer, die implizit die Befriedung gesellschaftlicher Konflikte, etwa zur Zukunft der Stadt, zum Ziel hatte.

Bernd Hüttner

Inhalt

Autorinnen und Autoren des Heftes

Czitrich-Stahl, Holger, Dr., Berlin
Friedman, Ronald, Dr., Berlin
Gester, Jochen, Berlin
Ghode, Claudia, Berlin
Grunwald, Andreas, Berlin
Holze, Rainer, Dr., Berlin
Hüttner, Bernd, Bremen
Linke, Eveline, Berlin
Menz, Milan, Hamburg
Müller, Ingo, Berlin
Notz, Gisela, Dr., Berlin
Oelmayer, Lisa, Dr., Jena
Prokop, Siegfried, Prof. Dr., Bernau
Sieben, Daniel, Leipzig
Stürmer, Rhena, Dr., Leipzig
Wasem-Gutensohn, Jürgen, Neustadt a. d. Weinstraße

Wissenschaftlicher Beirat

Vera Bianchi, Hamburg
Prof. Dr. Peter Brandt, Berlin
Prof. Dr. Gerhard Engel, Am Mellensee
Dr. Stefan Müller, PD, Bonn
Dr. Gisela Notz, Berlin
Dr. Brigitte Pellar †, Wien
Prof. Dr. Siegfried Prokop, Bernau
Thilo Scholle, Lünen
Christoph Stamm, Berlin
Dr. Carola Tischler, München
Marga Voigt, Berlin
Dr. Axel Weipert, Berlin
Prof. Dr. Jörg Wollenberg, Bremen

Kalender 2027

Der **25. Wegbereiterinnen-Kalender** für das Jahr 2027 ist ein Jubiläumskalender.

2003 erschien der erste Kalender mit Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Luise Zietz, Ottilie Baader und anderen berühmten, zu Unrecht vergessenen Frauen aus der proletarischen Frauenbewegung.

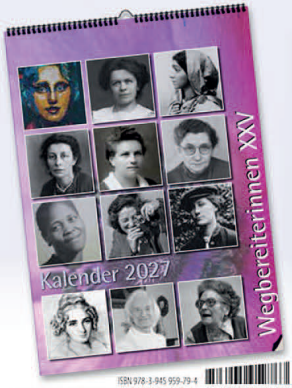
Seitdem enthält jede Ausgabe zwölf ganz unterschiedliche Frauen aus Wissenschaft, Kunst und Handwerk, Politik und Sport. Sie alle sind Wegbereiterinnen der emanzipatorischen Frauenbewegung.

Einen Monat lang erinnert eine interessante Biografie in Büros, Werkstätten, Wohnzimmern, Gemeinschaftsräumen, in öffentlichen Einrichtungen und anderswo an die Kämpfe, die auch heute noch nicht ausgefochten sind.

Die Kalenderfrauen gehen uns nicht aus, genau 300 sind inzwischen gesammelt. Die Nachfrage ist groß, denn viele Menschen entziehen sich damit dem Geschenkerummel um die Jahreswende. Mittlerweile erweitern Postkarten der Portraits der Frauen das Programm.

Der neue Kalender ist wieder bunt und international. Er berichtet unter anderem über die Gegnerin der Wiederbewaffnung der BRD, Klara Marie Faßbinder, die Mathematikerin Mileva Marić, die möglicherweise Einsteins Relativitätstheorie maßgeblich beeinflusst hat, über Charlotte von Mahlsdorf, die „ihre eigene Frau" wurde, sowie über neun andere, heute leider weitgehend vergessene Frauen aus verschiedenen Teilen der Welt.

herausgegeben von Gisela Notz und Kollektiv



ISBN 978-3-945 959-79-4

Die im Kalender vorgestellten Wegbereiterinnen sind:

Berta Backof (1911 – 2001)
Ein Leben für den Widerstand im Nazi-Faschismus
(Ingrid Artus und Nadja Bennewitz, Nürnberg)

Klara Marie Faßbinder (1890 – 1974)
Mit der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung gegen die Wiederbewaffnung der BRD
(Gisela Notz, Berlin)

Eva Kemlein (1909 – 2004)
Jüdische Bildreporterin, die den Holocaust in Berlin im Versteck überlebte (Erica Fischer, Barcelona)

Gertrud Kleinhempel (1875 – 1948)
Künstlerin und Freundin des Handwerks
(Ineke Notz, Burio)

Charlotte von Mahlsdorf (1928 – 2002)
„Ich bin meine eigene Frau"
(Brigitte Förster, Berlin)

Mileva Marić (1875 – 1948)
Mathematikerin und Physikerin, die möglicherweise maßgeblich zur Relativitätstheorie beitrug
(Hermann Dass, Kassel)

Federica Montseny (1905 – 1994)
Spanische Anarchistin, Schriftstellerin und Aktivistin. Gesundheitsministerin während des Spanischen Bürgerkriegs (Jens Kastner, Wien)

Sarojini Naidu (1879 – 1949)
Indische Dichterin, Kämpferin für Frauenrechte und die Unabhängigkeit Indiens; erste Präsidentin der Kongress-Partei
(Christa Wichterich, Bonn/Berlin)

Lilian Ngoyi (1911 – 1980)
Die Schwarze Mutter des Widerstands.
Kämpferin gegen Apartheid und für Frauenrechte
(Hella Hertzfeldt, Berlin)

Clara Ragaz (1874 – 1957)
Feministische Pazifistin. Mitinitiatorin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)
(Therese Wüthrich, Bern)

Rahel Varnhagen von Ense
(1771 – 1833)
Literatin und Pionierin des „Berliner Salons" in der Tradition der französischen Aufklärung
(Holger Czitrich-Stahl, Glienicke/Nordbahn)

Anna Weichsel (1877 – 1952)
Erste und einzige Stadträtin in einer fränkischen Kleinstadt nach der Durchsetzung des Frauenwahlrechts (Norbert Lenhard, Schweinfurt)

Wir können die Titelseite des Kalenders 2027 (ab 10 Ex.) auch mit einem **individuellen Aufdruck** versehen (z.B. mit „Ein kleines Geschenk für die gute Zusammenarbeit von ...." oder mit Ihrem Logo).
Dieser Service ist kostenlos! – Fragen? >>> Einfach anrufen! – 07308 / 91 90 94 – digital@leibi.de

Bestellung

Tel.: 07308 / 91 92 61
Fax: 07308 / 91 90 95
Email: spak-buecher@leibi.de
www.agspak-buecher.de

Auch über Ihre Buchhandlung erhältlich!

An
AG SPAK Bücher
Holzheimer Str. 7/1

89233 Neu-Ulm

Absender: .....

.....

.....

Unterschrift: .....

Lieferung mit Rechnung

Hiermit bestelle ich /wir

..... Ex. **Kalender 2027: Wegbereiterinnen XXV**
Preis pro Kalender 16,50 € zzgl. Porto
Bei Abnahme von 10 Kalendern 1 zusätzliches Exemplar kostenlos (10+1) sowie portofreie Lieferung

..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XXV**
Preis pro Set (12 Postkarten) 9,00 € zzgl. Porto

..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XXIV**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XXIII**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XXII**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XXI**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XX**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XIX**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XVIII**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XVII**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XVI**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XV**

..... Ex. **Wegbereiterinnen – Buch** 28,00 €

..... Ex. **Feministische Theorie nur mit feministischer Solidarität** 16,00 €